

# Sitzungsbericht

31. Sitzung der Tagung 2005/06 der XVI. Gesetzgebungsperiode  
des Landtages von Niederösterreich  
Donnerstag, den 26. Jänner 2006

---

## Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer; Trauerkundgebung Abg. Kautz (Seite 238).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 239).
3. Angelobung eines Mitgliedes des Landtages (Seite 241).
4. Bekanntgabe von Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 241).
5. Ltg. 558/A-8/15: Antrag der Abgeordneten Mag. Karner u.a. gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Aktivitäten des Landes Niederösterreich zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen unter anderem am Beispiel Austria Frost“.  
**Redner:** Abg. Mag. Karner (Seite 242), Abg. Waldhäusl (Seite 244), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 246), Abg. Mag. Renner (Seite 247), Abg. Nowohradsky (Seite 249), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 251), Abg. Thumpser (Seite 252), Abg. Hiller (Seite 254), LR Dr. Bohuslav (Seite 256), Abg. Cerwenka (Seite 257), LHStv. Gabmann (Seite 258).
6. Ltg. 539/A-1/46: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten Hinterholzer u.a. betreffend Kostenersatz für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen.  
**Berichterstatter:** Abg. Mag. Riedl (Seite 262).  
**Redner:** Abg. Mag. Fasan (Seite 262), Abg. Findeis mit Abänderungsantrag und Resolutionsantrag betreffend Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Exekutive in Niederösterreich (Seite 263), Abg. Mag. Karner (Seite 266).  
**Abstimmung** (Seite 268).  
*(Antrag einstimmig angenommen; Abänderungsantrag und Resolutionsantrag abgelehnt: Zustimmung SPÖ, Grüne, FPÖ, Ablehnung ÖVP.)*
- 7.1. Ltg. 556/S-5/26: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Gänserndorf, Zu- und Umbau.  
**Berichterstatter:** Abg. Dr. Prober (Seite 268).
- 7.2. Ltg. 557/S-5/27: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Hainfeld, Zu- und Umbau.  
**Berichterstatter:** Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 268).  
**Redner zu 7.1. – 7.2.:** Abg. Mag. Ram (Seite 269), Abg. Gratzer (Seite 270), Abg. Nowohradsky (Seite 270).  
**Abstimmung** (Seite 271).  
*(Anträge einstimmig angenommen.)*
8. Ltg. 531/B-34/2: Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Lande Niederösterreich für das Jahr 2004.  
**Berichterstatter:** Abg. Mag. Wilfing (Seite 271).  
**Redner:** Abg. Doppler (Seite 271), Abg. Mag. Ram (Seite 273), Abg. MMag. Dr.

Petrovic mit Resolutionsantrag betreffend Begutachtungsverfahren zur Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (UVSG-Novelle 2006) (Seite 274), Abg. Dworak (Seite 276), Abg. Mag. Fasan (Seite 277).  
**Abstimmung** (Seite 277).

*(Antrag einstimmig angenommen; Resolutionsantrag abgelehnt: Zustimmung SPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, FPÖ.)*

9.1. Ltg. 561/B-1: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 9 der XVI. Gesetzgebungsperiode.

**Berichterstatterin:** Abg. Rinke (Seite 278).

9.2. Ltg. 499/B-4/2: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Stadt Wiener Neustadt.

**Berichterstatterin:** Abg. Rinke (Seite 278).

9.3. Ltg. 523/B-4/3: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über die Stadt Krems: Stadtentwicklung und Stadtplanung, Kunsthalle.

**Berichterstatterin:** Abg. Rinke (Seite 278).

9.4. Ltg. 559/B-2/8: Antrag des Rechnungshof-Ausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH; Nationalpark Donau-Auen GmbH; Teilgebiete der Gebarung im Land Niederösterreich; St.Pölten: Personal, Organisation, Informationstechnologie.

**Berichterstatterin:** Abg. Rinke (Seite 278).

**Redner zu 9.1. – 9.4.:** Abg. Mag. Stiwicsek (Seite 278), Abg. Grandl (Seite 279), Abg. Rosenmaier (Seite 282), Abg. Dr. Krismer-Huber mit Resolutionsantrag betreffend Beseitigung der Interessenskollision des zuständigen Mitgliedes der Landesregierung in der ecoplus als Vorsitzender des Aufsichtsrates und als alleiniger Vertreter des Landes in der Generalversammlung (Seite 284), Abg. Kadenbach (Seite 286), Abg. Maier (Seite 288), Abg. Waldhäusl (Seite 289), Abg. Mag. Fasan (Seite 292), Abg. Präs. Sacher (Seite 294), Abg. Moser (Seite 297).

**Abstimmung** (Seite 302).

*(Anträge einstimmig angenommen; Resolutionsantrag abgelehnt: Zustimmung Grüne, FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

\* \* \*

**Präsident Mag. Freibauer** (um 13.00 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich eröffne die Sitzung. Von der heutigen Sitzung hat sich Herr Landesrat Mag. Sobotka entschuldigt. Die Beschlussfähigkeit unserer Sitzung ist gegeben. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, dass Sie sich zu einer Trauerkundgebung von den Sitzen erheben. *(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich.)*

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Donnerstag, den 5. Jänner 2006 haben wir unseren Kollegen, Landtagsabgeordneten Bürgermeister Herbert Kautz auf seinem letzten Weg begleitet. Herbert Kautz ist am 27. Dezember 2005 nach einer Herzoperation im Alter von 60 Jahren verstorben.

Landtagsabgeordneter Herbert Kautz gehörte seit 1980, also ein Viertel Jahrhundert lang,

dem NÖ Landtag als Mitglied an. Er war als gewählter Volksvertreter ein Mann des offenen Wortes. Er war ein Mensch, der mit viel Herz und Engagement für die Anliegen seiner Mitbürger, seiner Stadt und seiner Region vorbildlichen Einsatz als Politiker geleistet hat. Als Abgeordneter war er in zahlreichen Ausschüssen des Landtages als Obmann oder Mitglied tätig.

Seine besonderen Arbeitsschwerpunkte im Landtag waren Fragen der Kommunalpolitik, der Raumordnung und seine Sorge um ein modernes Gesundheitswesen. Im geschäftsordnungsmäßigen Amt eines Ordners, das er gewissenhaft ausgeübt hat, wusste er die ihm anvertrauten Interessen seiner Parteien mit den Anliegen und dem Ansehen des Landesparlaments auf das Beste zu vereinbaren.

Wer dem Politiker und Parlamentarier Herbert Kautz gerecht werden will, darf sich jedoch nicht auf die Aufzählung seiner politischen Funktionen und Ämter beschränken. Abgeordneter Bürgermeister Kautz hatte auf Grund seiner festen und aufrichtigen Gesinnung das Talent, die Anliegen

und Bedürfnisse der ihm anvertrauten Menschen glaubwürdig, verlässlich und hilfsbereit wahrzunehmen und diese Probleme auch zu lösen.

Seine große Stärke war die unkomplizierte und praktische Umsetzung all dessen, was er im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für notwendig und zweckmäßig erachtete. Der NÖ Landtag wird seinem langjährigen Abgeordneten Bürgermeister Herbert Kautz als Politiker, aber vor allem auch als Menschen immer ein ehrendes Andenken bewahren. (*Trauerminute.*)

Ich danke für die Trauerkundgebung. (*Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.*)

Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Verhandlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingeleiteten Anfragebeantwortungen verweise ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtagssitzung aufgenommen.

Einlauf:

Ltg. 554/R-3 - Vorlage der Landesregierung vom 13.12.2005 betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 1976 – wird dem Bau-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 556/S-5/26 - Vorlage der Landesregierung vom 10.1.2006 betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Gänserndorf, Zu- und Umbau – wurde am 12.1.2006 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 557/S-5/27 - Vorlage der Landesregierung vom 10.1.2006 betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Hainfeld, Zu- und Umbau – wurde am 12.1.2006 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 558/A-8/15 - Antrag der Abgeordneten Mag. Karner u.a. gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 26.1.2006 zum Thema

„Aktivitäten des Landes Niederösterreich zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen unter anderem am Beispiel Austria Frost“ .

Ltg. 559/B-2/8 - Bericht des Rechnungshofes vom Jänner 2006 über ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH; Nationalpark Donau-Auen GmbH; Teilgebiete der Gebarung im Land Niederösterreich; St. Pölten: Personal, Organisation, Informationstechnologie (Reihe Niederösterreich 2006/2) - wurde am 17.1.2006 dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 560/B-20 - Bericht der Landesregierung vom 17.1.2006 betreffend NÖ Bediensteten-Schutzgesetz 1998, Tätigkeitsbericht der NÖ Bedienstetenschutz-Kommission über die Jahre 2003 bis 2005 – wird dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 561/B-1 - Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 9 der XVI. Gesetzgebungsperiode – wurde am 19.1.2006 im Rechnungshof-Ausschuss behandelt und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 563/A-1/48 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes – wurde am 24.1.2006 dem Schul-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 564/A-1/49 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. betreffend Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes - wurde am 24.1.2006 dem Schul-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 565/A-1/50 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Nowohradsky, Cerwenka u.a. betreffend Aufhebung der NÖ Schulbauordnung 1975 – wurde am 24.1.2006 dem Schul-Ausschuss zugewiesen.

## Anfragen

Ltg. 552/A-4/114 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.

Ltg. 553/A-4/115 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmannstellvertreter Gabmann betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.

Ltg. 555/A-5/115 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrätin Kranzl betreffend Aufklärungswürdige Umstände rund um den Genehmigungsbescheid bezüglich der Aufstellung von 2.500 Glücksspielautomaten vom 8. August 2005.

Ltg. 562/A-4/116 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Auflassung eines öffentlichen Wirtschaftsweges in der Marktgemeinde Göllersdorf.

## Anfragebeantwortungen

Zu Ltg. 515/A-5/109 von Herrn Landesrat Mag. Sobotka; zu Ltg. 516/A-5/110 von Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner; zu Ltg. 517/A-5/111 – von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Plank; zu Ltg. 518/A-5/112 von Herrn Landesrat Schabl; zu Ltg. 519/A-4/103 von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi; zu Ltg. 525/A-4/104, Ltg. 527/A-4/105, Ltg. 528/A-4/106 von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll; zu Ltg. 529/A-5/113 von Herrn Landesrat Schabl; zu Ltg. 530/A-4/107, Ltg. 533/A-4/108 von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll; zu Ltg. 534/A-4/109 von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gabmann; zu Ltg. 536/A-4/110 von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Onodi.

Heute sind noch folgende Geschäftsstücke eingelangt:

Ltg. 566/A-5/116 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landesrat Dipl. Ing. Plank betreffend Schließung des Landesquartiers Niederösterreich im Flüchtlingslager Traiskirchen.

Ltg. 567/A-4/117 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landes-

hauptmann Dr. Pröll betreffend Schließung des Landesquartiers Niederösterreich im Flüchtlingslager Traiskirchen.

Ltg. 568/A-4/118 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend geheime Planung einer Wienerwald Autobahn mit Landesgeldern.

Eingelangt sind auch Anfragebeantwortungen und zwar zu Ltg. 551/A-4/113 und zu Ltg. 548/A-4/111 von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll.

Wir haben heute sehr viele Besucher auf der Galerie. Wir freuen uns darüber und im Namen des Landtages darf ich herzlich begrüßen eine große Abordnung aus der Marktgemeinde Grafenbach-St. Valentin unter Führung von Herrn Bürgermeister Rupert Schwarz. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Und ebenso herzlich begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen der höheren Lehranstalt für Wirtschaft aus Tulln mit den begleiteten Professoren Mag. Brigitte Hummelberger und Mag. Christina Weidmayer. Herzlich willkommen im Namen des Landtages! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass die NÖ Landtagsfraktion der Freiheitlichen mit Schreiben, eingelangt in der Landtagsdirektion am 16. Dezember 2005, bekannt gibt, dass mit Wirkung vom 16. Dezember 2005 Herr Landtagsabgeordneter Gottfried Waldhäusl zum Fraktionsobmann gewählt wurde. Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Ram übernimmt die Funktion des Stellvertreters.

Bevor wir in die Behandlung der Tagesordnung eingehen, möchte ich festhalten, dass auf Grund des Beschlusses des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 auch heute eine Redezeitbeschränkung zur Anwendung kommt. Die Gesamtredezeit der heutigen Sitzung setze ich auf Grund des übereinstimmenden Beschlusses der von der Präsidiale beauftragten Klub- bzw. Fraktionsdirektoren mit 350 Minuten ohne Aktuelle Stunde fest. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 154 Minuten, der SPÖ 108,30 Minuten, den Grünen 52,30 Minuten und der FPÖ 35 Minuten zu.

Für die Aktuelle Stunde gilt gemäß des zitierten Landtagsbeschlusses bei der heutigen Sitzung folgende Verteilung der Redezeit: ÖVP 39,36 Minuten, wobei dann zu dem Erstantragsteller noch 15 Minuten hinzutreten, also insgesamt 54,36 Minuten für die ÖVP. SPÖ 27,54 Minuten, die Grünen

13,30 Minuten und die FPÖ 9 Minuten. Ich halte fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter die Redezeitkontingente fallen.

Die Landeswahlbehörde beim Amt der NÖ Landesregierung gibt mit Schreiben, eingelangt in der Landtagsdirektion am 10. Jänner 2006, bekannt, dass auf Grund des Ablebens von Herrn Abgeordneten Herbert Kautz, der ein Mandat der Sozialdemokratischen Partei Österreichs auf dem Landesvorschlag inne hatte, gemäß § 103 Abs.3 der NÖ Landtagswahlordnung 1992 Frau Mag. Sylvia Kögler, geboren 1971, wohnhaft in Grafenbach-St. Valentin dieses Mandat zugewiesen wird.

Wir kommen nun zur Angelobung eines Mitgliedes des Landtages. Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Cerwenka, um Verlesung der Angelobungsformel.

**Schriftführer Abg. Cerwenka (SPÖ):** Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

**Präsident Mag. Freibauer:** Frau Abgeordnete Mag. Kögler!

**Abg. Mag. Kögler (SPÖ):** Ich gelobe!

**Präsident Mag. Freibauer:** Danke. Die Angelobung ist durchgeführt. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre Arbeit. (*Beifall im Hohen Hause. – Gratulation von allen Fraktionen.*)

Wir gehen weiter in unserer Arbeit. Der Klub der Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs gibt mit Schreiben vom 20. Jänner bekannt, dass infolge Ablebens von Herrn Abgeordneten Kautz gem. § 15 Abs.4 LGO 2001 Herr Landtagsabgeordneter Rupert Dworak als Ordner namhaft gemacht wird. Mit Schreiben vom 19. Jänner 2006 werden vom Klub der Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs weiters auch Änderungen in den Ausschüssen bekannt gegeben.

**Bau-Ausschuss:** Frau Abgeordnete Christa Vladyka als Mitglied anstelle von Abgeordneten Herbert Kautz. Abgeordneter Alfredo Rosenmaier als Mitglied anstelle von Abgeordneten Franz Gartner. Abgeordneter Franz Gartner als Ersatzmitglied anstelle von Abgeordneten Alfredo Rosenmaier.

**Europa- und EU-Erweiterungsfragen-Ausschuss:** Abgeordnete Mag. Sylvia Kögler als Mitglied anstelle von Abgeordneten Herbert Thumpser. Abgeordneter Herbert Thumpser als Ersatzmitglied anstelle von Abgeordneter Karin Kadenbach.

**Gesundheits-Ausschuss:** Abgeordneter Präs. Ewald Sacher als Mitglied anstelle von Abgeordneten Herbert Kautz. Abgeordneter Mag. Willi Stiwicek als Mitglied anstelle von Abgeordneter Christa Vladyka.

**Kommunal-Ausschuss:** Abgeordnete Mag. Sylvia Kögler als Ersatzmitglied anstelle von Abgeordneten Herbert Kautz. Abgeordneter Mag. Günther Leichtfried als Ersatzmitglied anstelle von Abgeordneten Willi Stiwicek.

**Landwirtschafts-Ausschuss:** Abgeordneter Herbert Thumpser als Ersatzmitglied anstelle von Abgeordneten Herbert Kautz.

**Umwelt-Ausschuss:** Abgeordneter Hermann Findeis als Mitglied anstelle von Abgeordneter Karin Kadenbach. Abgeordneter Helmut Cerwenka als Ersatzmitglied anstelle von Abgeordneten Hermann Findeis. Abgeordnete Karin Kadenbach als Ersatzmitglied anstelle von Abgeordneten Herbert Thumpser.

**Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss:** Abgeordnete Mag. Sylvia Kögler als Mitglied anstelle von Abgeordneten Hermann Findeis. Abgeordneter Hermann Findeis als Ersatzmitglied anstelle von Abgeordneten Präs. Ewald Sacher.

**Rechnungshof-Ausschuss:** Abgeordnete Karin Kadenbach als Mitglied anstelle von Abgeordneten Herbert Kautz. Abgeordnete Mag. Sylvia Kögler als Ersatzmitglied anstelle von Abg. Karin Kadenbach.

Jetzt noch eine Erinnerung. In der Präsidiale haben wir das allen Fraktionen bekannt gegeben: Am Ende der heutigen Landtagssitzung wird ein Foto vom gesamten Landtag gemacht. Von den Abgeordneten, nicht von den Regierungsmitgliedern. Also das Foto für die Broschüre für die Abgeordneten.

Eingelangt ist ein Antrag der Abgeordneten Mag. Karner, Mag. Schneeberger, Mag. Riedl, Hiller, Ing. Hofbauer und Hinterholzer gemäß § 40 LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 26. Jänner zum Thema „Aktivitäten des Landes Niederösterreich zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen unter anderem am Beispiel Austria Frost“, Ltg. 558/A-8/15.

Gemäß § 40 Abs.4 der Landtagsgeschäftsordnung wird beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Gegenstimmen? Keine. Ich stelle fest, einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Karner als ersten Antragsteller zur Darlegung der Meinung der Antragsteller zu berichten.

**Abg. Mag. Karner (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

550.000 Personen letzten Sommer in Niederösterreich beschäftigt. Das ist Rekordbeschäftigung in Niederösterreich in der Zweiten Republik. Plus 1,2 Prozent die Steigerung der Beschäftigung im letzten Dezember, Ende letzten Jahres gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres. Im selben Vergleichszeitraum die offenen Stellen um 12 Prozent, um 3.800 sind die offenen Stellen angestiegen.

Auf der anderen Seite, und auch das muss man ansprechen, haben wir Ende Dezember in Niederösterreich rund 55.800 Menschen ohne Arbeit gehabt. Aber – und das ist auch ganz wichtig dazu zu sagen – ein Drittel davon, also 17.200, haben bereits eine fixe Einstellungszusage. Das ergibt real 38.500 Arbeitssuchende in Niederösterreich, 6,7 Prozent Arbeitslosenquote. Das ist im internationalen Vergleich ein beachtlicher Wert, auch im Österreich-Vergleich ein sehr guter Wert. Aber damit wollen und damit können wir uns in Niederösterreich nicht zufrieden geben. Und daher bin ich sehr, sehr froh, dass wir heute gesagt haben, das soll heute Schwerpunkt dieser Aktuellen Stunde, das soll heute Schwerpunkt im Landtag sein, das Thema Arbeit und Beschäftigung.

Und daher war es auch Thema, zentrales Thema der Volkspartei Niederösterreich bei der Regierungsklausur vor wenigen Tagen. Daher war dieses Thema Beschäftigung, Arbeitsmarktbelegung des Arbeitsmarktes auch zentrales Thema bei der gestrigen Klubklausur.

Wir haben zentrale Maßnahmen für Niederösterreich für die Belegung, für die Sicherung, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, wir haben ein zentrales Maßnahmenpaket hier für Niederösterreich geschnürt. Und ich darf es nur kurz anreißen: Der Beschäftigungspakt wird 2006 um 27 Millionen Euro - plus 20 Prozent - aufgestockt. Ein Jugend-

sonderprogramm wird gestartet, wo zwei Drittel der Lohnkosten vom Land getragen werden, damit Jugendliche in der Praxis auch hier entsprechend üben und trainieren können, um nachschauen zu können was ihnen denn liegt.

Ähnlich das Projekt „14 – was nun?“, wo eine Roadshow gestartet wird. Wo Jugendlichen vor allem Alternativen im Bereich der Facharbeiter aufgezeigt werden sollen, vor allem auch um dem drohenden Facharbeitermangel hier entgegen zu wirken. Und als weitere, sehr konkrete Maßnahme die Job Konkret-Lehre plus, wo wir Jugendliche, vor allem 18- bis 25-Jährige animieren wollen, einen Lehrabschluss entsprechend nachzuholen. Weil wir auch wissen, und auch das sagt die Statistik, dass für jemand, der nur den Pflichtschulabschluss hat, das Risiko dreimal so hoch ist in die Arbeitslosigkeit zu geraten als wenn er einen Lehrabschluss hat.

Für die Volkspartei Niederösterreich ist klar, und ich glaube, das zeigen diese Beispiele eindrucksvoll: Nur harte Arbeit, konkrete Maßnahmen und konsequentes Engagement dienen der Belegung des Arbeitsmarktes. Nur harte Arbeit, konkrete Maßnahmen haben bei uns oberste Priorität.

Und wenn ich heute in der Zeitung lese, dass man von den Sozialisten liest, wir brauchen einen Kurswechsel, so fordere ich die SPÖ auf, diesen Kurswechsel auch tatsächlich hier bei sich durchzuführen. *(Abg. Weninger: Die paar Monate werden wir noch durchhalten!)* Denn was jedenfalls nicht zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dient ist jammern, ist raunzen, ist streiken oder gar demonstrieren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man sichert keine Arbeitsplätze, man schafft keine Arbeitsplätze, wenn man nur schön davon redet, wenn man vielleicht Arbeitsplätze plakatiert. Wir brauchen konkrete Maßnahmen. Das hilft den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern.

Und meine Damen und Herren! Lassen Sie mich konkret ein paar Beispiele hier herausarbeiten. Schauen wir uns doch die Rettung des Austria Frost-Werkes in Groß Enzersdorf an, die vor Weihnachten gelungen ist. *(Unruhe bei Abg. Weninger . - Abg. Waldhäusl: Mörwald!)*

Durch den massiven Einsatz unseres Landeshauptmannes, durch den massiven Einsatz von unserem Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann konnten über 210 Arbeitsplätze für die Region gerettet werden. Für 300 regionale Landwirte konnte der Absatzmarkt gesichert werden.

Es waren schwierigste, aber höchst erfolgreiche Verhandlungen von Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann. Einen kräftigen Applaus dafür! Dein Einsatz hat diese Region gerettet, hat dieses Werk gerettet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist eigentlich traurig, ja es ist erschütternd, welche Rolle die SPÖ, die Sozialisten in dieser Frage gespielt haben. Da hat es einen Gewerkschaftsstellvertreter gegeben, SPÖ-Landesrat Schabl, ... *(LR Schabl: Den gibt's noch immer!)* ... der demonstriert hat dort. Der vorgeschlagen hat, man soll eine Pleitenholding gründen. Man hat nicht geglaubt, dass man die Uraltkonzepte der Sozialisten irgendwann wieder einmal aus dem Schubladl herausholt. Aber er hat sie aus der Schublade herausgefangen mit dieser Pleitenholding und hat damit die Verhandlungen, die hier auf Messers Schneide gestanden sind, und hat damit die Verhandlungen von Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann in Wahrheit massiv gefährdet. *(LR Schabl: Unterstützt!)*

Es ist dem Verhandlungsgeschick, ich hab's gesagt, zu verdanken, dass dieses Werk gerettet werden konnte. Und es findet sich auch wieder in den Medien, ich glaube, Sie alle, ihr habt es gelesen, ein dickes Lob. Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann, erwähnt, Austria Frost ein dickes Lob für die Politik, dass hier durch massiven Einsatz der Zuständigen dieses Werk gerettet werden konnte. Und eine besonders, und man kann das nicht anders ausdrücken, eine besonders miserable Rolle in dieser Frage hat der SPÖ-Bürgermeister in der Gemeinde hier gespielt. *(Abg. Weninger: Jetzt pass' aber auf was du sagst!)*

Ein Bürgermeister, der eigentlich Verantwortung tragen müsste in seiner Gemeinde, war bei den zentralen, bei den entscheidenden Verhandlungen nicht da. Und weil sich der Landeshauptmann zu Recht natürlich Sorgen um das Werk, um die betroffenen Mitarbeiter gemacht hat und weil er sich auch Sorgen gemacht hat um den Bürgermeister, hat er eben ihn mit der Polizei suchen lassen. Die Polizei hat ihn Gottseidank gefunden, es war alles in Ordnung. Und er hat auch die entsprechende Unterschrift dann leisten können, die ja notwendig war damit das Werk hier weiter bestehen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der SPÖ! Das stellen wir uns nicht unter konkreten Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung in der Erhaltung von Arbeitsplätzen vor! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und als zweites Beispiel jetzt in den letzten Tagen, die Zuckerfabrik Hohenau. Wer hat hier sofort reagiert? Es war wiederum unser Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann und Petra Bohuslav, die sofort die notwendigen Maßnahmen eingeleitet haben und hier auch der Region, den Arbeitsplätzen hier Alternativen aufgezeigt hat.

Und ein Beispiel noch, auch sehr aktuell ... *(Abg. Waldhäusl: Mörwald!)* ... in welch' miserablen Zustand die SPÖ beim Thema Arbeitsplatz, beim Thema Wirtschaft ist, ist das Thema, das in den letzten Wochen hier verfolgt wurde, das Thema Postprivatisierung. Da muss man sich vorstellen, im Jahr 1996/98 hat der sozialistische Bundeskanzler, der sozialistische Postminister ins Gesetz schreiben lassen, die Post soll mehrheitlich privatisiert werden. Die Post soll mehrheitlich privatisiert werden. *(LR Schabl: Das ist die Halbwahrheit!)*

Jetzt, wo die Zeit der Börse viel, viel besser ist, jetzt, wo dieser Schritt eingeleitet wird, was machen die Sozialisten? Sie gehen auf die Straße, tun wieder einmal demonstrieren. Weil sie sonst offensichtlich keine Arbeit haben. Aber das kennen wir. Wir haben das auch gesehen bei der VOEST. Auch jenes Beispiel lassen Sie mich kurz erklären. *(Abg. Weninger: Wieviel habt ihr denn zugesperrt?)*

Wie die VOEST-Privatisierung begonnen hat, sind die Sozialisten in Oberösterreich demonstrieren gegangen. Der Oberösterreicher, der Sozialist Haider hat gesagt, das Unternehmen wird untergehen, die Arbeitsplätze werden vernichtet. Faktum ist: Seit der Privatisierung ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich weiß dass euch das weh tut, weil ihr auf der Straße gestanden seid und damit nichts ausgerichtet habt. Faktum ist, seit der Privatisierung der VOEST schreibt die VOEST schwarze Zahlen. Und 8.000 Arbeitsplätze wurden zusätzlich geschaffen durch diese höchst erfolgreiche Privatisierung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Daher bitte ich die Sozialisten, die Gusenbauer-SPÖ, nochmals eindringlich, einen Kurswechsel durchzuführen. *(Abg. Weninger: Ja, wart' noch ein paar Monate, Herr Kollege! Geduld!)*

Raunzen, jammern, streiken, demonstrieren, alles das bringt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nichts! Wir von der Volkspartei Niederösterreich, wir werden hart arbeiten, konsequente Maßnahmen setzen, die tatsächlich etwas der Beschäftigung in diesem Land bringen. *(LR Schabl: 400.000 Arbeitslose!)*

Diesen Weg werden wir auch in Zukunft konsequent und mit aller Konsequenz weiter verfolgen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und abschließend noch eine Bemerkung zu den Grünen, die ja heute sich schon das eine oder andere Mal geäußert haben. Meine Prognose: Auch in Zukunft werden die Grünen aus eigener Kraft keine Aktuelle Stunde abhalten können. Weil sie längst das Vertrauen der Wähler und Wählerinnen verspielt haben. Weil sie sich nicht mehr um die wirklich dringenden Probleme des Landes kümmern. Das sind Arbeitsplätze, das ist der Umweltschutz. Von diesen Themen haben sich die Grünen längst verabschiedet. Daher werden sie auch in Zukunft keine Aktuelle Stunde alleine abhalten können. Vielen herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Landesregierung! Werte Kollegen des NÖ Landtages!

56.000 Arbeitslose in Niederösterreich *(zeigt Plakat)*, 56.000 Arbeitslose in Niederösterreich sprechen eine deutliche Sprache, Herr Landeshauptmann. Von der Causa Mörwald über die geschlossene Zuckerfabrik Hohenau bis hin zur niederösterreichischen Rekordarbeitslosigkeit. Gut, dass wir heute hier die ÖVP-Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beleuchten.

Es gibt jede Menge dunkler Seiten. Vor allem durch die blinde Hörigkeit gegenüber der EU als Jobkiller Nummer 1 und das Fördern der verdeckten Zuwanderung von Billigarbeitskräften durch die ÖVP-Raubritter. 56.000 Arbeitslose in Niederösterreich sind mehr jobsuchende Personen als unsere Landeshauptstadt Einwohner hat.

Und die ÖVP will heute mit dieser Aktuellen Stunde zur Beweihräucherung hier ein bisschen eine Show abziehen. Ich wüsste selbst nicht was es hier zu loben gibt. 56.000 Jobsuchende sprechen eine deutliche Sprache. Ich werde hier nicht in die Verteidigerrolle der SPÖ gehen, die wird sich selbst verteidigen können. Doch was hier der Begründer, Abgeordnete Karner, von sich gegeben hat, das war traurig. Das war sehr traurig! Denn es ist an der Realität vorbei gegangen. Denn sonst hätte er uns erklärt, was tut die NÖ Landesregierung? Was macht Pröll und Co. wirklich hier bei diesem Dilemma? Genau das, was er ja angesprochen hat: Ein bisschen reden, ein bisschen feiern, ein biss-

chen reden, ein bisschen Show, ein bisschen ablenken, ein bisschen eine Klausur, da gibt's dann Unterlagen davon und dann gibt's nachzulesen vom Hofberichterstatte des Landesfürsten, von Wolfgang Lehner über das Beschäftigungspaket, über die vielen Sonderprogramme. Gleichzeitig spricht man davon, dass man die Lebensqualität steigern möchte. Das ist für die 56.000 Arbeitslosen überhaupt interessant wenn die ÖVP in einer Klausur von Lebensqualität steigern spricht und gleichzeitig sind 56.000 Familien aber ohne Arbeit. Das ist das Dilemma. Aber das macht nichts. Das gehört zu dem bisschen Show dazu.

Dann spricht man von Betriebsansiedelung. Alles alter Kaffee. Das hören wir jedes Jahr immer wieder. Geändert hat sich nichts! Und dann macht man eine Aktuelle Stunde über die großartigen Aktivitäten am Beispiel von Austria Frost. Ich mein', die übrigens keine Erfolgsgeschichte ist, egal, wie man sie jetzt wendet. Und wenn man sich beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter fünfmal bedankt in der Sitzung oder sechsmal, auf Grund der Redezeit hätte er noch fünf Minuten gehabt, der Herr Karner, da hätte er sich noch 15 Mal bedanken können bei ihm. Aber es ist trotzdem keine Erfolgsstory die hier zu verzeichnen ist.

Aber schauen wir uns im Zuge dieser Aktuellen Stunde alle anderen Aktivitäten an die hier geleistet werden. Schauen wir es uns nicht am Beispiel von Austria Frost an, schauen wir es uns am Beispiel des Förderskandal Mörwald an. Das ist auch eine Arbeitsplatzsicherung gewesen, aber für den Sohn des Landeshauptmannes Pröll halt. Ist auch ein Arbeitsplatz, ist ganz wichtig. Für den Landeshauptmann sicher wichtig und für seinen Sohn auch. Die Günstlingswirtschaft im Dunstkreis der ÖVP und der dort üblichen Förderpraxis. Oder schauen wir uns die Aktivitäten des Landes am Beispiel des Förderskandals Gabmann an. Ist auch Arbeitsplatzsicherung. Dem Land ist zwar enormer Schaden entstanden, Pröll und Gabmann haben den NÖ Landtag belogen, aber eine Arbeitsplatzsicherung war es sehr wohl. Für die Familie Gabmann. Selbstverständlich für den Landeshauptmann und seine Familie wichtig. Die 56.000 Arbeitslosen in Niederösterreich werden mit dieser Art der Politik aber keine Freude haben.

Schauen wir uns die Aktivitäten des Landes und bei dem Jobkiller Nummer 1, der EU an. Wie steht dieses Land zu dieser EU? Wie hat es geschrien nach dieser EU. Wie hat diese ÖVP für diese Osterweiterung getrommelt? Reden wir aber über diese –zigtausend Arbeitsplätze, die seit diesem EU-Beitritt vernichtet wurden, auch in Niederösterreich.

Und wenn man dann ein bisschen über den Rand hinaus schaut in die EU, dann reden wir auch hier bei den Aktivitäten ein bisschen über das Beispiel der EU Zuckermarktreform. Was hat hier die ÖVP getan? Wie steht sie dazu? Nachzulesen am 25. November 2005: Minister Pröll verteidigt die Zuckermarktreform. Hart aber bewältigbar.

Naja, dann reden wir halt über diese Zuckermarktreform. Kann man natürlich noch nachlesen in den Unterlagen, was die Außenministerin Plassnik gemacht hat. Sie hat den Fair trade-Zucker, sie hat gleich einmal geschaut, dass man aus Übersee in den Ministerien Zucker bekommt, im ganzen Land. Und unsere Zuckerbauern lassen wir im Regen stehen. Aber über die Art will ich heute gar nicht diskutieren. Weil das ist eine Schande für unsere Zuckerbauern.

Aber reden wir dann auch, wenn wir diese Zuckermarktreform besprechen und über die EU reden, dann reden wir auch heute bitte über die 10.000 Arbeitsplätze der Bauern, die jetzt und hier gefährdet sind. Und reden wir über die 136 Arbeitsplätze am Standort Hohenau. Und dann auch über die Folgearbeitsplätze hier in Hohenau und Umgebung. Und da gibt's Stellungnahmen von Bürgermeistern und von Leuten, die sich ein bisschen in der Wirtschaft auskennen. Die sprechen hier von 1.900 bis sogar zu 2.000 Folgearbeitsplätzen. Das sollte man schon erwähnen.

Da muss man natürlich auch die Fairness haben zu sagen, dass hier der Jobkiller Nummer 1, die EU, zugeschlagen hat, aber nicht alleine. Hier unter Mithilfe und mit Unterstützung der ÖVP.

Und stellen wir aber abschließend dann, wenn wir über Hohenau auch reden, fest, wenn es heute um die Beweihräucherung geht, dass die ÖVP die Zuckerfabrik Hohenau und die Beschäftigten nicht retten konnte.

Diese EU, unsere Bundesregierung und unsere Landesregierung, alle reden – und der Begründer hat es ja heute wirklich ganz stark gemacht und begonnen – von dem Beschäftigungszuwachs. Dass in dieser Republik noch nie so viele Leute beschäftigt waren. Aber dann muss man auch den Mut haben davon zu sprechen, dass wir noch nie so viele Arbeitslose in dieser Zweiten Republik gehabt haben. 56.000 alleine in Niederösterreich. Und das ist ja nicht nur dass man Zahlen nennt, so wie der Herr Karner das gemacht hat. Das geht ja weiter. Hinter diesen Zahlen stehen Menschen, Familien, Kinder, die darunter leiden weil ihre Eltern keine Arbeit haben. Und diese Menschen haben es schwer. Schwerer als andere. Denn sie sind alleine.

Sie sind nicht der Sohn des Landeshauptmannes, sie sind nicht der Bruder des Landeshauptmannstellvertreters und sie heißen nicht Mörwald. Doch sie haben ein Recht auf die Wahrheit. Und zur Wahrheit gehört auch dazu, dass mit dieser EU, mit dieser Osterweiterung uns die ÖVP und SPÖ hier in etwas hineingeritten haben an dem wir noch lange, lange beißen werden.

Wenn wir hier von den 56.000 Arbeitslosen in Niederösterreich sprechen, müssen wir auch über die Konkurrenz sprechen, die unsere Arbeitnehmer hier tagtäglich vorfinden. Und das ist Tatsache: Dass die Billigstarbeitskräfte aus dem Ausland, dass die Zuwanderung ebenfalls mit Schuld ist daran, dass heute in Niederösterreich hier so viele Leute ohne Arbeit sind.

56.000 Arbeitslose in Niederösterreich, 50.000 beschäftigte Ausländer in Niederösterreich und 60.000 legale Einwanderungen jährlich. Diese Zahlen sprechen Fakten. Und dass das mit Sorge zu betrachten ist, ist nicht nur von mir und von anderen untermauert, sondern es hat auch der frühere ÖVP-Chef Josef Taus davor gewarnt, dass diese große Zuwanderung als großes Problem für unseren Arbeitsmarkt zu sehen ist. Und er kennt sich auch in der Wirtschaft aus.

Daher sagen wir Nein zu den Förderskandalen dieser ÖVP. Sagen wir Nein zu dieser EU. Sagen wir Nein zu diesen Billigarbeitskräften aus dem Ausland. Sagen wir Nein zur Zuwanderung. Sagen wir Stopp der Zuwanderung. Denn wir brauchen keine Ausländer, wir brauchen die Arbeitsplätze für unsere Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Herr Abgeordneter Waldhäusl! Ich erteile Ihnen den Ordnungsruf für Ihre Aussage „Pröll und Gabmann haben den Landtag belogen“. Und im Übrigen möchte ich Sie daran erinnern, und Sie kennen meinen Standpunkt, dass ich erwarte, dass Sie auf Ihre Taferln verzichten. *(Abg. Waldhäusl: Ich kenne Ihren Standpunkt, aber ich akzeptiere ihn nicht!)*

Sie haben zuzuhören wenn der Präsident spricht! *(Abg. Waldhäusl: Nein!)*  
Ja, das haben Sie! Lesen Sie einmal die Geschäftsordnung. *(Abg. Waldhäusl: Sie verwechseln das mit der Schule!)*

Nein! Ich verwechsle das nicht mit der Schule. Sie mit Ihren Taferln verwechseln das mit einer Schulklasse und nicht ich. Und lesen Sie einmal die Geschäftsordnung, sonst muss ich Ihnen leider noch einen weiteren Ordnungsruf erteilen.

*(Abg. Waldhäusl: Dann geben Sie mir fünf, Herr Präsident! Danke dafür! Ich nehme die Taferln wenn ich will!)*

Sie bekommen hiermit den zweiten Ordnungsruf für Ihre frechen Bemerkungen gegenüber dem Präsidenten.

Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber.

**Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der NÖ Landesregierung!

Es war eine gute Entscheidung heute vom NÖ Landtag eben eine Aktuelle Stunde einzuberufen zur Sicherung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Fakten, Daten sind schon geliefert worden. Es ist das Thema was die Menschen draußen wirklich beschäftigt, und zwar tagtäglich beschäftigt.

Man muss das natürlich auch, und das sehe ich naturgemäß anders als Kollege Waldhäusl, auch im Lichte einer Neuausrichtung der Europäischen Union sehen. Niederösterreich im Herzen Europas. Früher eine gewaltige Grenzregion. Aber auch nach innen gerichtet. Wir haben einen weißen Fleck mitten auf der niederösterreichischen Landkarte und das ist Wien. Und ich würde meinen, diese Bedingungen sind auch eine gewaltige Chance für das Land Niederösterreich.

Und so gibt es einerseits Strategien wo man versucht, im hochqualitativen Bereich Arbeitsplätze zu schaffen. Biotechnologie, im sonstigen High-techbereich, da ist man auch schon gescheitert. Ich sage nur Baxter. Aber da gibt es Bemühungen, in diese Richtung zu gehen. Da wird man auch try and error spielen müssen, alles wird nicht funktionieren.

Aber da gibt's andererseits den Bereich der Betriebe wo es um Tätigkeiten geht die eben minderqualitativ sind, um es einmal so auszudrücken. Und die beschäftigen uns wirklich. Und das sind auch die Sanierungsfälle. Es geht im konkreten Fall, und wenn wir schon eine Aktuelle Stunde haben, dann geht es eben um Hohenau, es geht um die Austria Frost, die ja von der ÖVP als Beispiel angeführt wurde, aber auch um die Toni Mörwald GmbH.

Schauen wir uns die Aktivitäten einmal gemeinsam an was diese drei Sanierungsfälle betrifft. Eines ist gleich, sie sind alle drei im Agrar-, Nahrungs- und Genussbereich tätig, Gastrobereich. Und die Vorgehensweise der Mitglieder der Landesregierung war ganz differenziert. Auf der einen Seite Hohenau und Austria Frost, wo man bemüht

war als Informationsbroker aufzutreten, als Drehscheibe da etwas in Gang zu bringen. Wo man indirekt eine Wirtschaftsförderung gemacht hat oder eben auch scheiterte wie in Hohenau. Aber ich glaube Ihnen, dass es auch da Bemühungen gab. Dann lässt man die ECO PLUS wieder als Immobilienmakler auftreten, weil es sichtlich – so wurde es kommuniziert – nicht anders ging. Und die Kommunikation ist ein entscheidender Unterschied zwischen Hohenau/Austria Frost einerseits und andererseits der Mörwald GmbH.

Alle Mitglieder der Landesregierung haben ganz transparent offen kommuniziert, sind zu den Medien gegangen. Haben gesagt, erstens haben wir vor, zweitens haben wir vor, drittens werden wir versuchen. Es gibt Stiftungen, es gibt dieses Bemühen, dort sind wir gescheitert. Ganz transparent. Es ist nicht Aufgabe vom Landtag hier eine Kontrolle auszuüben. Das macht die Regierung und ich glaube, das muss man auch nicht kontrollieren. Aber der zweite Punkt, die Mörwald GmbH.

Da geht's um eine direkte Wirtschaftsförderung und da geht es natürlich um die Aufgabe und um das Selbstverständnis des NÖ Landtages. Und da ist die Regierung zu kontrollieren. Man hat so den Eindruck als wäre eben der Toni Mörwald GmbH in der Tat das Geld am Silbertablett serviert worden. *(Abg. Weiderbauer bringt ein Silbertablett mit einem Cloche zum Rednerpult und trägt es anschließend zum Platz des LAbg. Mag. Ram.)*

Wie, das bezeichnen ÖVP-Mitglieder als Theaterspielen. Die Arbeitslosenzahlen sind genannt worden. Das ist kein Theaterspielen. 100.000 Euro für das Land Niederösterreich ist was und je nachdem, was man damit macht, kann es sehr, sehr viel sein. Es geht darum, dass diese Prozesse nicht transparent abgelaufen sind.

**Präsident Mag. Freibauer:** Herr Abgeordneter Weiderbauer! Ich fordere Sie auf, diesen Gegenstand wieder an sich zu nehmen und aus dem Landtagssaal zu entfernen. Sie belästigen da schon die Kollegen. Das geht jetzt schon eindeutig zu weit.

**Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne):** Ich würde aber bitten, mir das von der Redezeit wirklich abzunehmen.

Es geht um allgemeine Richtlinien, die anscheinend herangezogen wurden. Man weiß nicht, wie die Entscheidung wirklich getroffen wurde. Sie haben in der letzten Landtagssitzung gemeint, es gibt nur einen Beschluss, der wird durchgeführt. Der Kollege Schneeberger sagt wieder, Maßnah-

men greifen schon. Die anderen sprechen davon Gelder sind geflossen. Dann liest man wieder, es sind überhaupt keine Gelder geflossen. Es wird extern saniert, es zahlt das Land. Es weiß niemand was da vonstatten geht. Und gerade in einem Bereich wo es um einen beinharten Wettbewerb geht. Das ist Marktwirtschaft pur. Wenn das Catering-Geschäft nicht floriert, dann wird das wer anderer übernehmen. Und das wissen Sie ganz genau, Herr Landeshauptmann.

Aber es geht nicht so sehr um die Regierungsmitglieder heute. Heute geht es mir um jemanden der wirklich glaubt untertauchen zu können. Das sind Sie, Kollege Riedl. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, welch' toller Hutträger Sie sind. Ich bin mir jetzt nicht ganz bewusst, mir ist nicht klar, mit welchem Hut Sie heute gerade wieder da sitzen. Ich hoffe sehr, es ist der Hut wo oben steht „Landtagsabgeordneter“.

Sie haben oft den Hut auf „Bürgermeister von Grafenwörth“, dann haben Sie den auf „GVV-Obmann der ÖVP“, dann haben Sie den auf „Aufsichtsrat der NÖ Kulturwirtschafts GmbH“, dann haben Sie den auf „Steuerberater der Mörwald GmbH“, dann auch noch als Mitglied der Pregesbauer-Mörwald-Privatstiftung. Und was mich am meisten ärgert ist der Hut dass Sie in einem Kuratorium vom NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds sitzen. Und da denke ich mir, wenn ich Steuerberater wäre von so einem Unternehmer und den Hut des Steuerberaters oder der Steuerberaterin gerade auf habe, ist eigentlich toll. Das haben wir jetzt wirklich gut gemacht, dass ich dem Unternehmen jetzt auch noch irgendwie Mittel zukommen lass' indem ich den Hut eines Kuratoriumsmitgliedes auf habe.

Kollege Riedl! Ich finde das ist eine Zumutung, dass Sie erstens nicht das Selbstverständnis entwickeln, dass das eine Unvereinbarkeit ist. Und zwar par excellence eine Unvereinbarkeit. *(Beifall bei den Grünen.)*

Sie sitzen da und grinsen. Das ist auch sichtlich nicht mehr das Selbstverständnis der ÖVP. Wir werden heute noch auf ECO PLUS zu sprechen kommen. Aber das ist eine Zumutung für eine moderne Aufstellung in Niederösterreich. Und ich würde Sie wirklich von dieser Stelle aus bitten, gehen Sie in sich und treten Sie von diesem Kuratorium als Mitglied zurück! *(Beifall bei den Grünen.)*

Und einen letzten Satz in Richtung SPÖ. Nichts Neues, so wie immer. Ihr habt das alles mitgetragen, Kollege Weninger. Man weiß nicht, was Sie davon halten. Das Arbeitsinspektorat kennt

Herrn Toni Mörwald. Sie verhalten sich eigentlich wie immer. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Renner.

**Abg. Mag. Renner (SPÖ):** Werter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Gottseidank meldet sich die SPÖ jetzt zu Wort, damit kann ich vorab schon sagen, dass die Sache ein wenig versachlicht wird im Sinne einer vernünftigen und ordentlichen Diskussion um den Wirtschaftsstandort Niederösterreich.

Also zum Titel der Aktuellen Stunde wo es heißt Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Mit dem gehen wir nicht ganz d'accord, weil hier beim Austria Frost-Beispiel Gottseidank Arbeitsplätze gerettet werden konnten, aber geschaffen wurden beileibe keine. Wir müssen uns also mit dem Terminus der Sicherung zufrieden geben.

Die Ausgangslage ist uns hinlänglich bekannt. Die Medien haben berichtet, ich möchte trotzdem kurz zurückblenden. Gegen Ende Oktober des letzten Jahres wurde bekannt, dass das Iglo-Werk Austria Frost in Konkurs schlittern wird. Die Nachricht erschütterte unsere gesamte, von wirtschaftlicher Prosperität ohnehin nicht verwöhnte Region. Zirka 350 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bangten um ihren Job, die Landwirte im Marchfeld bangten um ihre Ernteabgeltung und die Gemeinde Groß Enzersdorf bangte nicht nur um die betroffenen Menschen der Gemeinde und der Region, sondern auch um einen nicht unbeträchtlich hohen Anteil an Kommunaleinnahmen, den zu verlieren noch immer droht.

Um dieser Betroffenheit in der Region Ausdruck zu verleihen, wurde am 30. November 2005 eine solidarische Kundgebung veranstaltet. Der Herr Abgeordnete Karner hat es schon angesprochen. Teilgenommen haben die betroffenen Mitarbeiter, flankiert von Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe, die Gemeindevertretung Groß Enzersdorf, flankiert durch die Anwesenheit zahlreicher anderer Bürgermeister der Region sowie die hochrangigen Vertreter der Gewerkschaft, international wie national wie niederösterreichisch und nicht zuletzt unterstützt durch hochrangige Persönlichkeiten des Österreichischen Bauernbundes. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Adensamer.)*

Die Demonstration, ich war dabei, deshalb weiß ich wovon ich spreche, war trotz der extremen Kälte äußerst gut und vor allem, was mir wirklich

gefallen hat, parteiübergreifend besucht. Die Anwesenden waren einfach alle tief betroffen. Die Stimmung war beherrscht von der gemeinsamen Sorge um die eigene Zukunft und um die Zukunft der Region.

Geschätzte Damen und Herren! Auf Grund der österreichischen Geschichte ist es ja eine besonders seltene Allianz die sich hier aufgetan hat. Und ich behaupte frei von jedem Pathos, wenn es so etwas wie Solidarität in unserer Gesellschaft noch gibt, in Ansätzen noch gibt, dann war die Kundgebung in Groß Enzersdorf ein Paradebeispiel dafür wie es gemeinsam gehen kann! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vielleicht noch ein Wortspiel zum Wort Demonstration. Wie gesagt, ich habe angesprochen, dass zahlreiche honorige Persönlichkeiten verschiedener Parteien teilgenommen haben. Nach dem „Duden“ bedeutet das Wort Demonstration erstens Massenprotest oder Massenkundgebung und/oder zweitens, und das nehme ich für uns in Anspruch, den sichtbaren Ausdruck einer bestimmten Absicht, eindringliche, nachdrückliche Bekundung für oder gegen etwas. Und, wie gesagt, da ich dabei war weiß ich, dass nur zweite Bedeutung des Wortes gemeint gewesen sein kann, nämlich teilzunehmen für den Erhalt des Werkes und gegen die Schließung des Werkes.

Dass die Anwesenheit unseres Landesrates Emil Schabl derart hohe Wellen geschlagen hat und bis heute hierher schlägt, verwundert mich noch immer. Wie gesagt, war nicht zuletzt Bauernpräsident Ing. Hermann Schultes sowie der Landesgeschäftsführer des ÖAAB Niederösterreich Walter Mayer, Stadtrat in Groß Enzersdorf, auch anwesend.

Abgesehen von der Kundgebung zur Rettung des Werkes möchte ich hier auch grundsätzlich die Frage in den Raum stellen, wie man als Demokrat, und wir sind alle gewählte Demokratinnen und Demokraten, mit dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit umgeht, das 1867 eine der Wurzeln in der Entstehung der österreichischen republikanischen Geschichte dargestellt hat. Dementsprechend sollte jede friedliche und demokratische Form der Versammlung als Ausdruck einer Willenskundgebung verstanden werden und nicht mehr und nicht weniger. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun erlauben Sie mir aber zurück zu den Fakten rund um den Erhalt des Werkes der in Konkurs geratenen Austria Frost. Von den 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fanden 245 eine neue Anstellung über die deutsche Frenzl-Gruppe, 54

Mitarbeiter werden in einer Stiftung aufgefangen und zirka 40 Mitarbeiter werden hoffentlich den Weg in den wohl verdienten Ruhestand finden. Somit ist es natürlich unterm Strich ein gutes Ergebnis welches hier erwirkt wurde. Vergessen dürfen wir an dieser Stelle aber nicht, dass die 245 Mitarbeiterinnen, die neu angestellt wurden, auch neue Dienstverhältnisse bekommen haben und es hier zum Teil sehr massive Verschlechterungen und Gehaltseinbußen gegeben hat. Bei den Arbeitnehmerinnen waren das bis zu 100 Euro und bei den Angestellten bis zu 300 Euro. Wobei hier auch nicht verschwiegen werden soll, dass der Betriebsrat Ewald Müller, mit dem ich natürlich auch noch Rücksprache gehalten habe, besonders betont hat die sachliche und gute Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer- und Bauernvertretern in dieser ganzen Angelegenheit. Und auch nicht verschweigen möchte, dass die Arbeitnehmer, die jetzt neu angestellt sind, durch die Entgeltfortzahlungsgesetze durchaus ihre Abgeltungen bekommen haben, während die landwirtschaftlichen Betriebe in der Region über den Konkurs der Austria Frost zum Teil 5.000 bis 10.000 Euro pro Jahr an Einnahmen vermissen werden. Ich glaube, ich habe zuletzt sogar im „profil“ Kollegen Ernst Kapfinger gelesen, der auch gesagt hat bis zu 5.000 Euro werden ihm fehlen. Und das ist angesichts der Betroffenen auch in immer schwieriger werdenden Situationen in der Landwirtschaft nicht sehr lustig.

Eine große Herausforderung Austria Frost bzw. Übernahme Fränzl steht sicher auch der ECO PLUS bevor. Es hat ein Auffangpaket gegeben, wobei ECO PLUS mitgearbeitet hat. Und ich darf hier sehr deutlich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass vielleicht auch die eine oder andere Idee nach dem Ableben der Kaserne Groß Enzersdorf über ECO PLUS wieder mit Leben erfüllt wird, dass sozusagen dieses Gebäude einen neuen Hauch an Leben eingehaucht bekommt.

Grundsätzlich und unterm Strich: Angesichts der schwierigen internationalen Situation, Globalisierung, Standortwettbewerbe in der EU, Sie kennen das alle genauso gut wie ich, kann man sicher sagen, dass vom Land Niederösterreich, von ECO PLUS und von der Gemeindevertretung ein sehr gutes Ergebnis erwirkt wurde.

Ich möchte die mir noch verbleibende Zeit nutzen um noch ganz kurz einen Schlagabtausch zu machen wie es in der Region und im Bezirk Gänserndorf grundsätzlich aussieht. Es ist heute schon das Wort Hohenau einige Male erwähnt worden. Die Region leidet seit Jahren unter dem Rückzug der gut bezahlten Arbeitsplätze und des wirtschaftlich wichtigen Standortes der OMV. Es waren

seinerzeit 3.000 Mitarbeiter, derzeit sind es 800. Arbeitsplätze aus ÖBB, Postämtern, Gendarmerie gingen verloren. HTM, besser bekannt unter „Tyrolia“ in Neusiedl/Zaya wurde zugesperrt, 150 Mitarbeiter gekündigt. Durch den Niedergang des Safariparks verloren zahlreiche Mitarbeiter ihren Job.

Zuletzt, wie schon erwähnt wurde, die Austria Frost. Und die nächste Hiobsbotschaft die uns erreicht hat war die Zuckerfabrik Hohenau. Und an dieser Stelle möchte ich anmerken, dass es im Sinne der Gerechtigkeit der Regionen innerhalb von Niederösterreich schon eine Überlegung wert hätte sein müssen, die Biodieselanlage in Hohenau zu bauen. Und ich weiß, jetzt kommt der Einwand Donau. Ich kann nur anbieten, Hohenau ist von den ÖBB her ausgezeichnet erschlossen. Also das hätte uns schon sehr gefreut.

Nachdem ich aber immer sage, was es wiegt das hat's, möchte ich nicht verschweigen, dass es auch sehr positive Ansätze gibt. Dies ist allerdings ein bisschen eine Schiefelage wenn man das einander gegenüber stellt. Es wurde sehr viel Geld in die Schlossanlage Schlosshof investiert. Nicht zuletzt ist das Funktionieren und das gute Bewerben von Schlosshof sicher auch dem Geschäftsführer Farasin und seinem Team zu verdanken. Es wurde in Deutsch Wagram ein Sprachkompetenzzentrum in Aussicht gestellt. Engelhartstetten, der Bürgermeister Feigl kämpft um einen Thermenstandort und zarte Pflänzchen tun sich beim Fachhochschullehrgang und Betriebsansiedlung Markgraf-neusiedl auf. Wenn allerdings die Infrastruktur in Hinkunft nicht passt und nicht funktioniert, dann werden diese zarten Pflänzchen verwelken und für alles, was schon negativ passiert ist, ist es ohnehin zu spät.

Das heißt, die sozialdemokratische Fraktion im NÖ Landtag unterstützt selbstverständlich die Frist, die der Landeshauptmann dem Verkehrsminister gegeben hat, weil wir diese Straße dringend brauchen. Zum Ersten als Entlastung der Gemeinden und Sie wissen das zum Zweiten für den Wirtschaftsstandort Bezirk Gänserndorf. Meine Befürchtung ist allerdings, dass sich, ehe da Entscheidungen fallen, der Verkehrsminister im wahrsten Sinne des Wortes abseilen wird. Weil, wie wir wissen, seine Zukunft eher im Seilbahnbereich liegt als im Bundesstraßengesetz. Wir werden sehen, was sich da noch tut. *(Abg. Weninger: Und das mit Tempo 160!)* Abseilen mit 160, genau.

So. Aktuelle Stunde, Austria Frost, wirtschaftliche Situation. Es wird nichts daran vorbe-

führen, dass man auch die östliche Region im Land Niederösterreich infrastrukturell erschließt, weil wir vor zwei Perspektiven stehen. Die eine ist, wie mein Vorgänger Abg. Muzik immer gesagt hat, wir werden vor lauter Natur alle nur mehr im Hubertusmäntelchen durch die Wälder streifen. Und es ist natürlich schön wenn das jemand als seine Hauptaufgabe im Leben sieht. Wir allerdings sind der Meinung, dass man auch ein gewisses Einkommen braucht um sein Dasein zu fristen. Und insofern sollte der zweiten Chance eine Chance gegeben werden. Nämlich von der berühmten Teilhabe in der EU auch ein Stück abzubekommen um die Wirtschaft in der Region Gänserndorf, im Land Niederösterreich und in Österreich auf Vordermann zu bringen.

Ich wünsche im Übrigen den Mitarbeitern in Groß Enzersdorf ein Glückauf für die Zukunft! Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Nowohradsky.

**Abg. Nowohradsky (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Nach den fast unsäglichen Worten eines Abgeordneten Waldhäusl und der Präsentation der Servierkunst der Grünen hat Gottseidank die Frau Abgeordnete wiederum das Thema in dieses Haus hereingeholt, nämlich die Arbeitsplätze, die Sorge um die Arbeitsplätze und die Sorge um die Arbeitsplätze unserer Mandatare. Und da sind Servierkünste und all diese Dinge sicherlich nicht angebracht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist tatsächlich so, und dadurch spreche ich auch heute als ein regionaler Abgeordneter, dass zwei Dinge uns sehr berührt haben in der Vergangenheit. Das war vor Weihnachten eben Austria Frost mit all diesen Begleiterscheinungen, die es da gegeben hat. Wir waren oft gar nicht informiert mit welchen Hintergrundaktionen der Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann und der Herr Landeshauptmann hier auch tätig waren, bis am Sonntag in der Nacht gearbeitet und geschaut, dass das funktioniert draußen in der Region.

Und das Zweite was gewesen ist, dass auch ein Ergebnis heraus kommt für die Mitbürgerinnen und Mitbürger, nämlich im Bereich der Landwirtschaft und auch im Bereich jener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dort eben ihren Dienst versehen und auch in Zukunft versehen können. Man könnte fast von einem kleinen Weihnachtswunder dabei sprechen.

Eine andere Sache ist die Situation in der Zuckerfabrik in Hohenau. Auch das wurde heute schon angesprochen. Es war sicherlich nicht leicht als wir erfahren haben, dass eben diese Zuckerfabrik gesperrt wird. Wir wissen aber schon seit Langem, dass es hier Schwierigkeiten gibt, die von außen kommen.

Wenn sich jemand herstellt und sagt das ist die EU und die EU vernichtet Arbeitsplätze, dann hat er überhaupt keine Ahnung. Denn diese Arbeitsplätze sind im großen, globalen Wettbewerb verloren gegangen. Und ein gewisses Maß an Zuckermarktordnungswünschen, die wir gehabt haben, ist eben nicht gekommen. Und das ist eben so, dass ein Drittel weniger in diesem Bereich hier zu produzieren ist. Ein Drittel weniger bedeutet, dass eine der drei Zuckerfabriken eben auch zur Diskussion gestanden ist.

Interessant dabei ist es nämlich, dass es eigentlich jene waren, jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Tolles geleistet haben dort, tagtäglich die einzelnen Produktionen immer wiederum hinaufgeschraubt haben und eigentlich sich dadurch den Arbeitsplatz fast selbst wegrationalisiert haben. Das ist die Ironie dabei, auf der anderen Seite aber der internationale Wettbewerb.

Wenn man sich heute da herstellt und sagt, da hat das Land die Schuld usw., dann macht man sich das zu leicht. Es sind ganz verschiedene Arten von Betrieben die hier zur Diskussion stehen. Austria Frost aus der Konkursmasse. Hier ein Betrieb, der eben nicht mehr lebensfähig war und wo auch der Aufsichtsrat die Entscheidung in diese Richtung beschlossen hat. Es war ja bitte nicht nur ein Betrieb, sondern es sind ja zwei Betriebe. Einer in der Slowakei und einer eben mit Hohenau an der March.

Und das Interessante dabei ist, bei dieser Aufsichtsratssitzung haben die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertreter nicht dagegen gestimmt, sondern haben sich unter Anführungszeichen „nur“ der Stimme enthalten. Denn sie haben mit dem Betrieb auch verhandelt, was kann mit diesen Personen, die hier den Arbeitsplatz verlieren, in Zukunft geschehen. Und das ist in einer Verantwortung geschehen sowohl seitens der Belegschaftsvertreter als auch des Aufsichtsrates, als auch der Agrana, wie wir es auch in Zukunft wünschen wenn es irgendwo Schwierigkeiten gibt. Und ich glaube, es sind auch vom Land Niederösterreich Dinge eingeleitet worden. Dafür möchte ich mich sehr bei dir bedanken, Herr Landeshauptmannstellvertreter, aber auch bei der Frau Landesrätin Petra Bohuslav, nachdem es hier um weitere Maßnahmen geht, wie

können wir den Menschen dort helfen. Es gibt also Stiftungen, es gibt Weiterbeschäftigungsgarantien vor allem für die jungen Menschen und dergleichen. Das heißt also, es ist hier etwas geschehen!

Es wird aber natürlich auch Freisetzen geben. Und da wird versucht diesen Menschen über die Runden zu helfen und sich neu zu orientieren. Der Standort ist natürlich keine leichte Sache hier im Norden wo ich selbst auch zu Hause bin. Das Land engagiert sich aber, gemeinsam mit ECO PLUS, mit Raiffeisen und mit Agrana um den Standort dort auch zu erhalten, egal in welcher Form.

Interessanterweise, wenn wir die Brückendiskussion in unserem Bezirk immer wiederum haben, müsste es eigentlich eine Chance sein, denn in Hohenau haben wir eine Brücke! Und in Hohenau, da könnten wir jetzt noch zehnmal darüber reden dass wir sagen, na ja, die Brücke ist zu klein, die ist nur einspurig befahrbar. In Wien muss man auch vor einer Ampel warten und all diese Dinge. Aber wir haben die Chance, dort eine Brücke zu haben um eben mit den Nachbarn auch diesbezüglich zu kooperieren.

Zur Situation im Bezirk selbst. Wir wissen um die dringende Notwendigkeit des Straßenausbaus um eben auch Arbeitsplätze zu erhalten. Wir wissen aber auch, dass wir nicht nur die Marchfeldstraße brauchen, die Nordautobahn, die Gottseidank demnächst begonnen wird. Sondern dass es auch einen Bahnausbau geben wird. Und es ist österreichweit einzigartig, dass zugleich zu einem Straßenausbau auch der Bahnausbau erfolgt. Das ist einzigartig! Und 2008 wird mit beiden Dingen begonnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich halte auch die Vorgangsweise von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll für richtig, dass er sagt, wenn Marchfeldstraße dann bitte auch die B 303 und die S33. Denn es kann nicht so sein, dass sich alle Bundesländer die Rosinen herausklauben aus diesem großen Topf und Niederösterreich geht mit wichtigen Projekten nicht zeitgleich mit. Daher unsere Forderung von Seite des Landeshauptmannes, auch das umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Damit komme ich zu der Brückensituation. Es hat in letzter Zeit hier auch Diskussionen immer wiederum gegeben, dass das Land Niederösterreich zu wenig macht im Bereich von Hohenau. Und es hat sogar die Diskussion gegeben bzw. eine Aussage des slowakischen Verkehrsministers in den Medien, dass eben er überhaupt nichts davon weiß. Und da kann ich jetzt einen Brief zitieren

vom 28. November 2005, vom Verkehrsminister der Slowakei, Pavol Prokopovic. Und er schreibt: Ich danke dir für den Brief. Damit meinte er eben Herrn Vizekanzler Hubert Gorbach, sein Pendant in Österreich. Gern bestätige ich dir, auch auf Grund der Äußerung unserer Experten, dass das Ministerium für Verkehr, Post und Telekommunikation der Slowakischen Republik den Ausbau des Nullringes um Bratislava plant und konkret die Verbindung der Autobahn D2 bei Stupava bis zur slowakisch-österreichischen Grenze als Verbindung vom Typ Autobahn beabsichtigt ist bis zur Staatsgrenze bei Marchegg.

Ich hoffe, das ist jetzt einmal endgültig geklärt. Dass es nicht immer wiederum heißt, es tut sich nichts, es geht nichts weiter. Hier die Schuld irgendwo bei jemandem zu suchen ist sehr leicht. Aber er wird sie nicht finden. Denn das Land Niederösterreich, aber auch der Bund haben sich hier engagiert. Natürlich ist es auch eine Situation, wenn wir Brücken bauen wollen brauchen wir auch immer einen Zweiten. Dass die Interessen der Slowaken heute noch auf einem anderen Gebiet liegen, nicht bei Marchegg, unsere Interessen aber bei Marchegg eher liegen, weil wir eben dort einen gut ausgebauten Wirtschaftspark haben und der unbedingt diese Brücke braucht, dann werden wir sehen, dass wir vielleicht doch in Zukunft gemeinsam dieses Projekt verwirklichen können. Denn heute, glaube ich, wurde schon angesprochen, es sind ja 21 Betriebe in der Warteschleife in Niederösterreich. Und wenn wir dort punktgenau diese Maßnahmen setzen, dann haben wir auch die Chance, Betriebe hier zu bekommen.

Und jetzt noch zwei, drei Dinge, die ich hier auch erwähnen möchte, weil immer wiederum auch auf den Bund hier eingegangen wurde. Das Lehrlingspaket. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute beim Herfahren habe ich gehört, in Niederösterreich um 365 Lehrlinge mehr. Gefördert vom Bund mit dieser großen Lehrlingsaktion, 360 Lehrlinge mehr.

Das ist doch was! Da haben wir den Menschen die Chance gegeben, hier auch einen Beruf zu erlernen, für die eigene Zukunft zu gestalten. Und das darf man nicht mies machen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und eines noch: Es wird immer wiederum, und das vielleicht an die Adresse der Sozialdemokraten, bei diversen Abrechnungen, bei diversen Analysen über den Arbeitsmarkt wird immer nur von Arbeitslosen gesprochen. Dass wir aber in Niederösterreich wesentlich mehr Beschäftigte haben als früher, davon wird überhaupt nichts ge-

sprochen. Dass wir im Bezirk Gänserndorf, obwohl wir diese Probleme haben, obwohl wir wissen, dass es nicht leicht ist hier an der Grenze zu arbeiten, bei 38.800 Beschäftigten um 309 Berufstätige im Vorjahr mehr gehabt haben, dass wir an die hundert Lehrlinge mehr haben als vorher. Ich glaube, das sind Zahlen, die muss man auch der Bevölkerung sagen und nicht immer mit Panikmache hier arbeiten. Danke! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Petrovic.

**Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne):** Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Hohes Haus!

Ja, man merkt so an den Tönen, jedenfalls von Seite der ÖVP, dass wir uns in einem Wahljahr auf Bundesebene befinden. Die sozialdemokratische Fraktion scheint das noch nicht ganz mitbekommen zu haben. Aber was nicht ist, wird ja wahrscheinlich noch werden.

Mein Vorredner hat sich Gedanken und Sorgen gemacht um die Servierkünste des Abgeordneten Weiderbauer. Seien Sie ganz beruhigt, er hat gezeigt, er beherrscht es. Ich bewundere immer wieder die Tanzkünste des Abgeordneten Riedl, auf derart vielen Kirtagen zu tanzen. Das ist schon eine andere Kunst. Und während Weiderbauer das um Gotteslohn tut, bin ich mir bei Riedl da nicht sicher. *(Beifall bei den Grünen.)*

In Sachen Arbeitsmarkt, Herr Abgeordneter Nowohradsky: Wenn Sie schon sagen, wir sollen nicht nur über die Arbeitslosen reden, obwohl es allzu viele sind, vor allem bei den Frauen steigt die Arbeitslosigkeit wirklich besorgniserregend, dann reden wir über die Beschäftigten und über dieses Mehr an Beschäftigung und wo wir ein Mehr haben. Dann stellt sich sehr bald heraus, dass wir insbesondere in der Ostregion Österreichs leider ein Mehr an schlecht bezahlten Teilzeitarbeitsplätzen haben. Und Österreich ist das einzige Land in der EU in dem die Arbeitsplätze auf Vollzeitäquivalenten zurückgehen. Mit dem Löwenanteil in Wien und Niederösterreich. Und das ist ein sehr, sehr trauriges, ein sehr alarmierendes Zeichen, Herr Abgeordneter. *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber einmal mehr zu den konkreten Fällen, die in den vorangegangenen Redebeiträgen angesprochen worden sind. Und ich bedaure sehr, dass wir lediglich in diesem kurzen Rahmen einer Aktuellen Stunde die Möglichkeit haben über Förderungen, über allgemeine Prinzipien, über Richtlinien und Grundsätze zu reden. Vielleicht überrascht es

manche, aber man sollte doch in Erinnerung rufen, dass das Landesbudget ein Landesgesetz ist. Und dass die Gesetzgebung zur Kontrolle der Vollziehung nach der Verfassung berufen ist. Aber, ja, es sind halt manche auf dem Standpunkt wir haben die Mehrheit und was brauchen wir da eine Kontrolle. Ist auch ein Standpunkt. Und wir werden schauen, wie weit er sich auf Dauer bewährt.

Jedenfalls halte ich fest, und das geht ja auch aus einer Anfragebeantwortung von Landeshauptmannstellvertreter Gabmann hervor, was mich eigentlich schockiert hat, dass es gerade in Sanierungsfällen keinerlei Richtlinien gibt. Es ist nicht festgehalten welche Branchen. Dass man nicht fördern sollte dort wo es strukturelle Überkapazitäten gibt. Dass irgendwelche Kenndaten aus der Region beizubringen sind. Nein. Herr Landeshauptmannstellvertreter Gabmann schreibt ganz klar: Es gibt keine spezielle Sicherungsaktion, es ist jeder einzelne Fall zu beurteilen. (*LHStv. Gabmann: Extern!*)

Bei Sanierungsfällen. Genau das ist das was der Rechnungshof auf Bundes- und auf Landesebene immer wieder kritisiert. (*LHStv. Gabmann: So einen Schwachsinn habe ich noch nie gehört!*)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich komm' aus dem Bereich. Dann sollten Sie einmal überlegen, dass das Landesbudget, ich habe es gerade gesagt, da waren Sie leider noch draußen, ein Landesgesetz ist und dass der Gesetzgeber und die Gesetzgebung zur Kontrolle berufen ist. (*Abg. Dr. Michalitsch: Stimmt ja gar nicht! – Abg. Präs. Ing. Penz: Gesetz ist es keines! Das müsste eine Juristin wissen!*)

Und da wäre es halt etwas hilfreich, da wäre es vielleicht nützlich, wenn wir Richtlinien hätten. Wir halten fest, in Niederösterreich gibt es diesbezüglich keine Förderungsrichtlinien und es gibt auch im Nachhinein keine Transparenz. Es geht weiter das Rätselraten, ist es ausbezahlt, ist es nicht ausbezahlt? Warum, unter welcher Bedingung?

Aber es gibt ja Anderes was in Bezug jedenfalls auf die Mörwald GmbH Interessantes aus Ihrer Anfragebeantwortung hervorgeht. Nämlich: Es ist nicht nur so, dass wir keine Richtlinien haben, keine Transparenz haben. Denn Sie schreiben ausdrücklich, dass grundsätzlich das alles nicht öffentlich abgehandelt wird. Sie sagen dann außerdem, wenn gefragt wird nach anderen Beiträgen des Landes, zum Beispiel in Form von Entgelten, Amtsverschwiegenheit. Sagen wir auch nicht. Bleibt auch im Dunklen. Und das in einem Fall wo die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die soge-

nannten kleinen Leute aber kräftig zur Kasse gebeten werden! Da muss man schon sagen, das ist eine Werthaltung wie so mir nichts dir nichts halt Geld verteilt wird, die sich auch vielleicht die kleinen Leute und auch die kleinen Gewerbetreibenden in diesem Lande gut merken werden.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, wir von den Grünen sind absolut auf dem Standpunkt, wir sagen das immer wieder öffentlich und in jeder Diskussion und bei jeder Gelegenheit: Ja, wir sind für Unternehmensförderungen! Aber erstens einmal auf Basis von transparenten Richtlinien. Und gerade dann, wenn sich's um Unternehmen dreht, in denen auch Menschen, die im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen oder Angehörige von Politikerinnen, von Politikern, dann sollte diese Transparenz und diese Offenheit ja doppelt und dreifach genau gehandhabt werden. Anstatt dass Sie sich selber in irgendeiner Form dem Verdacht aussetzen dass das irgendein Dunstkreis ist und dass man nicht weiß nach welchen Spielregeln gespielt wird. Und da macht's eben einen großen Unterschied wenn wir reden über investive Förderungen, wenn wir reden über Betriebsansiedlungen. Dann wird man sicherlich großzügiger sein können wenn's um Neugründungen geht oder um neue Investitionen. Dann wird es allemal gerechtfertigt sein, dass auch die öffentliche Hand sich beteiligt. Wenn es um ökologische Zielsetzungen geht und Verbesserung der Umweltqualität, um soziale Zielsetzungen, dann ist es gerechtfertigt.

Aber bei Sanierungen, da denke ich, da werden Sie vor allem den anderen Unternehmungen Rede und Antwort stehen müssen wieso Sie so buchstäblich mir nichts, dir nichts Geld verteilen.

**Präsident Mag. Freibauer:** Frau Abgeordnete! Ihre Redezeit ist verbraucht!

**Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne):** Ich bin auch schon am Ende, Herr Präsident! Und danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall bei den Grünen.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Thumpser.

**Abg. Thumpser (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Landesregierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Zwei Bemerkungen eingangs. Man kommt ja am Kollegen Karner nicht vorbei. Seine Rechenkünste in Ehren, auf die komm ich dann noch später. Aber zu deiner Aussage zur Post-Privatisierung, die ja jetzt so glanzvoll über die Bühne geht und auch zu der Aussage deines Parteifreundes

Wolfgang Schüssel, jetzt endlich die Volksaktie zu haben, die sich Österreicherinnen und Österreicher kaufen sollen, würde ich empfehlen, die Raiffeisen Salzburg zu lesen. Die Spezialisten von Raiffeisen Salzburg warnen ausdrücklich vor der Post-Privatisierung bzw. Anteile der Volksaktie zu kaufen. Hans Schinwald, Direktor des Salzburger Raiffeisenverbandes, hält aus der Sicht der Kleinaktionäre von einer Privatisierung über sogenannte Volksaktien relativ wenig. Dies zu dem Bereich.

Und zum Zweiten, zum Kollegen Nowohradsky, und die Kollegin Petrovic hat es auch angekündigt und die Rechenkünste des Kollegen Karner zur Frage der Beschäftigung. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, dass wir einen Beschäftigtenstand haben wie noch nie. Man muss sich aber auch anschauen, welcher Beschäftigungsformen gehen denn die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher nach? Die Beschäftigungsformen haben sich von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze geändert in vielfachen Bereichen. In Teilzeitarbeitsplätze, wodurch sich Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mit dem Verdienst den Lebensunterhalt heute nicht mehr leisten können. Und sie haben sich so geändert in Niederösterreich in den letzten Jahren dass Niederösterreich im Jahre 2004 im durchschnittlichen Monatseinkommen unter den Österreich-schnitt gefallen ist. 1995 waren wir noch über dem durchschnittlichen Monatseinkommen in Österreich und 2004 auf einmal sind wir unter dem Schnitt! Und das ist zurückzuführen auf die veränderten Beschäftigungsverhältnisse und darauf, dass sich viele Niederösterreicherinnen, vor allem Niederösterreicherinnen mit ihrer Beschäftigung, mit Teilzeitbeschäftigung, das Leben nicht mehr finanzieren können! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich war ja ein bisschen überrascht von dieser Aktuellen Stunde ... *(Zwischenruf bei Abg. Präs. Ing. Penz.)*

Herr Präsident! Sie haben Redezeit. Sie können gerne kommen.

Ich war ja ein bisschen überrascht über diese Aktuelle Stunde. Vor allem weil sie auch von der ÖVP beantragt wurde, die uns ja seit Jahren oder Jahrzehnten weiß macht, dass Politik sowieso keine Arbeitsplätze schafft. Aber scheinbar gibt's neue Umfragen seitens der Bundes- oder der Landespartei innerhalb der ÖVP, die doch sagen, dass der Beschäftigungsbereich einer wäre wo vielleicht bei den Nationalratswahlen, bei den kommenden, was zu gewinnen ist. Und schon haben wir eine Aktuelle Stunde hier am Tisch! Aber Gottseidank haben wir diese Aktuelle Stunde. Denn Rechenkünste des Kollegen Karner, 55.846 arbeitslos Ge-

meldete mit Ende Dezember 2005 plus 6.214 in Lehrgängen „Beschäftigte“ unter Anführungszeichen, ist irgendwie schwer erklärbar dass es auf einmal jetzt nur mehr 31.000 sind. Weil 55 plus 6 sind knapp 62.000. *(Abg. Mag. Karner: Ich rede von Einstellungszusagen!)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von diesen 62.000 sind 9.793 junge Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher unter 24 Jahre von Arbeitslosigkeit betroffen. Und gerade unter dem Gesichtspunkt der Jugendbeschäftigung ... Und das was der Kollege Karner da aufgezählt hat, klingt ja für mich eher als eine Bedrohung als ... Wenn Sie sagen Roadshow, dann glaube ich, dass sich das auf das Terminus Show nur bezieht. Weil Maßnahmen, die gibt es in Niederösterreich. Das wissen wir von der Frau Landesrätin. Da gibt es punktuelle Fördermaßnahmen auch für die Jugendlichen unter 24. Nur, bei diesen Zahlen, bei 9.793 Jugendlichen, die ohne Beschäftigung sind bis 24 Jahren frage ich mich mittlerweile ob diese Maßnahmen, die Einzelmaßnahmen sind, ob die greifen.

Oder ob es nicht andere Möglichkeiten gäbe. Der Kollege Nowohradsky, danke für das Stichwort, 300 Lehrstellen zusätzlich. Dann schauen wir uns doch an, liebe Kolleginnen und Kollegen, was sind denn das für Lehrstellen? Es sind nämlich keine Lehrstellen, das sind Maßnahmenplätze. Am Beispiel der ÖBB: Die ÖBB hat dank Schwarz/Blau von 360 Lehrlingen abgebaut auf 250 Lehrlinge, die sie jetzt Jahr für Jahr ausbilden. Um 100 weniger! Da wäre es dann, das war die Idee der zusätzlichen Lehrstellen, da wäre es ja dann die Idee, zu sagen, wir bilden Maßnahmenplätze um Jugendlichen eine Möglichkeit einer Ausbildung zu geben.

Nur, diese Maßnahmenplätze haben einen wesentlichen Haken. Und der Haken ist, dass Maßnahmenplätze im Gegensatz zu einem Lehrverhältnis nur mit 240 Euro monatlich alle drei oder vier Lehrjahre hindurch entlohnt werden. Und dass es danach keine Behaltefrist in diesem Bereich gibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da machen wir mit diesen Maßnahmen junge Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zu den ersten Bittstellern am Arbeitsplatz in Niederösterreich! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Nowohradsky: Ihr seid gegen diese Maßnahmen!)*

Wir sind nicht für diese Maßnahmen! Aber Gottseidank, Kollege Nowohradsky, Gottseidank hat es die Gewerkschaft gegeben, die mit den ÖBB noch verhandelt hat, die diese Maßnahmenplätze in Lehrplätze umgewandelt hat und den Differenzbetrag, die ÖBB, jetzt draufzahlt. Genau diese ÖBB, die zuerst 100 Lehrstellen abgebaut hat, sich jetzt

vom Staat Österreich 100 Lehrstellen quersubventionieren lässt und wo die Wirtschaft, und das gebe ich euch schriftlich, wo die Wirtschaft in Zukunft froh sein wird, wenn wir Facharbeiterinnen und Facharbeiter haben, die einen anständigen Lehrberuf erlernt haben. Weil die werden wir in Zukunft brauchen und vor allem die Wirtschaft in Niederösterreich wird das brauchen! *(Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – Abg. Nowohradsky: Was ist da schlecht dran? Ist das nicht in Ordnung?)*  
Ich erkläre es dir dann später draußen wenn du es jetzt nicht verstanden hast.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines noch zu dem Thema Lehrlinge: Die beste Lehrlingsförderung für das Land Niederösterreich wäre gewesen, wenn der Resolutionsantrag, der am 18. Juni 2002 im NÖ Landtag beschlossen worden ist, auch umgesetzt worden wäre. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nämlich jener zum NÖ Lehrlingsausbildungsfonds, der zwar mehrheitlich im Landtag beschlossen wurde doch bis jetzt auf eine Umsetzung wartet. Und liebe Kolleginnen und Kollegen der ÖVP! Wenn Sie Lehrlingspolitik in diesem Land machen wollen, wenn Sie Perspektive für die jungen Leute in Niederösterreich geben wollen, dann setzen Sie diesen Beschluss aus und geben Sie den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern, jenen 9.700, die jetzt keine Beschäftigung haben, eine dementsprechende Beschäftigung über diesen Lehrlingsausbildungsfonds! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Ein Wort, darüber komm' ich nicht hinweg, ein Wort auch noch zu dem was uns als Sozialdemokraten, vor allem der Kollege Karner ist ja ein Medium mittlerweile, was der Kollege Karner gesagt hat. Ich könnte dir Pressemitteilungen zeigen zuhauf *(zeigt Schriftstück)*, wo genau das Gegenteil über den jetzigen Landeshauptmannstellvertreter, damaligen Landesrat, Gabmann, der genau das Gegenteil von dem getan hat was er jetzt getan hat. Aber ich muss sagen, man kann ja gescheit werden. 1993 Schmid-Schrauben Hainfeld, ... *(Abg. Mag. Karner: Sind Sie nicht froh, dass das Werk da unten gerettet wurde?)*

... wo Gottseidank Dank der Initiative des Landeshauptmannstellvertreters Ernst Höger dazumal mit sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern an der Bundesspitze 250 Arbeitsplätze gerettet wurden. Un dich kann Ihnen Ihre Aussagen und die Aussagen deines „Vor-Chefs“, des Kollegen Strasser sagen, was die damals gesagt haben zu Schmid-Schrauben: *(Abg. Präs. Ing. Penz: Sagen sie es! – Unruhe im Hohen Hause.)*

Tote soll man sterben lassen, das war die Aussage dazumals. Das war die Aussage zu dem damaligen Zeitpunkt zur Beschäftigungspolitik und zur Arbeitsmarktpolitik in Niederösterreich!

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir brauchen in dem Land Niederösterreich, und vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land brauchen keine Ankündigungspolitik vor Wahlen, brauchen keine Einzelmaßnahmen. Was die Niederösterreicherinnen und Niederösteirer brauchen ist eine durchdachte, abgestimmt und auf die Zukunft gerichtete Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik! Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hiller.

**Abg. Hiller (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich darf zu den vorgenannten Anschuldigungen von Kollegen Thumpser schon klarstellen, dass in Niederösterreich eine sehr wirtschaftsnahe und damit realistische Lehrlingspolitik und Arbeitsplatzpolitik gemacht wird und wir nicht von künstlichen Beschäftigungen etwas haben. Sondern wenn wir den Menschen, den jungen Menschen speziell, eine Möglichkeit hier eröffnen, auch in der Realität der Wirtschaft, des Arbeitsplatzes Bestand zu haben und nicht nur vorübergehend für kurzfristige Effekte sorgen, die letztendlich keine Basis in unserem heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge haben. Das sei hier ganz klar gestellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir verwalten schließlich und endlich Geld der Steuerzahler und soziale Maßnahmen, Arbeitsplatzmaßnahmen sind mit Bedacht anzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf zum Thema Landwirtschaft auch einiges mit einbringen. In den beiden aktuellen Fällen von Austria Frost und auch von der Zuckerfabrik Hohenau ist die Landwirtschaft auch mitbetroffen. Auch die niederösterreichische Landwirtschaft leidet teilweise unter der permanenten Liberalisierung des Welthandels. Man kann also generell sagen, keiner will den liberalen Welthandel, aber jeder nützt ihn.

Wir sind in einer großen Umbruchphase weltweit und somit auch in Europa und in Österreich angelangt. Vormalig hatten wir große, schützende Marktordnungen, die sich inzwischen durch diesen Liberalisierungsgeist auf internationale Ebene aufgeweicht bzw. aufgelöst haben. Wir können nur Ersatzlösungen hier anbieten und trachten, durch moderne, wirtschaftliche Ausrichtungen auch für unsere eher klein strukturierte Landwirtschaft,

die aber hochwertige, qualitative Lebensmittel produziert, Zukunft zu ermöglichen und Zukunft zu gewähren.

Auch in der Landwirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es so wie in den anderen produzierenden Bereichen, dass trotz steigender Produktivität der Beschäftigungsmoment sinkt. Das heißt, durch die Technisierung gehen hier Arbeitsplätze verloren. Dazu kommt in Europa noch ein sehr ehrgeiziges Ziel, nämlich jenes der Hartwährungspolitik, die uns in gewissen Branchen, vor allem am Rohstoffsektor hier große Wettbewerbsnachteile erbringt.

Wir haben uns aber trotzdem mit unserer österreichischen Agrarwirtschaft insgesamt sehr gut behauptet. Und im vergangenen Jahr 2005 erstmals, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Geschichte des österreichischen Außenhandels eine positive Agraraußenhandelsbilanz zuwege gebracht. Was wieder nicht heißt, dass es der Landwirtschaft diesbezüglich schon gut geht und wir alles bereits dabei bewenden lassen könnten.

Denn dieser Erfolg ist nicht 1:1 umzulegen auf den Nutzen durch die Landwirtschaft. Das reicht von ganz wenig Anteilnahme der österreichischen Landwirtschaft, das sage ich beim Spitzenexportprodukt „Red Bull“, wo Zucker zu internationalen Preisen beinhaltet ist, und reicht dann über die Käseexporte über einen sehr hohen Wertschöpfungsanteil der österreichischen Landwirtschaft bis hin zu den selbst durchgeführten Weinexporten überwiegend in unser Nachbarland Deutschland, worüber sehr großartige Erfolge und auch ein großer Nutzen zu erzielen ist.

Das Beispiel Austria Frost ist in dieser Kombination in etwa in der Mitte liegend anzusehen. Die Austria Frost hat sich über ihren Markenartikel Iglo Lebensmittel in den letzten Jahren einen großen Namen geschaffen. Und das Marchfeld, das ja insgesamt als der Gemüsegarten vor den Toren Wiens angesehen wird, hat hier Spitzenprodukte mit eingebracht zur Verarbeitung.

Leider hat diese althergebrachte Firmenkonstruktion in den ersten Jahren keine schwarzen Zahlen geschrieben sondern rote Zahlen. Und so war es dann nicht möglich, die vorgesehene Konstruktion aufrecht zu erhalten.

Aber trotzdem, wir haben erkannt vom Land Niederösterreich, vor allem der Wirtschaftsreferent, Landeshauptmannstellvertreter Gabmann und auch Landeshauptmann Dr. Pröll, dass hier wesentliche

Substanz da ist, dass mit diesem Betrieb etwas anzufangen ist. Dass sowohl in der Produktion, in der Bearbeitung und auch in der Vermarktung wir weiterhin Chancen haben. Und damit auch die vielen von meinen Vorrednern angesprochenen Aspekte der Sicherung von in etwa 270 bäuerlichen Spezialbetrieben in Form von Zulieferern von mehr als 300 Beschäftigten und der Sicherung von Existenz und Einkommen.

Wir haben also Maßnahmen gesetzt. Und es ist sicherlich das zu unterstreichen was die Kollegin Renner gesagt hat. Man kann also und muss also auch seine Interessen vorbringen. Nur natürlich, das Hilfspotenzial, wo es bedingt, also aufbauend auf diese Proteste gefolgt ist, ist ausschließlich von unserer Seite gekommen. Ist also beim Land und beim Bund zu suchen. Und dort sind nicht nur tagsüber, sondern auch sogar nächtens und sogar die Sonntagsruhe wurde dabei gestört und das Nachtarbeitsverbot unter Anführungszeichen kann man sagen ist also hier in der Aufarbeitung der Möglichkeiten hintangestellt worden, um diese Sache zu retten. Und es ist geglückt! Am seidenen Faden hängend, der Landeswirtschaftsreferent weiß da sicherlich Näheres noch zu berichten. Und wir sind sehr dankbar, dass das gelungen ist.

Von der zweiten staatstragenden Partei war, wie gesagt, wenig zu sehen. Außer einigen großen Worten ist hier wenig von Bundesseite oder dergleichen passiert. Und einige Aspiranten aus dieser Richtung hat man sogar, ich möchte sagen, vom Ofen hervorholen müssen damit sie vom Ernst und den Chancen dieser Situation überzeugt werden konnten.

Ich glaube, wir können sehr dankbar sein. Es ist noch nicht alles gelaufen, auch das entspricht der Wahrheit. Es sind noch die Lieferverträge letztendlich auszuverhandeln. Wir hoffen und erwarten, dass hier gesichertere Lieferbedingungen auch für die Landwirte gegeben sind. Damit also jene Verluste, die insgesamt trotz dieser Rettung zu tragen sind, in Zukunft nicht mehr eintreten. Die Weichen aber dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind gestellt.

Am Montag dieser Woche haben wir nach schon lang laufenden Gerüchten es auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass bedingt durch das WTO-Urteil über die Zuckermarktordnung in der Europäischen Union die Verarbeitungskapazitäten von vormals nicht mehr aufrecht erhalten werden können, sondern dass Österreich vor allem im Bereich des Exportzuckers auf Kapazitäten verzichten muss.

Das ist die eine Seite. Zum Anderen müssen wir auch sehen, dass der internationale Handel, vor allem bei den Grundstoffen und den leicht transportierbaren Gütern hier ständig an Kapazitäten zunimmt. Die Frachtkapazitäten auf den Seewegen sind heute derartig groß und billig, dass es Tatsache ist, dass heute ein Weizenexport aus Argentinien, aus den USA, aus Australien oder Kanada per Kilo billiger ist, angeliefert nach Venedig in das Mühlenzentrum Europas als wenn man mit der Bahn von Wien nach Venedig liefert.

Das sind irrsinnig schwierige Situationen im Bereich der neuen Konkurrenz. Und ich verstehe unseren Kanzler Schüssel, dass er gerade bei der EU-Vorsitzführung diesbezüglich einen Vorschlag gemacht hat, der ernsthaft zu diskutieren ist. Dass man um einerseits die Lohnkosten steuerlich zu entlasten, hier den Wettbewerb insgesamt durch Steuern auf Fracht im Bereich der Seewege und im Bereich des Luftverkehrs hier reguliert. Ich glaube, das ist sehr, sehr wichtig, damit wir die Konkurrenzfähigkeit auch diesbezüglich haben.

Wir haben hier zur Lösung der Probleme bezüglich der Arbeitslosensituation und der Verluste von Arbeitsplätzen am Standort Hohenau rechtzeitig haben wir hier Maßnahmen getroffen. Mit der Beimischung von Biosprit zu den mineralen Treibstoffen bereits mit 1. Oktober vergangenen Jahres sind einige Voraussetzungen genommen. Mit den Werken in Pischelsdorf ist selbst auch ein weiterer Schritt getätigt. Dass man hier nicht zusieht und krank jammert, sondern dass man einerseits die ernsthafte Lage erkennt und daraus die neuen Chancen hier mit hoffnungsvollen Voraussetzungen und Maßnahmen auch dann letztendlich umsetzt. So kann man sagen, die NÖ Volkspartei unterstützt auf breiter Ebene von der Bundesregierung und von den ÖVP-Mandataren her. Das Land Niederösterreich hat für seine arbeitenden Menschen vieles geschaffen. Und die Menschen können sicher sein, dass wir die Dinge, die machbar sind, auch tatsächlich im Interesse aller und eines breiten Allgemeinwohles umsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landesrätin Dr. Bohuslav.

**LR Dr. Bohuslav (ÖVP):** Geschätzter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung! Hohes Haus!

Die momentane Situation am Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Lage erfordern heute mehr denn je ein Konzept, eine Strategie und vor allem auch eine Bündelung der Kräfte. Damit versuchen

wir hier dem Ganzen entgegenzuwirken, dieser Arbeitslosigkeit gegenzuwirken, indem wir einerseits die Kräfte bündeln und inhaltlich und finanziell zusammen arbeiten mit dem AMS, dem Bundessozialamt und den Sozialpartnern. Und auf der anderen Seite ein Konzept haben, eine Strategie verfolgen, die sehr wohl aus Einzelmaßnahmen besteht, aber diese Einzelmaßnahmen sind zielgruppenorientiert und bedarfsorientiert.

Dieses Konzept besteht aus drei Säulen: Säule Nummer 1 ist die Arbeitsstiftung. Die Arbeitsstiftung, die uns jetzt in den letzten zwei Fällen ganz besonders geholfen hat, jene Menschen aufzufangen, die entweder auf Grund der Schließung oder der Übernahme wieder freigesetzt worden wären. Wir bieten diese Arbeitsstiftung jenen Menschen an um sie einerseits neu zu orientieren. Das bedeutet, was kann ich denn mit meiner Qualifikation am ersten Arbeitsmarkt tun? Zum Anderen sie aufzuschulen und fit zu machen für den Arbeitsmarkt und ihnen in einer dritten Phase zu helfen bei der Wiedereingliederung. Denn sie sind sehr weit davon entfernt, Bewerbungen zu schreiben und Bewerbungsgespräche zu führen.

All das führt dazu, dass zwei von drei Stifflingen, wie wir sie nennen, auch wieder reintegriert werden können am Arbeitsmarkt. Also mit einem Wort eine doch sehr erfolgreiche Initiative.

Säule Nummer 2 der Beschäftigungspakt. Hier kommt das Bündeln der Kräfte noch einmal zu tragen. Wir haben hier das Budget um 20 Prozent erhöht und können hiermit heuer 75.000 Personen versorgen. Letztes Jahr waren es 55.000 Personen.

Und jetzt einige Beispiele aus diesem Beschäftigungspakt. „Job konkret“. Sie kennen alle diese Initiative, wo ganz genau, punktgenau, Angebot und Nachfrage zusammengeführt werden. Der Unternehmer findet keinen Facharbeiter mit dem entsprechenden Profil. Es gibt aber auf der anderen Seite genügend Arbeitslose, die in etwa diesem Profil entsprechen können. Das heißt, Sinn des Projekt ist es, diese Menschen aufzuschulen, fit zu machen für den konkreten Arbeitsplatz und sie hier zu reintegrieren. Erfolgsfaktor: 91 Prozent der Menschen, die in diesen Maßnahmen sind, werden wieder in den Arbeitsmarkt rückgeführt.

Zweiter Schwerpunkt aus diesem Beschäftigungspaket. Alles, was die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft. Projekt „Start up“. Hier stehen uns heuer erstmals 450 geförderte Arbeitsplätze zur Verfügung. Letztes Jahr waren es 350. Da geht es darum, den Jugendlichen das erste Schnuppern in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Das Argument zu

entkräften, na ja, die haben ja keine Praxis. Hier geht es darum, ein Jahr lang dieses Arbeitsverhältnis zu fördern. Und die Erfahrung hat uns gezeigt, dass auf jeden Fall die Hälfte gleich im Unternehmen bleibt und die andere Hälfte sich bei einem anderen Unternehmen dann bewirbt. Also hier die Einstiegshilfe von der Schule in den Arbeitsmarkt.

Weiterer Punkt: Heuer werden 8.000 Plätze zur Verfügung gestellt, geförderte Plätze zur Ausbildung von Facharbeitern. Auch hier wird es die Möglichkeit geben für arbeitslose Jugendliche, in den Facharbeiterbereich einzusteigen. 8.000 Plätze stehen uns hier zur Verfügung.

Weiteres Beispiel Lehrlingsauffangnetz bzw. auch Blum-Initiative. Diese beiden Maßnahmen haben es geschafft und haben uns dazu verholfen, die Schere zu schließen. Was bedeutet das? Zum Einen, der Blum-Effekt war es, die Unternehmer zu fördern, die arbeitslose junge Menschen als Lehrlinge ausbilden, zum anderen unser Lehrlingsauffangnetz, wo wir jenen Menschen die Möglichkeit bieten, ausgebildet zu werden und aufgeschult zu werden, die es am ersten Arbeitsmarkt nicht gleich schaffen.

Das bedeutet, die Schere konnten wir langsam schließen. Wir haben einen Anstieg von 15 Prozent an zusätzlichen Lehrstellensuchenden, aber einen Anstieg von 33 Prozent offene Lehrstellen, im Jahresdurchschnitt 2005. Das heißt, die Schere beginnt sich langsam zu schließen.

Dritte Säule in unserem Konzept die Bildungsoffensive. Seit dem 1. März des vergangenen Jahres haben wir seitens des Landes eine Bildungsinitiative gestartet, weil wir ganz genau wissen, die Qualifikation korreliert mit der Gefahr, arbeitslos zu werden. Jener, der nur die Pflichtschule gemacht hat, hat ein 2,5mal höheres Risiko arbeitslos zu werden als jener mit einer entsprechenden höheren Qualifikation.

Das bedeutet, wir haben jeden unselbständigen Arbeitnehmer, jede unselbständige Arbeitnehmerin mit einem Bildungskapital von 2.640 Euro ausgestattet um sich hier fit zu machen oder fit zu halten für den Arbeitsmarkt. Denn das ist ein ganz wichtiges Segment.

Das ist in etwa unser Konzept, unsere Strategie. Ich könnte noch sehr viele Projekte bezüglich Langzeitarbeitslosigkeit, Frauenarbeitslosigkeit nennen. All das sind Konzepte oder besser gesagt sind Teilmaßnahmen unseres Gesamtkonzepts. Aber eines dürfen wir nicht vergessen am Arbeitsmarkt: Wir sind hier von zwei Parametern auch

noch beeinflusst, die wir sehr schwer steuern können. Das ist zum Einen der Anstieg des Arbeitskräftepotenzials. Wie viele Menschen drängen denn tatsächlich auf den Arbeitsmarkt? Und das waren heuer um 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Und das ist ein Rekordanstieg, seit 1993 hat es nicht so einen großen Anstieg gegeben. Das heißt, es drängen immer mehr auf den Arbeitsmarkt.

Aber auf der anderen Seite lässt das Wirtschaftswachstum zu wünschen übrig. Wir würden drei Prozent mindestens brauchen an Wirtschaftswachstum, haben aber 2005 nur mit 2,4 Prozent abschließen können. Das dürfen wir bei all unseren Initiativen, bei all unseren Bemühungen nicht vergessen, dass es hier auch noch diese Parameter gibt.

Wir seitens des Landes Niederösterreich halten an unserem Konzept fest. Wir verfolgen unsere Strategie weiter. Können aber natürlich erst zufrieden sein, wenn jeder arbeitswillige und arbeitsfähige Mensch in Niederösterreich einen Job hat. Danke schön! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Cerwenka.

**Abg. Cerwenka (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich orte ein wirtschaftspolitisches Problem aus der Gesamtsicht bei der Österreichischen Volkspartei und das hat mir gerade die Rede von Kollegen Karner bewiesen. Es wird immer wieder der Ansatz vertreten, der Staat hat sich aus der Wirtschaft herauszuhalten und alles ist dem freien Markt, der freien Marktwirtschaft zu überlassen.

Nur, wenn es Probleme gibt, dann gibt es ein inkonsequentes Verhalten und das führt dann zu Diskussionen in den Reihen der Volkspartei und auch bei ihren Interessensvertretungen. Während hier die SPÖ eine klare Linie vertritt: Wir stehen ein für Verantwortung der öffentlichen Hand. Und für uns gibt es auch volkswirtschaftliche Notwendigkeiten und nicht allein betriebswirtschaftliche. Und in erster Linie geht es uns um die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben. Und da war ja die letzte Steuerreform nicht gerade sehr hilfreich für dieses Klientel.

Wir haben auch klare Konzepte für die Zukunft. Der Istzustand liegt am Tisch, wurde heute schon mehrfach mit den Arbeitslosenzahlen genannt. Und wenn der Kollege Karner von Schönfärber redet, dann würde ich ihn bitten, diese Rede vor jener rund Viertelmillion Menschen, die in ihrem

unmittelbaren Bereich von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, zu halten und zu erfahren was diese darüber denken.

Wir als Sozialdemokraten stehen klar zum Instrument der Wirtschaftsförderung - und damit komme ich zur Causa Mörwald, die heute schon den ganzen Tag über die Medien getrommelt wurde - weil es damit die Möglichkeit gibt, Unternehmungen zu helfen. Und daher hat es auch Zustimmung unserer Regierungsmitglieder gegeben in der Erwartung bzw. in der Annahme, dass die Bedingungen stimmen. Denn unser Ansatz ist gleiches Recht für alle ohne Polarisierung auf Personen. Es kommt nicht darauf an ob uns eine Nase sympathisch ist oder unsympathisch, sondern es geht um die Sache. Die Vorbereitung des Aktes ist ja in den Händen eines ÖVP-Regierungsmitgliedes gelegen. Und wenn die ÖVP dann zur Erkenntnis kam oder gekommen ist, dass die Bremse notwendig ist, dann sehen wir das positiv und man kann sich sicher in Zukunft auch über Transparenz, Effizienz, Richtlinien, Kriterien unterhalten.

Es gibt aber noch eine Thematik in dieser Causa. Und zwar geht's mir auch um die Seitenblickkomponente. Wer Wert darauf legt, viel in der Öffentlichkeit zu sein, dem muss aber auch klar sein, dass dies nicht nur in guten Zeiten so ist. Speziell Politiker, die zu den Seitenblicken drängen, wir haben ja heute zwei direkte Beispiele als Anschauungsunterricht bekommen, müssen sich auch kritische Fragen gefallen lassen. Und keiner darf sich wundern wenn diese Fragen gestellt werden. Und wenn Kritik kommt, weil ja die handelnden und involvierten Personen sehr oft gemeinsam aus dem Fernseher oder aus den Zeitungen lachen.

Zur polarisierenden Person des Toni Mörwald. Wer sich gerne als Paradeunternehmer bezeichnet und hinstellt, muss dies aber auch in allen Bereichen sein. Und muss sich auch kritische Fragen gefallen lassen. Und da gehören durchaus auch Fragen dazu, die Arbeitnehmerschutz- oder Rechtsfragen betreffen. Und da hat's ja einiges in diesem Umfeld gegeben. Ich denke an die Verleihung des „Schwarzen Raben“. Und es ist auch notwendig, professionell zu agieren. Und da ist einiges über die Medien gelaufen von diesem Unternehmer das der Sache nicht gerade sehr dienlich war.

Darum bin ich der Auffassung, all diesen offenen Fragen, die heute, die in der Vergangenheit über die Medien, wo auch immer, aufgetaucht sind, haben die Betroffenen, sei es der Förderwerber oder seien es auch die angesprochenen VP-Politiker oder Expolitiker zu beantworten. Wir als Sozial-

demokraten kennen keinen Fall X der anders ist als der Fall Y. Für uns zählt die Sache. Wir stehen zur Wirtschaftsförderung generell, weil in der Vergangenheit mit diesem Instrumentarium viele Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Und ich bin überzeugt, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Gabmann.

**LHStv. Gabmann (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Zunächst darf ich mich bei meiner Fraktion recht herzlich bedanken, dass sie diese Aktuelle Stunde einberufen hat zum Thema „Schaffung und Sicherung der Arbeitsplätze“. Denn das ist ein wichtiges Thema, wie wir alle wissen. Und es wurde auch festgemacht am Thema Austria Frost. Und ich bedanke mich auch für die konstruktive Beiträge, die teilweise von unserer Fraktion gekommen sind in diesem Zusammenhang.

Denn wir alle wissen, und das muss uns klar sein, meine Damen und Herren, dass wir in einer sehr veränderten Zeit leben. Die Welt hat sich geändert und gerade die Wirtschaft und auch der Arbeitsmarkt muss einen Wandlungsprozess bewältigen in einer Schnelligkeit wie nie zuvor. Und das müssen wir ganz einfach zur Kenntnis nehmen. Wir müssen uns, jeder Einzelner in seinem Bereich in der Wirtschaft, am Arbeitsmarkt, wir müssen uns ständig neu positionieren und uns anpassen an die Gegebenheiten des Marktes. Und Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik, meine Damen und Herren, ist nicht Thema Nummer 1 in Niederösterreich oder in Österreich oder in Europa, es ist in Wahrheit weltweit ein Thema. Und da geht's nicht um Zahlen oder irgendwelche Zahlenspielerien, in Wahrheit geht's da um Existenzen von Millionen von Menschen und Familien in der gesamten Welt.

Daher ist ein Schwerpunktthema der NÖ Volkspartei natürlich die Schaffung und Sicherung der Arbeitsplätze, das ist überhaupt keine Frage. Und in dieser Zeit, wo es darum geht, da sollte man nicht zögern und zaudern und jammern und resignieren und kritisieren und demonstrieren, sondern da sollte man, meine Damen und Herren, Zukunftsperspektiven aufbauen um diese Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Das ist unser Job auch in der Politik und im Zusammenhang mit der Wirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weil davon bin ich schon überzeugt, meine Damen und Herren, es werden uns sicher unsere Kinder in zehn oder fünfzehn Jahren fragen, ob wir als Verantwortliche heute die richtigen Weichen in die richtige Richtung, in Richtung Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik gestellt haben.

Und ich bin überzeugt, dass wir in Niederösterreich einen hervorragenden Weg gegangen sind. Wir dürfen jetzt uns keine Fehler erlauben. Weder in der Wirtschaft, noch in der Politik. Das ist unsere Aufgabe. Wir haben klare Ziele. Und diese klaren Ziele sollten wir auch verfolgen. Auch wenn sie noch so ehrgeizig sind. Und wir müssen top werden. Wir müssen besser sein als der Mitbewerber, in der Wirtschaft, aber auch als Region Niederösterreich. Besser sein als unsere Nachbarn, besser sein als andere Regionen in Europa. Und wenn wir das wollen, dann müssen wir dem Land auch ein entsprechendes Profil geben. Ein wirtschaftspolitisches Profil das Auswirkungen, positive Auswirkungen am Arbeitsmarkt hat. Das muss authentisch unverwechselbar typisch niederösterreichisch sein. Weil wir sehen, dass das ein erfolgreicher Weg ist den wir gegangen sind. Und man wird heute schon im positivsten Sinne aufmerksam auf dieses Bundesland Niederösterreich. Weil es stabil ist. Weil es verlässlich ist. Weil es Handschlagqualität hat. Bei allen Verhandlungen ist das der Fall. Wir merken es bei Betriebsansiedlungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und meine Damen und Herren! Wenn wir diese Ziele erreichen, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, dann muss es hier zwei grundsätzliche Grundsätze geben. Auf der einen Seite die Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes und auf der zweiten Seite natürlich die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Das sind zwei Komponenten die zusammen spielen. Und diese beiden Komponenten schaffen dann letztlich auch Arbeitsplätze. Und dazu sind auch Maßnahmen notwendig.

Wir in Niederösterreich haben dank einer sehr zukunftsorientierten Politik diese Maßnahmen eingeleitet. Und wir haben vor kurzem bei einer Klausur, weil sie heute angesprochen wurde, festgelegt, der Landeshauptmann als Verkehrsreferent und als Landeshauptmann hat verfügt, dass wir gerade im Bereich der Infrastruktur, die ja so wichtig ist für unser Land, im Bereich Schiene, Straße 930 Millionen Euro allein im Jahr 2006 investieren. Und bis ins Jahr 2010 4,5 Milliarden Euro in diesen Bereich. Das ist für mich, meine Damen und Herren, in Wahrheit ein doppelter Jobmotor. Nämlich auf der einen Seite die Schaffung von Arbeitsplätzen für diese riesigen Investitionen. Und auf der zweiten Seite wissen wir, dass durch diese Autobahnen,

Nordautobahn, natürlich auch Betriebsansiedlungen erfolgen, die letztlich auch wieder Arbeitsplätze bringen. Für mich ein doppelter Jobmotor in diesem Bereich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder denken Sie an den Hochbau, meine Damen und Herren. Wir werden heute von Pflegeheimen bis hin zur Landesfeuerweherschule 1,2 Milliarden im Bereich Infrastruktur und Hochbau investieren und das allein schafft und sichert 17.000 Arbeitsplätze in Niederösterreich. Hochwasserschutz natürlich. Die Aus- und Weiterbildungen waren ein ganz wichtiges Segment das auch schon angeführt wurde. Weil wir natürlich wissen, dass die Arbeitslosen hauptsächlich größtenteils unqualifizierte Arbeitnehmer sind die am schwersten am Markt unterzubringen sind. Daher haben wir als Schwerpunkt natürlich diese Aus- und Weiterbildung gestartet. Ob das jetzt die Berufsschulen sind, ob das jetzt die Fachhochschulen sind, ob das jetzt die Donau-Universität ist. Das ist uns ein Anliegen. Qualifikation, Ausbildung, Weiterbildung unserer Mitarbeiter. Damit können wir punkten. Damit werden wir wettbewerbsfähig und daher brauchen wir das.

Und die Technologie, meine Damen und Herren. Wir wollen als Niederösterreicher die Technologieküche in ganz Mitteleuropa werden. Weil wir wissen, dass die Technologie wichtig ist. Weil wir wissen, dass die Unterstützung von innovativen Prozessen, von neuen technologischen Entwicklungen ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik ist und damit natürlich Arbeitsplätze schafft. Oder Export.

Meine Damen und Herren! Die Zeit der Umverteilung ist vorbei im Binnenmarkt. Wir haben das in Deutschland gesehen. Wir müssen jetzt hinaus gehen in die neuen Märkte. In einem Umkreis von zirka 300 Kilometer gibt es 16 Millionen Menschen in den neuen Staaten die zur EU gekommen sind. Das ist eine riesige Chance für unser Bundesland Niederösterreich. Und genau das wollen wir, müssen wir ganz einfach nützen um Arbeitsplätze zu schaffen. Und dazu nehmen wir die Regionalisierungsprojekte her, meine Damen und Herren. Wir investieren pro Jahr mit der ECO PLUS 30 Millionen Euro, die wiederum zirka 100, 120 Millionen an Investitionsvolumen auslösen und damit wieder neue Arbeitsplätze schaffen. Oder nehmen Sie die Wirtschaftsförderungsabteilung her, die in dem letzten Jahr Investitionsvolumen von 456 Millionen Euro unterstützt hat und damit 6.000 neue Arbeitsplätze abgesichert hat und neue geschaffen hat in Richtung Modernisierung, in Richtung Exportorientierung, in Richtung Strukturverbesserung.

Und wenn wir heute Bilanz ziehen, meine Damen und Herren, dann ist es eine erfolgreiche Bilanz. Und ich bin wirklich als Niederösterreicher stolz, dass wir aus Niederösterreich so gut unterwegs sind. Es gibt eine Erfolgsstory. Es gibt viele Erfolgsstories in Niederösterreich. Ich nenne zwei, die sehr typisch für Niederösterreich sind. Nehmen Sie zum Beispiel das Projekt Med Austron her. Es ist dem Landeshauptmann gemeinsam mit dem Bundeskanzler gelungen, dieses Europaprojekt mit einem Investitionsvolumen von 113 Millionen Euro nach Niederösterreich zu bekommen. Obwohl sehr viele Regionen in ganz Europa dieses Projekt gewollt hätten. Allein dieses Projekt in Wr. Neustadt wird im Umfeld dieser Stadt und dieser Region hunderte hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen, die zukunftsorientiert sind, die hoch qualifiziert sind.

Oder nehmen Sie das Projekt Bioethonolanlage, Biospritanlage in Pischelsdorf. Es ist keine Selbstverständlichkeit dass das in Niederösterreich steht. Auch hier war es der Landeshauptmann mit dem Bundeskanzler, der gemeinsam dieses Werk nach Niederösterreich gebracht hat. 105 Millionen Euro Investitionsvolumen. Und natürlich auch wieder hunderte Arbeitsplätze im bäuerlichen Bereich, die zukunftsorientiert sind und die natürlich auch für die Zukunft damit abgesichert sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Wirtschaftsstandort Niederösterreich ist attraktiv, meine Damen und Herren. Und wenn Sie heute irgend einen Investor, ob das im Inland oder aus dem Ausland, fragen, wie er zufrieden war mit der Wirtschaftsförderung, mit der Wirtschaftspolitik, mit all dem Rundherum was sich da im Ansiedlungsumfeld getan hat, dann bekommen Sie immer die gleiche Antwort. Es gibt in ganz Mitteleuropa keine zweite Region die so attraktiv ist was die Ansiedlungspolitik betrifft und was die unbürokratische Abwicklung von irgendwelchen Dingen im Bereich der Wirtschaftsförderung betrifft. Kann man da nicht sehr, sehr stolz sein? Kann man da nicht sehr, sehr stolz sein als Niederösterreicher? *(Abg. Gartner: Wie Baxter!)*

Ich frage mich ja, warum Sie das kritisieren? Das ist doch wunderschön für dieses Land. Fragen Sie, würde ich sagen, die Firma Borealis in Schwechat. Fragen Sie die Firma Engel. Fragen Sie die Firma Mosser aus Randegg. Fragen Sie die Firma Gebrüder Weiß. Eine neue Ansiedlung von 50 Millionen Euro. Fragen Sie die Firma Schiebl. Fragen Sie die Firma Eybl in Krems, in Gmünd. Fragen Sie die Firma Diamond-Aircraft. Da werden wir demnächst den 500. Mitarbeiter begrüßen dürfen. Fragen Sie die Firma Böhler im Ybbstal-Band. Fragen Sie die Firma Fischer in Herzogenburg.

Fragen Sie diese Betriebe. Gehen Sie hinaus, fragen Sie die Manager und die Mitarbeiter in den Betrieben wie sie zufrieden sind mit der Ansiedlung und wie gut wir in Niederösterreich arbeiten! *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei Abg. Gartner.)*

Herr Kollege! Wenn Sie was zu sagen haben, würde ich Sie bitten, kommen Sie heraus und reden Sie. Aber Sie fordern mich heraus. Jetzt muss ich Ihnen nämlich schon am Beispiel der Austria Frost sagen, wie man wirklich Wirtschaftspolitik betreibt.

Wissen Sie, ich weiß wovon ich spreche, weil ich Tag und Nacht bis in den frühen Morgenstunden bei den Verhandlungen dabei war. Glauben Sie mir das. Tag und Nacht. Auch Samstag, Sonntag. Fragen Sie die Beteiligten. Ich habe gesprochen mit dem Generaldirektor der „Ersten“, der der Vertreter der Immorent ist, der Herr Treichl. Ich habe gesprochen mit der Siemens-Chefin Ederer. Ich habe natürlich mit den Vertretern von VA-Tech gesprochen. Natürlich auch von Unilever mit Herrn Dr. Klicka. Ich habe mit allen Anbietern gesprochen um dieses Werk für Niederösterreich zu retten. Um die Familien abzusichern. Und wissen Sie, es gab mehrere Angebote. Die einen, die wollten das Werk filetieren, auslagern und damit die Arbeitsplätze wegbringen und wegrationalisieren. Dann gab's die Zweiten, die wollten überhaupt nur den Namen, die Marke und dann den Betrieb zusperren. Und dann gab's Gottseidank einen deutschen Investor, der ein sehr klares Weiterführungskonzept hatte. Mit dem wir uns auch identifizieren konnte.

Und ich habe dann in sehr vielen Verhandlungen mit dem Landeshauptmann im Vorfeld darüber gesprochen, welche Schwerpunkte setzen wir bei dieser Erhaltung? Es gibt drei wesentliche Schwerpunkte: Nämlich den einen, es müssen die Arbeitsplätze, der Großteil der Arbeitsplätze abgesichert werden. Das ist der erste wichtige Schwerpunkt. Der zweite wichtige Schwerpunkt ist, dass die ländlichen Zulieferbetriebe auch in Zukunft zuliefern können. Und der dritte wichtige Schwerpunkt ist, dass die Marke erhalten bleiben kann und dass Investitionen in dieses Werk getätigt werden, damit auch die Absicherung des Standorts damit dokumentiert wird. Sehr viele Marchfelder Produkte werden in Zukunft nach Deutschland geliefert, weil dieser Markt für Fränzel interessant ist und damit natürlich auch für uns interessant ist. Und das, glaube ich, das, meine Damen und Herren, ist soziale Wärme wenn man sich dafür einsetzt. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf bei LR Schabl.)*

Und Herr Kollege, ich muss das jetzt kritisieren. Wir haben ja lang telefoniert und ich habe dir

das auch sehr klar zum Ausdruck gebracht. Ich finde, es ist ein demokratisches Recht und es gehört auch so, dass man seine Meinungsäußerung auch in Demonstrationen wiedergibt. Das ist überhaupt keine Frage, dazu stehe ich auch. *(LR Schabl: Deine Leute sind falsch informiert!)*

Ich frage nur, und das ist jetzt meine persönliche Meinung, und ich habe dir das auch kommuniziert. Ich glaube, dass das Gespräch an einem runden Tisch unter vernünftigen Leuten um einen Betrieb weiter zu führen entsprechend vernünftiger ist. *(LR Schabl: Ich habe dich unterstützt, Herr Kollege, in deinen Dingen!)*

Und ich bin der Meinung, dass diese Demonstration eher kontraproduktiv war. Ich habe das auch gesagt warum. Weil es doch klar ist: Wenn ich heute – und ich bin ein praktizierender Unternehmer – einen Betrieb ansiedeln möchte, dann werde ich doch nicht einen Betrieb ansiedeln, wenn im Vorfeld schon demonstriert wird. Das ist doch klimatisch nicht gescheit und gut. *(LR Schabl: Ich habe dich unterstützt! Nur, deine Leute haben das Verkehrte gesagt!)*

Und daher ist das meine persönliche Meinung. Und ich habe das gespürt in den Verhandlungen, in den Gesprächen, dass diese Demonstrationen kontraproduktiv waren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wissen Sie, eines frage ich mich schon. Weil Sie immer über die Bundespolitik so losziehen und was die alles nicht machen. Ich habe in ein paar Sätzen erklärt was da an neuen Projekten entstanden ist. Und ich frage mich jetzt schon. Der Herr Gusenbauer und der Herr Verzetnitsch und der Herr Cap und wie sie alle heißen. Wissen Sie ... *(LR Schabl: Ab September wirst es sehen, Herr Kollege!)*

Ja, ich hoffe. Wissen Sie, die sprechen immer von der sozialen Kälte der Österreichischen Volkspartei. Und jetzt frage ich mich: Wo war der Herr Gusenbauer, wo war der Herr Verzetnitsch, wo war der Herr Cap als es frostig geworden ist ums Austro Frost-Werk? *(Beifall bei der ÖVP. – LR Schabl: Der Verzetnitsch war da, bitte! Der ist neben mir gestanden, Fritz Verzetnitsch.)*

Sie sind auf Tauchstation gegangen und haben die Wärme Ihrer vier Wände eigentlich genutzt! Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen sagen: Ich glaube, soziale Wärme haben wir bewiesen mit unserem Verhandlungsgeschick, gemeinsam. Ich will da jetzt gar nichts mehr kritisieren. Ich will nur meinen Standpunkt klar legen. Aber Niederösterreich hat ..., ich habe dir meine Meinung dazu gesagt. *(Abg. Mag. Fasan: Eines würde mich jetzt wirklich interessieren, Herr Kollege! Mit wie vielen Leuten Sie dort gerne verhandelt hätten!)*

Ich glaube, dass die NÖ Volkspartei eigentlich die Wirtschaftskompetenz und die Arbeitsplatzkompetenz unter Beweis gestellt hat. Und ich darf vielleicht an Hand von drei Zahlen das auch festhalten. Das muss man schon unterscheiden, bitte schön. Wir leben in einem Land das natürlich unterschiedlich strukturiert ist. Aber wir sind zum Beispiel auch mit Wien in einer Region. Gleiche Einwohnerzahl, gleiche Region. Und wenn Sie jetzt die Arbeitslosenzahlen hernehmen, jetzt wissen wir alle, jeder Arbeitslose ist einer zu viel. *(Abg. Thumpser: Wie viele pendeln von Niederösterreich nach Wien?)*

Wissen Sie eigentlich, dass Wien doppelt so viele Arbeitslose hat wie Niederösterreich? Tendenz steigend. Und das im General Motor-Bereich. Wenn Arbeitsplätze frei gestellt werden die der NÖ Landesregierung angelastet werden. Ich sage Ihnen eine zweite Zahl, Beschäftigungszahl. Wien - gleiche Einwohnerzahl, gleiche Region. Wir haben in den letzten Jahren die Beschäftigungszahlen verdoppelt. Verdoppelt! *(Beifall bei der ÖVP. – LR Schabl: Wir unterstützen dich ja! Du willst es nicht!)*

Und jetzt nenne ich Ihnen eine dritte, letzte Zahl: Wirtschaftswachstum. *(Abg. Weninger: Machen wir es gemeinsam oder nicht?)*

Wir haben ein Wirtschaftswachstum von 2,6 Prozent in Niederösterreich. Sind wir da nicht stolz darauf? *(Zwischenruf bei LR Schabl.)*

Herr Kollege Schabl! Darf ich Ihnen etwas sagen. Ich habe Ihnen gesagt, ich verstehe die demokratische Ordnung. Aber, meine Damen und Herren, es muss klar sein, dass wir hier auch unsere Meinung sagen dürfen. Und ich sage Ihnen, wir sollten und müssen als Niederösterreicher stolz sein auf das was in diesem Land geleistet wurde! Und wenn 85 Prozent bis 90 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher sagen... *(Abg. Weninger: Das ist ja unumstritten dass wir die Wirtschaftspolitik gemeinsam machen! – Unruhe bei der SPÖ. – Abg. MMag. Dr. Petrovic: Und was ist mit Mörwald?)*

Ja, okay. Im Nachhinein ... Ich habe mit keinem einzigen Satz die sozialdemokratische Politik vernadert, sondern habe nur meinen Standpunkt und die Divergenzen klar gelegt. Und wenn heute die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher stolz sind auf dieses Land ... *(Abg. Weninger: Gemeinsam!)*

Gemeinsam. Sage ich ja. Gemeinsam. *(Abg. Präs. Sacher: Du pickst die Rosinen für die ÖVP heraus!)*

Naja, der Herr Kollege hat kritisiert was da los ist. Dann darf ich sagen, Austro Frost, meine

Damen und Herren, hat ein Happy End. Wir sind alle stolz, wir sind glücklich. Ich freue mich, dass es gelungen ist, diesen Betrieb zu retten und tausenden von Mitarbeitern schöne Weihnachten zu wünschen. Und ich hoffe, dass wir diese Wirtschaftspolitik und die damit verbundene Arbeitspolitik in der Intensität auch in Zukunft fortsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „Aktivitäten des Landes Niederösterreich zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen unter anderem am Beispiel Austria Frost“, Ltg. 558/A-8/15, für beendet.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Mag. Riedl, die Verhandlungen zu Ltg. 539/A-1/46 einzuleiten.

*(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)*

**Berichterstatter Abg. Mag. Riedl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 539/A-1/46.

Bei Großveranstaltungen werden überörtlich Polizeikräfte zusammengezogen, die letztendlich zu Lasten der örtlichen Inspektion Kosten verursachen. Ich darf daher namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses den Antrag stellen *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um einen gerechten Finanzschlüssel für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen zugunsten der jeweiligen Polizeiinspektion zu erwirken.“

Herr Präsident, ich bitte um Debatte und Abstimmung.

**Zweiter Präsident Sacher:** Herr Abgeordneter, ich bedanke mich für den Bericht. Ich leite die Debatte hiermit ein. Es liegt als erstes die Wortmeldung des Herrn Kollegen Mag. Fasan vor. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz kurz meine Stellungnahme zu diesem Antrag. Wir werden diesem Antrag selbstverständlich unsere Zustimmung geben. Es geht um einen gerechten Finanzschlüssel. Es geht um den Kos-

tenersatz für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen. Wir können dem durchaus beipflichten. Wir meinen allerdings schon, dass die Konkretisierung, die der Präsident Sacher vorgenommen hat schon im Ausschuss, nämlich insbesondere nebst allen semantischen Fragen, die die Antragsbegründung betreffen, aber insbesondere im Antragstext selbst die Präzisierung, dass es um den Kostenersatz oder den gerechten Finanzschlüssel bei diesen Großveranstaltungen geht, zu einem ganz speziellen Zweck, nämlich zum Zweck dass durch diese Einsätze die zugeteilten Überstundenkontingente der betroffenen Inspektionen nicht vermindert werden. Diesen Zusatztext hätte ich eigentlich schon gerne gesehen. Weil ich glaube, das es schon immer sinnvoll ist wenn man die Dinge konkretisiert. Denn wenn man sie von vornherein möglichst konkret beschließt, dann gibt's hinterher nicht die großen Debatten wo man dann Slalom fahren kann und sich die eine oder der andere oder das andere Mitglied der Landesregierung dann im „Carven“ zwischen den Slalomstangen der Tagespolitik ver-sucht.

Was ich auch bemerke, dass es offensichtlich noch einen zusätzlichen Resolutionsantrag geben wird zu einem Thema das wir auch begrüßen. Nämlich was die Verbesserung der Rahmenbedingungen, insbesondere der Personalsituation für die Exekutive in Niederösterreich betrifft. Auch damit sind wir selbstverständlich einverstanden. Nur, wenn ich mir die Antragsbegründung anschau, dann glaube ich, sollte man der Vollständigkeit halber schon auch die aktuelle Kriminalstatistik in Niederösterreich ein bisschen mitnehmen und auch sozusagen die positiven Entwicklungen der letzten Monate mit berücksichtigen. Aber von der Sache her sind wir selbstverständlich einverstanden.

Es ist auch für uns hoch interessant, das seinerzeitige, damals war es noch das Landesgendarmariekommando, zu besuchen oder die Bezirkspolizeikommanden oder Ortspolizeikommanden und dort zu sehen wie gearbeitet wird. Dort kann man sich nämlich direkt vor Ort überzeugen, dass die Einsätze und die Tätigkeit, die dort geleistet wird, meistens sehr effizient sein müssen. Denn wenn man dort nicht effizient arbeitet, dann kommt man mit der Personalsituation überhaupt nicht mehr zurecht. Und daher würden wir dem durchaus auch beipflichten können und dem Leit-antrag können wir ebenfalls unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Findeis das Wort.

**Abg. Findeis (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Der vorliegende Antrag betreffend Kostenerersatz für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen ist ein wichtiger Schritt für eine gerechte Verteilung der Finanzmittel. Der Finanzminister nimmt durch die angesprochenen Großveranstaltungen zirka 2 Millionen Euro ein. In Überstunden umgerechnet bedeutet das 80.000 Stunden oder 10.000 Arbeitstage oder 2.000 Wochen oder 38,5 Jahre.

Für die Exekutive sind diese Einsätze eine massive Belastung, gehen sie doch zu Lasten der Überstundenkontingente der jeweiligen Polizeiinspektionen. Und die Einnahmen aus den Gebühren, die vom Veranstalter für die jeweiligen Großeinsätze bezahlt werden müssen, sollten daher direkt den jeweiligen Polizeiinspektionen zugute kommen. Sei es in Form direkter Geldleistungen oder durch den Ausgleich von Überstunden.

Wesentlich ist aber nicht nur dass in Zukunft die Einnahmen der Exekutive zur Verfügung stehen müssen, sondern auch, dass die Veranstalter nicht verunsichert werden. Und ich möchte daher folgenden Abänderungsantrag der folgenden Abgeordneten einbringen (*liest:*)

„Antrag

der Abgeordneten Findeis, Razborcan, Jahrmann, Mag. Motz, Mag. Renner, Sacher und Vladyka gemäß § 60 LGO 2001 zum Antrag der Abgeordneten Hinterholzer u.a. betreffend Kostenerersatz für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen, Ltg. 539/A-1/46.

Der Antrag der Abgeordneten Hinterholzer u.a. wird wie folgt geändert.

1. Im Betreff wird vor dem Wort ‚Großveranstaltungen‘ das Wort ‚überregionalen‘ eingefügt.
2. Der erste Halbsatz des ersten Absatzes lautet: ‚Bei Großveranstaltungen von überregionaler Bedeutung, wie Stadionüberwachungen, sportlichen Großveranstaltungen, Open-Air-Konzerten u.ä.‘,
3. Im zweiten Absatz wird vor dem Wort ‚Polizeiinspektionen‘ das Wort ‚jeweiligen‘ eingefügt.
4. Der dritte Absatz lautet: ‚Die Einnahmen aus den Gebühren, die vom

Veranstalter der jeweiligen überregionalen Großveranstaltung für die Großeinsätze der Polizei bezahlt werden müssen, sollten daher künftig direkt den jeweiligen betroffenen Polizeiinspektionen durch einen Ausgleich der Überstunden zugute kommen, so dass die zugewiesenen Überstundenkontingente der Polizeiinspektionen durch solche Einsätze nicht geschmälert werden.‘

5. Im Antragstext wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und die Wortfolge ‚so dass durch zusätzliche Einsätze bei Großveranstaltungen die zugeteilten Überstundenkontingente der betroffenen Polizeiinspektionen nicht vermindert werden.‘

Ich denke, es ist wichtig und notwendig, deutlich zu machen, dass in Zukunft nicht die Veranstalter jedes kleinen Festes Polizeieinsätze zu bezahlen haben. Außerdem ist es mir wichtig, ganz deutlich herauszustreichen, dass wirklich die jeweils betroffenen Polizeiinspektionen von den Gebühren der Veranstalter profitieren müssen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Daher werden wir selbstverständlich dem vorliegenden Antrag zustimmen, weil er eine wichtige Verbesserung für die Exekutive darstellt. Gleichzeitig möchte ich Sie bitten, dem Abänderungsantrag Ihre Zustimmung zu bieten.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich möchte die heutige Debatte aber auch zum Anlass nehmen, die Frage der Sicherheit in unserem Land ganz grundsätzlich zu betrachten. Sicherheit ist ja viel mehr als bloße Abwesenheit akuter Gefahr. Sicherheit ist ein Gefühl das entscheidend zum persönlichen Wohlbefinden jedes Einzelnen beiträgt.

In einem Lexikonartikel findet sich folgende Definition: Die Schutzpflicht des Staates bedingt die Vorsorge gegen Entwicklungen, die seinen Bestand, seine Souveränität oder die Sicherheit seiner Bürger gefährden könnten. Gefährdungen der inneren Sicherheit abzuwehren ist vornehmlich Aufgabe des Innenministeriums und der unterstellten Polizeikräfte. Es ist also die Pflicht des Staates, Vorsorge zu treffen gegen Entwicklungen, die die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen gefährden könnten.

Dieser Schutzpflicht kommt der Staat Österreich aber nur mehr sehr eingeschränkt nach. Darunter haben nicht nur die Menschen in diesem Land zu leiden, sondern vor allem auch die Beam-

tinnen und Beamten der Polizei, die mit denkbar schlechten Arbeitsbedingungen konfrontiert sind.

Gewiss ist es erfreulich, wenn die jüngste Kriminalstatistik eine leichte Entspannung der Situation erhoffen lässt. Wenn dem so ist, haben wir das ganz allein der Arbeit der Beamtinnen und Beamten auf der Straße zu verdanken und ganz sicher nicht der Unsicherheitspolitik dieser Bundesregierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hier die leider nur auf den ersten Blick positiven Zahlen der Statistik: Im Jahr 2005 wurden in Niederösterreich 87.003 strafbare Handlungen angezeigt. Um 8,1 Prozent weniger als im Jahr 2004. Nun stellen sich bei diesen Zahlen aber einige nicht unerhebliche Probleme. Zum Ersten haben wir das Problem, dass die Statistik bei weitem nicht mehr so gut aussieht wenn man ein paar Jahre zurückgreift. Dehnt man den Vergleichszeitraum etwas aus, kann man nämlich bei weitem nicht von einer Senkung der Kriminalitätsrate ausgehen.

Und betrachten wir hier wieder die nüchternen Zahlen sprechen sie bereits eine ganz andere Sprache. Rund 74.900 angezeigte Delikte im Jahr 2001, mehr als 85.000 angezeigte Delikte im Jahr 2002, an die 87.900 strafbaren Handlungen im Jahr 2003 und fast 94.700 strafbare Handlungen im Jahr 2004. Von dieser Warte aus geschehen erscheint der Rückgang auf 87.003 Delikte bereits in einem ganz anderen Licht. Gegenüber dem Jahr 2001 sind es nunmehr immerhin rund 12.100 Delikte mehr, die die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher über sich ergehen lassen mussten.

Und das ist allerdings bei weitem nicht das einzige Problem das die derzeit so gerne geübten Zahlenspielereien mit sich bringen. Nein! Es stellt sich uns auch noch das Problem, dass die Zahlen der hier verglichenen Statistiken eigentlich gar nicht vergleichbar sind. Sondern, Sie verzeihen den etwas abgedroschenen Vergleich, hier werden Äpfel und Birnen vermischt. Was zwar einen köstlichen Obstsalat liefert, aber keine seriöse Statistik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es gibt in den jüngsten Kriminalstatistiken eklatante Unterschiede in der Zählweise. Seriedelikte zum Beispiel werden nämlich nicht mehr einzeln gerechnet. Wenn in einer Parkgarage 20 Autos aufgebrochen werden und 20 Radios gestohlen werden, dann schlägt das in der aktuellen Statistik nur mehr als ein Delikt zu Buche. *(Abg. Mag. Wilfing: Das ist eine Faschingssitzung!)*

Und weiters öffnet sich das Problemfeld dass ganz abgesehen von der Anzahl der Delikte die

Höhe des Schadens massiv gestiegen ist. Der die Opfer von Diebstahl und Raub betreffende Schaden erhöhte sich von 2001 bis 2004 um 73,3 Prozent auf die sagenhafte Summe von rund 420 Millionen Euro. Und das letzte und bei weitem unbedeutendste Problem, mit dem unsere Vergleichszahlen behaftet sind, ist das Problem des Durchschnitts.

Was, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben diese Menschen also davon, wenn statistisch gesehen alles bestens ist? Herr Karner, wenn man zum Beispiel zwei Badewannen mit Wasser füllt und eine mit 10 Grad kaltem Wasser füllt und die andere mit 60 Grad heißem Wasser, dann hat man eine durchschnittlich angenehme Badetemperatur von 35 Grad erreicht. Ich kann aber nur versichern, dass derjenige, der in die heiße Wanne gestiegen ist, sich trotzdem massiv verbrühen wird und danach wahrscheinlich auch wenig Verständnis für das Durchschnittliche aufbringen wird. Ebenso wie derjenige, dessen Haus Ziel von Verbrechern wurde.

Und daher möchte ich hier einige Beispiele für heiße Wannen liefern: Im Bezirk St. Pölten sind die strafbaren Handlungen gegen fremdes Vermögen um 13,5 Prozent gestiegen, im Bezirk Gmünd gab es um 15,3 Prozent mehr Eigentumsdelikte. Im Bezirk Schwechat gab es einen Anstieg von 13 Prozent bei den strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben. Im Raum Krems wurden 2005 um 50 Prozent mehr strafbare Handlungen gegen die Sittlichkeit und 30,2 Prozent mehr Delikte im Bereich Geldverkehr angezeigt als noch im Jahr zuvor. Die Liste der dramatischen Beispiele ließe sich fortsetzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber nochmals mit aller Deutlichkeit herausstreichen, dass ich in keiner Weise die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen bei der Exekutive kritisieren möchte. Ich weiß nur zu gut, dass sie alles Menschenmögliche leisten und dass ohne ihren tagtäglichen Einsatz die Kriminalitätsstatistik in unserem Land bei weitem anders aussehen würde.

Zurück zu den nüchternen Zahlen: Was also sagt uns die aktuelle Kriminalitätsstatistik? Dass wir immer noch eklatant zu wenig Beamtinnen und Beamte auf den Straßen haben. Dass wir immer noch eine mangelhafte Ausrüstung der Exekutive haben und dass die Polizei von der Bundesregierung bei ihrer Arbeit allein gelassen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Personalstand der Exekutive fiel von 27.430 im Jahr 2000 auf 26.120 im Jahr 2005. Und

im Jahr 2006 muss das Innenministerium mit einem drastisch gesunkenen Budget auskommen. Insgesamt stehen hier für das laufende Jahr um 8 Millionen Euro weniger zur Verfügung als noch im Vorjahr.

Vor massive Probleme werden die Beamtinnen und Beamten auch durch den Fuhrpark gestellt. 200 bis 300 Fahrzeuge würden allein in Niederösterreich dringend benötigt um die ärgsten Mängel ausgleichen zu können. Derzeit sind nicht wenige Fahrzeuge unterwegs, die 250.000 oder 300.000 Kilometer auf dem Buckel haben und nur mehr mit äußerst kostspieligen Reparaturen am Leben erhalten werden können.

Die Fakten sprechen für sich, obwohl es in diesem Rahmen gar nicht möglich ist, alle Schwierigkeiten aufzuzählen mit denen die Kolleginnen und Kollegen bei der Exekutive jeden Tag zu kämpfen haben. Die Polizistinnen und Polizisten arbeiten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit um den Menschen in unserem Land das Gefühl der Sicherheit zu geben. Sie sind tagtäglich mit unglaublichem Engagement auf den Straßen unterwegs. Dafür haben sie sich nicht nur unseren aufrichtigsten Dank und unsere Aufmerksamkeit verdient, sondern auch jegliche nur mögliche Unterstützung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daher stelle ich folgenden Resolutionsantrag *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Findeis, Cerwenka, Dworak, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrmann, Kadenbach, Kernstock, Mag. Kögler, Mag. Leichtfried, Mag. Motz, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Sacher, Mag. Stiwicek, Thumpser, Vladyka und Weninger betreffend Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Exekutive in Niederösterreich.

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Niederösterreich ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Dies wird auch objektiv nicht nur durch die tägliche Berichterstattung in den Medien untermauert, wo regelmäßig über zahllose Auto- und Wohnungseinbrüche, Autodiebstähle u. ä. berichtet wird, sondern auch durch die Faktenlage bestätigt. Bemerkenswert ist auch, dass die Versicherungswirtschaft von einem Anstieg des Schadensausmaßes bei Eigentumsdelikten berichtet. So stieg der die Opfer aus Raub und Diebstahl betreffende Schaden vom Jahr 2001 bis 2004 um 73,3 % oder 177,6 Millionen Euro auf insgesamt rund 420 Millionen Euro. Das bestätigt die Tatsache, dass die

gegenüber dem Rekordjahr 2003 geringfügig rückläufigen Zahlen bei den angezeigten Straftaten von im Jahr 2004 immer noch rund 94.700 angezeigten Fällen vorrangig in der Zusammenfassung von Deliktgruppen begründet sind und nicht in einem effektiven Rückgang der Delikte.

Ursachen für diese Entwicklung werden unter anderem auch in der Personalsituation der Polizei gesehen. So sind in vielen Bezirken Niederösterreichs die systemisierten Dienstposten seit dem Jahre 2000 unverändert. Insbesondere auch in Regionen, die mit hohen Kriminalitätsraten konfrontiert sind, wie etwa im Bezirk Wien-Umgebung. Zusätzlich ist geplant, im laufenden Jahr weitere 911 Beamte und Beamtinnen abzubauen und das Budget für 2006 wurde im Vergleich zu 2005 um 8 Millionen Euro gekürzt.

Bedingt durch Fehlstände und Abkommandierungen zu Sondereinheiten wird die Personalsituation in vielen Polizeiinspektionen noch verschärft.

Daneben bedarf es aber auch bei der technischen Ausrüstung dringend einiger Verbesserungen. So entsprechen vielfach Fahrzeuge nicht mehr den technischen Anforderungen, wodurch wiederum hohe Reparaturkosten ausgelöst werden. Durch die verstärkte Umstellung auf computerunterstützte Tätigkeiten fehlen zunehmend die notwendigen EDV-Geräte und die entsprechenden Softwareschulungen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass es zu einer raschen Verbesserung der Personalsituation im Bereich der Polizei, insbesondere durch Erhöhung des Personalstandes, Erhöhung der Überstundenkontingente, sowie zu einer Verbesserung der technischen Ausstattung und keiner weiteren Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben im Exekutivbereich kommt.“

Ich möchte Sie dringend und nachdrücklich ersuchen, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Menschen in unserem Land brauchen mehr Sicherheit und die Polizistinnen und Polizisten brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Wir als Politiker haben ihnen gegenüber Verantwortung. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Nächster Redner auf der Rednerliste ist Herr Abgeordneter Mag. Karner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Karner (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Eine Vorbemerkung. Herr Abgeordneter, das, was du geschildert hast, ich bin ehrlich ganz überrascht dass du dich noch außer Haus traust. Weil Faktum ist nach wie vor, Österreich ist eines der sichersten Länder, Niederösterreich ist eines der sichersten Länder weltweit. Bitte das zur Kenntnis zu nehmen. Also nicht fürchten.

Faktum ist, und du hast das angesprochen, die Kriminalität ist in Niederösterreich im Jahr 2005 um 8,1 Prozent zurückgegangen. Um 8,1 Prozent sind die Straftaten in Niederösterreich gesunken. Das ist der höchste Rückgang aller Bundesländer. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote um 2,6 Prozent in diesem Jahr gestiegen. Und da bin ich ganz bei dir: Das ist einzig und allein der Erfolg der Exekutive.

Der Personalvertreter hat es in den letzten Tagen gesagt: Wer diese Statistik schlecht redet, der redet die Arbeit der Exekutive, der Polizisten schlecht und das hat sich die Exekutive, die mit großem Einsatz gegen schwierige Rahmenbedingungen mit großem Einsatz für die Sicherheit in unserem Land kämpft, wirklich nicht verdient. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und daher würde ich dich bitten, dass du als Exekutivbeamter die Arbeit der Polizisten nicht täglich schlecht redest. Und das ist Faktum. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Die geopolitische Lage hat sich verändert. ... Hört mir einfach zu. Die geopolitische Lage in diesem Land hat sich verändert. Es sind neue Kriminalitätsforderungen entstanden. Kriminalitätsherausforderungen entstanden. Auf die musste sich die Exekutive entsprechend einstellen. Und es sind gerade im letzten Jahr der Exekutive hervorragende Erfolge gelungen. Ich erinnere an eine internationale Bande: 100 Moldawier, die hier festgenommen wurden weil sie mafios organisiert hier Unwesen getrieben haben. Das war der Erfolg der Exekutive, weil sie entsprechende Rahmenbedingungen hat und genau gezielt gegen solche Tätergruppen auch vorgehen kann. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. Dass wir uns wirklich hier bedanken bei der Polizei was hier für großartige Arbeit geleistet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wie sich auch die Rahmenbedingungen für die Exekutive verändert haben lässt sich auch

am Beispiel der Kriminalstatistik zeigen, weil du das angesprochen hast. Nur ein Beispiel: Bis zum Jahr 2000, ich weiß nicht ob das die meisten hier wissen, bis zum Jahr 2000 ist die Kriminalstatistik folgendermaßen geführt worden. Und du weißt das: Mit Bleistiftstricherllisten ist diese Statistik geführt worden. Diese Bleistiftstricherllisten sind dann ans Innenministerium geschickt worden, zum Jahresende zusammengezählt worden. Also völlig unnützlich für die tägliche Kriminalitätsbekämpfung. Jetzt gibt es einen Sicherheitsmonitor, wo die Exekutive punktgenau auf Brennpunkte, besondere Gefährdungen, auch reagieren kann. Die Statistik ist nicht für uns da, die Statistik ist für die Beamten da. Dass sie damit arbeiten können und mit dieser neuen Art der Statistik, Kriminalstatistik online, können sie auch heute entsprechend arbeiten und punktgenau auf Entwicklungen reagieren. Das sind veränderte Rahmenbedingungen die unsere Exekutive auch entsprechend braucht.

Und ein wichtiger Punkt ist auch, weil du gesagt hast, der Personalstand hat sich verringert. Faktum ist, es hat sich nicht der Personalstand, es haben sich die Planstellen verringert. Weil hier gezielt auch entsprechende Strukturreformen gemacht wurden. Es ist richtig, viele SPÖ-Innenminister haben vielleicht davon geredet, Löschnak, glaube ich, war es: Zusammenlegung Polizei, Gendarmerie. Angepackt hat es niemand. Obwohl es der Rechnungshof immer wieder kritisiert hat. Angepackt hat es ein ÖVP-Innenminister und es wird jetzt von einer ÖVP-Innenministerin letztendlich umgesetzt! Damit eben die Beamten vom bürokratischen Zeug entlastet werden. Wie war das früher? Da ist ein völlig eigenes EDV-System für die Gendarmerie aufgebaut worden, ein völlig eigenes EDV-System für die Polizei. Die haben nebeneinander gearbeitet und haben in Wahrheit nicht wirklich gut zusammen arbeiten können.

Oder: Ein Gendarmerieauto hat von einer Gendarmeriewerkstätte hergerichtet werden müssen, ein Polizeiauto von einer Polizeiwerkstätte. Also das ist doch nicht im Sinne der Sicherheit! Das ist doch nicht im Sinne der Steuerzahler! Es geht darum, dass die Beamten entsprechend von der Bürokratie entlastet werden, damit sie ihren tatsächlichen Aufgaben, und zwar für die Sicherheit zu sorgen, auch entsprechend nachkommen können. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Fasan: Das selbe gilt für Hilfswerk und Volkshilfe!)*

Wie sich auch die Rahmenbedingungen für unsere Exekutive verbessert haben, das ist unsere Aufgabe. Für die Sicherheit sorgen die Beamtinnen und Beamten der Polizei. Unsere Aufgabe ist es, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen

damit sie auch ordentlich ihre Arbeit machen können. So ist das.

Jetzt für Niederösterreich: Die Übersiedlung des Landespolizeikommandos. Die anstehende Übersiedlung des Landeskriminalamtes von Wien nach Niederösterreich. Damit hier eben gezielt vorgegangen werden kann. Die Übersiedlung der Einsatzgruppe Ost von Wien nach Mödling. Damit in dem sensiblen Bereich des Wiener Umlandes sehr gezielt die Kriminalität bekämpft werden kann. Das sind verbesserte, veränderte Rahmenbedingungen für die Polizei.

Oder, jetzt ganz neu: Ein Punkt, die Ausstattung mit Digitalkameras. Statt den Sofortbildkameras werden jetzt auf den Polizeiinspektionen Digitalkameras eingeführt. Damit hier schnell und unbürokratisch die Beamten, die Polizei hier ihre Arbeit auch entsprechend machen kann.

Oder im letzten Jahr eingeführt: BAKS 4 EDV-System, das hier erstmals jetzt zum Einsatz kommt, wo eben ein Gendarmerieposten auch zu einer Polizeiinspektion, früher waren das unüberwindbare Hindernisse von Gendarmerieposten auf ein Wachzimmer EDV-mäßig etwas zu schicken. Jetzt mit dem BAKS 4 ist eine schnelle und unkomplizierte Kommunikation möglich, damit man bestmöglich auch die Sicherheitsdaten entsprechend austauschen kann. Das ist gezielte Arbeit, das sind Rahmenbedingungen, mit denen die Exekutive auch arbeiten kann.

Oder: In den letzten Jahren über 70 neue Dienststellen in Niederösterreich, die auf Vordermann gebracht werden. Damit man eben den Beamten bestmögliche Rahmenbedingungen schafft. Über 70 neue Dienststellen allein in den letzten Jahren, die neu errichtet bzw. auch entsprechend hergerichtet wurden weil sie davor nicht dem entsprechenden Standard entsprochen haben.

Oder die neuen Fahrzeuge, die du angesprochen hast. Die werden jetzt ausgeliefert mit einem völlig neuen System. Das alte System war so: Alte Fahrzeuge sind herumgefahren. Jetzt, mit dem neuen System, auf zwei Jahre Leasingbasis, sodass gewährleistet ist, dass eben nicht mehr alte Schrottkübeln herumgefahren. Das sind Rahmenbedingungen, die die Polizei, die Exekutive auch braucht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber auch im gesetzlichen Bereich hat sich gerade im letzten Jahr einiges getan. Ich erinnere an die Videoüberwachung die eingeführt wurde. Wo es großen Widerstand von Seiten der SPÖ gegeben hat weil man Bedenken hatte. Ich erinnere an

die Möglichkeit der Einrichtung von Schutzzonen. Aber ich erinnere auch an eine Anpassung des Asylgesetzes und des Fremdenengesetzes. Das wichtige Grundlage ist letztendlich auch für die Arbeit der Polizei und der Exekutive. Das sind alles Rahmenbedingungen die in den letzten Jahren für die Exekutive geschaffen wurden, damit sie ihrer zentralen Aufgabe, eben für die Sicherheit in diesem Land zu sorgen, auch entsprechend nachkommen kann.

Und daher auch noch einmal zu deinen Aussagen, Herr Abgeordneter Findeis. Es ist letzte Woche, nein, es war vor eineinhalb Wochen, der Sicherheitsbericht vorgestellt worden. Und eine halbe Stunde bevor er noch für Niederösterreich vorgestellt wurde, hast du bereits davon geschrieben, dass der Sicherheitsbereich nicht stimmt, dass die Kriminalität steige, dass es geschönt ist. Das ist indiskutabel! Das ist ein Skandal. Wenn eine halbe Stunde bevor der Sicherheitsbericht noch veröffentlicht ist man das Ganze schlecht redet. Das brauchen wir nicht. Unsere Exekutive braucht den Rückhalt, braucht die Unterstützung und nicht diese Schlechtmacherei. Ich bitte dich wirklich! *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Weninger: Ihr glaubt wirklich, das Land gehört euch! Das eine war eine ÖVP-Pressekonferenz und das andere war die Veröffentlichung!)*

Ich nenne eine sehr unverdächtige Zeugin, mit der ich auch schon die eine oder andere Sicherheitsdiskussion hatte. Was bist denn so narzisch? *(Abg. Weninger: Ich bin nicht narzisch!)* Entschuldige! Eine halbe Stunde bevor der Sicherheitsbericht veröffentlicht wird gibt's schon Aussendungen. Wozu denn? Wo man alles schlecht redet. *(Abg. Weninger: Eine Pressekonferenz der ÖVP war es! Du kannst Blau und Schwarz nicht unterscheiden!)*

Eine unverdächtige Zeugin, mit der ich auch schon die eine oder andere Diskussion in Sicherheitsfragen hatte, ist die SPÖ-Bürgermeisterin aus Kottlingbrunn, die Frau Feuchtl, die erst vorige Woche in der „NÖN“ gesagt hat, ja, es stimmt, durch gezielte Maßnahmen der Exekutive hat sich die Situation bei uns drastisch gebessert. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)*

Jeder einzelne Fall ist einer zuviel! Da gibt's keine Diskussion. Aber wenn sich eine Situation verändert, wenn die Exekutive erfolgreich arbeitet, dann muss man das auch zur Kenntnis nehmen. Die Frau SPÖ-Bürgermeisterin hat das getan. Und daher bitte ich auch euch, das so entsprechend zur Kenntnis zu nehmen. Vielen Dank!

Zum Abänderungsantrag, dem werden wir nicht beitreten, wie wir das auch schon im Ausschuss besprochen haben. Es ist halt so, es ist eine Verbürokratisierung, die Vorschläge sind gut gemeint. Aber es würde eine Verbürokratisierung nach sich ziehen und nicht wirklich etwas für die Beamten bringen. Sondern entscheidend ist, dass wir jetzt den Beamten bestmögliche Rahmenbedingungen bieten. Daher haben wir auf unsere Initiative hin diesen Antrag hier eingebracht, dass der Exekutive dieses Geld, das von Veranstaltern an das Finanzministerium bezahlt wird, direkt zugute kommen soll, finanziell oder in Überstundenkontingenten. Entscheidend ist, dass es für die Arbeit der Exekutive da ist. Daher unser Antrag, den wir auf unsere Initiative eingebracht haben. Dem Abänderungsantrag werden wir nicht beitreten, weil es eine Verbürokratisierung nach sich ziehen würde und letztendlich den Beamten nichts bringt. Vielen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Hoher Landtag! Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Es wurde, bevor ich zur Abstimmung des Hauptantrages komme, ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Findeis, Razborcan, Jahrmann, Mag. Motz, Mag. Renner, Sacher und Vladyka gemäß § 60 LGO zum Antrag der Abgeordneten Hinterholzer u.a. betreffend Kostenersatz für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen eingebracht.

Ich lasse nunmehr über diesen Abänderungsantrag als erstes abstimmen. *(Nach Abstimmung:)* Ich halte fest, dass dieser Antrag von den Stimmen der SPÖ, der Grünen und der FPÖ unterstützt und von der ÖVP abgelehnt ist. Damit findet er keine Mehrheit.

Ich komme damit zur Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 539/A-1/46. *(Nach Abstimmung:)* Dieser Antrag ist einstimmig angenommen!

Es wurde von den Abgeordneten Findeis und so weiter, ich zähl jetzt nicht alle auf, ein Resolutionsantrag eingebracht und ich lasse nunmehr über diesen Resolutionsantrag betreffend Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Exekutive in Niederösterreich abstimmen. *(Nach Abstimmung:)* Die Zustimmung seitens der SPÖ, der Grünen und der Freiheitlichen, Ablehnung durch die ÖVP. Daher findet dieser Resolutionsantrag keine Mehrheit. Er ist abgelehnt! *(Abg. Weninger: Ihr könnt ja nicht gegen die Polizei stimmen!)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Landtages! Wir kommen zum nächsten

Tagesordnungspunkt. Und ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 556/S-5/26 und Ltg. 557/S-5/27 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Gibt es einen Einwand dagegen? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dr. Prober zuerst zu Ltg. 556/S-5/26 und danach Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Toms zu Ltg. 557/S-5/27 zu berichten.

**Berichterstatter Abg. Dr. Prober (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zu Ltg. 556/S-5/26 betreffend das Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Gänserndorf; Zu- und Umbau.

Mit dem Zu- und Umbau des Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Gänserndorf wird voraussichtlich im Frühjahr 2006 begonnen. Die Fertigstellung wird voraussichtlich im Dezember 2007 erfolgen und umfasst Gesamtkosten von 5,385.000 Euro auf Preisbasis Jänner 2004. Die Finanzierung des Bauvorhabens erfolgt durch die Land NÖ Immobilienverwaltungsgesellschaft m.b.H. Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Gänserndorf; Zu- und Umbau *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Zu- und Umbau des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Gänserndorf wird mit Gesamtkosten von € 5,385.000,00 exkl. USt. (Preisbasis 1/2004) genehmigt.
2. Finanzierung  
Auf Basis des Mietvertrages mit der Land NÖ Immobilienverwaltungsgesellschaft m.b.H. errechnet sich nachstehende voraussichtliche jährliche Miete:  
Zu- und Umbau, jährliche Miete € 215.232,- exkl. USt.
3. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung des Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

**Zweiter Präsident Sacher:** Danke für den Bericht. Ich bitte Herrn Kollegen Dipl.Ing. Toms zu berichten.

**Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages! Ich berichte zu Ltg.

557/S-5/27, Vorlage der Landesregierung zum NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Hainfeld; Zu- und Umbau.

Es bezieht sich auf den Landtagsbeschluss vom 5. Dezember 1990, wo ein Rahmenkostenkonzept beschlossen wurde. Es gab dann die Anforderung, dass mehrere Baumaßnahmen zusätzlich erforderlich waren. Das Aktenstück befindet sich so wieso in den Händen der Kolleginnen und Kollegen. Ich darf noch berichten, dass im Gesamtrahmen die Kosten hereingebracht wurden bei anderen Landes- und Pensionistenheimen. Ich darf daher sogleich den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses stellen über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Hainfeld; Zu- und Umbau (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Zu- und Umbau des NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Hainfeld wird mit Gesamtkosten von € 4.700.000,00 exkl. USt. (Preisbasis 1/2004) genehmigt.
2. Finanzierung  
Auf Basis des Mietvertrages mit der Land NÖ Immobilienverwaltungsgesellschaft m.b.H. errechnet sich nachstehende voraussichtliche jährliche Miete:  
Zu- und Umbau, jährliche Miete € 181.752,- exkl. USt.
3. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung des Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Ich ersuche dich, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und dann die Abstimmung durchführen zu lassen.

**Zweiter Präsident Sacher:** Danke für den Bericht. Als erste Wortmeldung liegt jene von Kollegen Mag. Ram vor. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Ram (FPÖ):** Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gleich vorweg: Wir werden selbstverständlich beiden Anträgen zustimmen, wie wir es immer tun bei den Ausbauarbeiten bezüglich der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime. Kurz zum Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Gänserndorf. Hier gibt es ja einen Zu- und Umbau. Durch den Zubau soll eben ein Mangel an Nebenräumen, an Garderoben behoben werden. Es werden ausschließlich

Ein- und Zweibettzimmer geschaffen. Die organisatorischen Defizite sollen behoben werden und erforderliche Neben- und Therapieräume sollen errichtet werden.

Wir haben hier drei Bauabschnitte. Im Bauabschnitt 1 ist ein ebenerdiger, nicht unterkellertes neuer Bettentrakt, der eben hier zusätzlich geschaffen wird, mit neuen Zweibettzimmern. Im Bauabschnitt 2 werden Garderobenräume angebaut, ebenso Wäscheräume und Nebenräume. Und im Bauabschnitt 3 kommt es zu Umbauarbeiten der derzeitigen Verwaltungsräume und zur Errichtung von Therapieräumen.

Ebenso gibt es klarerweise bei so einem Umbau und einem Zubau diverse kleinere Umbauten wie zum Beispiel der Nassräume. Beginn der Bauarbeiten im Frühjahr 2006, Fertigstellung ist geplant im Dezember 2007.

Wesentlich dabei ist auch, dass die Grobkonzeption eine Reduktion der Bettenanzahl bedeutet hätte. Hier kommt es jetzt aber zu einer Erweiterung des Bauvolumens, da man die Anzahl der Betten klarerweise, weil die Nachfrage, der Bedarf hier herrscht, dementsprechend in der Größenordnung behalten möchte.

Kurz zum Zu- und Umbau des Landes-Pensionisten- und Pflegeheimes Hainfeld. Hier ist zu bemerken, dass das Problem der Mangel an Nebenräumen und Garderoben war. Das soll durch einen entsprechenden Zubau behoben werden. Und im Obergeschoß möchte man aus Dreibettzimmern Zweibettzimmer gestalten. Ich glaube, auch das ist ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Situation für die Patienten.

Wichtig im gesamten Gebäude: Die Grün- und Ruheräume werden erweitert. Hier wird besonders Bedacht darauf gelegt, dass die Menschen, die in diesem Landespflegeheim sich befinden, die hier leben, dass diese Menschen die Natur vor Ort haben. Dass diese Menschen, soweit es möglich ist, natürlich auch diese Natur noch genießen können.

Kurzum, geschätzte Damen und Herren, wir werden selbstverständlich zustimmen. Ich darf aber abschließend noch auf eines hinweisen, weil mir das natürlich ein besonderes Anliegen ist. Und ich glaube, das sollte man bei Debatten und bei Beschlussfassungen über die Landes-Pensionisten- und Pflegeheime auch nie außer acht lassen und nie vergessen: Es gibt sehr viele Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Ich habe schon mehrmals an dieser Stelle darauf hingewie-

sen, dass es auch Aufgabe des Landes wäre und natürlich auch der Gemeinden, sich hier Verbesserungen zu überlegen. Wir alle kennen die Situation, wir alle wissen, die Menschen werden immer älter, die Zahl der Pflegebedürftigen steigt und die Situation für die Angehörigen von zu Pflegenden ist sehr, sehr schwierig. Natürlich kommt hier der Druck auf den Arbeitsmarkt noch hinzu und natürlich auch die persönliche Belastung, das persönliche Opfer, das hier gebracht werden muss. Ich darf an dieser Stelle hier noch einmal auch jenen sehr herzlich danken, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Selbstverständlich möchte ich auch den Bediensteten in den Landes-Pensionisten- und Pflegeheimen danken. Und darf an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass man für die Zukunft Überlegungen anstellen sollte, die Situation für jene auch noch weiter zu verbessern, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. Gratzler das Wort.

**Abg. Ing. Gratzler (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte kurz zu den beiden Regierungsvorlagen über den Zu- und Umbau der Landes-Pensionisten- und Pflegeheime in Hainfeld mit den Gesamtkosten von 4,7 Millionen Euro und dem Pflegeheim Gänserndorf mit Gesamtkosten von 5,385.000 Euro auf Basis der Art. 15a-Vereinbarung, die auf dieser Basis durchgeführt werden, zu der sich Bund und Länder über die gemeinsamen Maßnahmen für pflegebedürftige Personen verpflichtet haben, Mindeststandards von Sachleistungen in den Heimen zu gewährleisten, sprechen.

Ich wiederhole daher nicht die ausführlichen Ausführungen und Zahlen der beiden Herren Berichterstatter, auch nicht die Ausführungen meines Vorredners. Wir haben ja die Angelegenheit auch schon im Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss besprochen. Vielmehr möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, dass es an beiden Standorten zu diesen Verbesserungsmaßnahmen kommt und dass wir diesen heute unsere Zustimmung geben werden.

Die geplanten Zu- und Umbaumaßnahmen führen nicht nur zu einer Erhöhung der Bettenkapazität, sondern – und das scheint mir ganz besonders wichtig – sie dienen vor allem auch der Verbesserung der internen Abläufe im Pflegebereich.

Die ständig steigenden Anforderungen an das Pflegepersonal sollen und müssen durch ver-

besserte Arbeitsbedingungen und durch bauliche Maßnahmen so gut es geht erleichtert werden. In Hainfeld soll sich dies durch eine Verbesserung der internen Struktur in Form von Wegverkürzungen positiv auswirken. Umfangreicher gestalten sich die in ebenfalls drei Bauabschnitte gegliederten Arbeiten beim Zu- und Umbau des Heimes in Gänserndorf.

In beiden Häusern soll mit den Bauarbeiten im Frühjahr dieses Jahres begonnen werden. Mit der Fertigstellung ist in Gänserndorf im Jahr 2007 und in Hainfeld im Jahr 2008 zu rechnen. Ich wünsche den bauausführenden Firmen ein unfallfreies Arbeiten, allen Verantwortlichen im Verwaltungsbereich, im medizinischen und im Pflegebereich möglichst wenig Beeinträchtigungen in der Bauphase und nach der Fertigstellung vor allem dem Pflegepersonal, dem medizinischen Personal und natürlich den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern viel Freude in den umgestalteten und neu gestalteten Räumlichkeiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich bitte nun Herrn Abgeordneten Nowohradsky ums Wort.

**Abg. Nowohradsky (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Dieser Tagesordnungspunkt ist wiederum und passt heute in die Debatte, die wir heute begonnen haben gegen Mittag, nämlich die Menschlichkeit der Regierungspolitik hier in Niederösterreich. Auch hier wird wiederum bewiesen, der Mensch steht im Mittelpunkt.

Schauen wir ein bisschen zurück im Bereich der Altenpflege. Da hat es eben vor 25, 30 Jahren nur das Heim gegeben. Es hat keine begleitende Pflege zu Hause gegeben, wie heute selbstverständlich ist. Schauen wir zurück, wie war denn früher die Situation in den Heimen? Es waren Wohnheime, wo die Bevölkerung gesagt hat, na, dann gehe ich ins Heim wenn es eben zu Hause nicht mehr möglich war zu wohnen. Sei es jetzt aus Gründen der Hygiene und anderen Dingen. Und ich erinnere mich noch sehr genau, im Bezirk Gänserndorf mit über 70.000 Einwohnern hatten wir ein einziges Heim, das war in Zistersdorf. Und heute, Gottseidank, kann man sagen, haben wir drei Heime. Eines in Gänserndorf, eines in Orth a.d. Donau und eben ein ganz neues in Zistersdorf.

Und das ist nicht von Ungefähr gekommen, sondern es hat hier diesbezüglich einen Altenplan in Niederösterreich gegeben. Man hat nicht gesagt, wir setzen jetzt ein Heim auf die grüne Wiese, sondern machen einen Altenplan. Und in diesem Al-

tenplan von Prof. Dr. Anton Altmann, der hat eben bis 2021 die Richtlinien des Landes Niederösterreich festgelegt um hier zu sagen, wie sieht die Entwicklung im Bereich der älteren Menschen in Niederösterreich aus, auf Grund dieses Planes sind dann diese Entwicklungsstadien bei den Heimen gekommen. Wir haben heute insgesamt 100 Pensionisten- und Pflegeheime, mit den privaten, muss man dazu sagen, und in den NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheimen arbeiten 4.000 Mitarbeiter derzeit, die bestens ausgebildet sind und wirklich auch einen hohen Einsatz an den Tag legen. Denn es ist nicht immer sehr leicht, an der älteren Bevölkerung die Pflege durchzuführen. Das ist eine Arbeit, die unser aller Hochachtung, Respekt verdient.

Es stehen heute zwei Heime an. Es ist das Barbaraheim in Gänserndorf und eines in Hainfeld. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie hier in Gänserndorf, und da bin ich ja öfters, dieses Heim sich entwickelt hat. Zunächst einmal von einem Wohnheim in ein Pflegeheim, teilweise Pflege. Und jetzt, und da möchte ich jetzt nicht mehr das wiederholen was meine Vorredner schon gesagt haben bis hin zur Berichterstattung, was alles in diesen Heimen geschieht. Es ist wichtig dass es geschieht, dass wir sowohl in Hainfeld als auch in Gänserndorf, die ungefähr zeitgleich errichtet worden sind, jetzt die notwendigen Zu- und Umbaumaßnahmen durchführen. Zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner in diesen Heimen, aber auch zum Wohle jener, die hier als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind. Wieder ein Schritt in jene Richtung, wohin das Land Niederösterreich immer wiederum auch geht. Auf der einen Seite sehr modern, dynamisch, aber auch auf der anderen Seite nicht vergessend auf jene Leute, die nicht im Lichte der Öffentlichkeit stehen.

In diesem Sinne werden wir natürlich beiden Anträgen die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Damit sind wir am Ende der Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt. Die beiden Berichtersteller hätten ein Schlusswort.

**Berichtersteller Abg. Dr. Prober (ÖVP):** Ich verzichte!

**Berichtersteller Abg. Dipl.Ing. Toms (ÖVP):** Ich verzichte!

**Zweiter Präsident Sacher:** Sie verzichten. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirt-*

*schafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 556/S-5/26:)*  
Das ist einstimmig angenommen!

Ich komme nun zur Abstimmung des Tagesordnungspunktes Ltg. 557/S-5/27. *(Nach Abstimmung:)* Das ist ebenfalls einstimmig angenommen!

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Mag. Wilfing, die Verhandlungen zu Ltg. 531/B-34/2 einzuleiten.

**Berichtersteller Abg. Mag. Wilfing (ÖVP):** Herr Präsident! Hoher Landtag! Nach § 15 des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat hat dieser jährlich einen Bericht dem Landtag vorzulegen und ich komme daher zum Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses über diesen Tätigkeitsbericht des UVS für das Jahr 2004 *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 2004 wird zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und dann abschließend die Abstimmung durchzuführen.

**Zweiter Präsident Sacher:** Danke. Ich eröffne diese Debatte hiermit und bitte Herrn Abgeordneten Doppler zum Rednerpult.

**Abg. Doppler (ÖVP):** Geschätzte Herren Präsidenten! Hoher Landtag!

In der 75. Sitzung der Vollversammlung vom 18. Oktober 2005 wurde der Bericht über die Tätigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich aus dem Jahre 2004 beschlossen. Der Auftrag für den Unabhängigen Verwaltungssenat, kurz UVS genannt, ist in der Bundesverfassung verankert.

Durch eine Novelle im Jahre 1988 wurde festgelegt, dass in den Bundesländern Unabhängige Verwaltungssenate zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung einzurichten sind. Demzufolge wurde auch bei uns in Niederösterreich ein eigenes Gesetz über den UVS erlassen. Daraus ergibt sich der grundsätzliche Auftrag des UVS, nämlich die Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten Verwaltung im Bundesland Niederösterreich. Der UVS ist somit aus verfassungsrechtlicher Sicht ein Kontrollorgan für die Verwaltung. Seine Entscheidungen unterliegen nur mehr der Nachprüfung durch den Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof. Der UVS

Niederösterreich ist bemüht, seine Entscheidungen rechtlich richtig, rasch und in einer für den Betroffenen verständlichen Sprache zu treffen und seine Tätigkeit insgesamt als bürgernahe Dienstleistung zu erbringen.

Die Erledigung von Berufungen und Beschwerden bildete im Berichtszeitraum den Schwerpunkt in der Tätigkeit des Senates. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leicht steigender Aktenanfall von 4.466 auf 4.533 Stück zu vermerken. Die vorliegende Zahl für 2005 lässt aber einen steigenden Aktenanfall erwarten. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit dem Vollzug des Verwaltungsreformgesetzes 2001 und der laufenden Übertragung weiterer Aufgaben, wie Beschwerden auf Grund des Fremdenrechtsgesetzes, des Sicherheitspolizeigesetzes, des Polizeikooperationsgesetzes usw. ergibt sich allerdings, dass auch in Zukunft mit einem starken und durch immer wieder neue Aufgaben zusätzlichen Aktenanfall gerechnet werden muss.

Neben dem mit 1. Jänner 2005 in Kraft getretenen Bundesbetreuungsgesetz ist mit 1. Jänner 2006 das Fremdenrechtspaket in Kraft getreten. Gerade dieses enthält zusätzliche Aufgaben für den UVS als Berufungsbehörde und den Bereich der Prüfung der Schubhaft.

Im vorliegenden Tätigkeitsbericht werden sehr ausführlich und eindrucksvoll die Leistungen des UVS dokumentiert. Wenn man diesen Bericht gelesen und sich mit ihm auseinandergesetzt hat, dann muss man sich als Politiker schon selbstkritisch fragen, ob so viele Gesetze, die alles und jedes regeln, auch wirklich notwendig sind. Hier, so glaube ich, gilt es anzusetzen, weil die im Tätigkeitsbericht angeführten Gesetze nur einen Auszug der tatsächlich Behandelten darstellen.

Den zahlenmäßigen Schwerpunkt bei den anfallenden Akten bildeten, wie schon in den vergangenen Jahren, die Strafsachen und dabei wieder die Übertretungen im Bereich des Straßenverkehrs. Dieser Tätigkeitsbericht rechtfertigt auch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Bestreitung des Sachaufwandes und die kontinuierliche personelle Aufstockung auf mittlerweile 32 Mitglieder und 31 nicht juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ausgezeichnete Arbeit in ihrem Tätigkeitsbereich leisten.

Natürlich stellt sich immer wieder die Frage, ob mit dem derzeitigen Personal auch das Auslangen gefunden werden kann. Dies wird in erster Linie vom zukünftigen Aktenanfall abhängen. Aber wir müssen dabei Bedacht nehmen, dass die Gesetze auf Bundes- und Landesebene bedauerli-

cherweise ja nicht weniger werden, sondern eher mehr. Und daher zwangsläufig damit zu rechnen ist, dass noch mehr Zuweisungen erfolgen und zusätzliche Aufgaben an den UVS übertragen werden.

In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, dass im Berichtszeitraum gesamt gesehen auf Grund des Aktenanfalles und der aus den Vorjahren noch teilweise offenen Akte die durchschnittliche Erledigung eines Aktes 8,2 Monate betrug. Und ein Umstand muss unbedingt auch erwähnt werden und wird auch im gegenständlichen Tätigkeitsbericht besonders hervorgehoben: Der UVS im Lande Niederösterreich ist der einzige Senat in Österreich, der eine dezentrale Struktur aufweist. Das heißt, dass neben dem Sitz des Senates in der Landeshauptstadt St. Pölten auch die Außenstellen Wr. Neustadt, Mistelbach und Zwettl nicht nur eingerichtet wurden, sondern auch hervorragend arbeiten. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Dezentralisierung und zu mehr Bürgernähe in der Verwaltung.

Wir sagen ja nicht umsonst „näher zum Bürger – schneller zur Sache“. Und so wie wir das auch in den letzten Jahren in anderen Bereichen der Landesverwaltung realisiert haben und sich dies auch sehr positiv herausgestellt hat, so wurde auch im Bereich des UVS dezentralisiert unter dem Motto „Die Verwaltung kommt zum Bürger“. Nicht der Bürger muss die Mühen auf sich nehmen und durchs Land reisen, sondern die zuständigen Behörden und Beamten kommen vor Ort zu ihm. Auch hier hat unser Bundesland eine Vorreiterrolle übernommen auf die wir stolz sein können.

Hohes Haus! Im Berichtszeitraum wurden öffentliche, mündliche Verhandlungen, insgesamt 1.934 zum erheblichen Teil vor Ort, das heißt in den Außenstellen und an den jeweiligen Bezirkshauptmannschaften durchgeführt. Diese Verhandlungen vor Ort sind ebenfalls ein wichtiger Schritt und Beitrag zu mehr Bürgernähe.

Glauben Sie mir, es kommt ja nicht von ungefähr, dass die Tätigkeit des UVS im Land Niederösterreich in der Öffentlichkeit, aber vor allem bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eine sehr hohe Akzeptanz hat. Dies lässt sich unter anderem daraus ersehen, dass im Berichtszeitraum bei 4.500 erledigten Akten nur 153 Beschwerden an den Verfassungs- bzw. Verwaltungsgerichtshof erhoben wurden. Das sind lediglich 3,4 Prozent. Ein wesentlicher Grund für dieses erfreuliche Ergebnis ist sicherlich das strenge Auswahlverfahren, fünfjährige Praxis erforderlich, für die Mitglieder des Senates und die Qualität der Arbeit der im Senat tätigen Juristen.

Seit Jahren wird auch ein wichtiger Beitrag zur Ausbildung von Juristinnen und Juristen, die neu in den Landesdienst eintreten, durch den UVS geleistet. Die Juristen erhalten eine zweiwöchige Einschulung und im Zuge der Ausbildung nehmen sie auch an Verhandlungen vor Ort und an Kammerverhandlungen teil und erstellen auch erstmals Bescheidkonzepte.

Die räumliche Unterbringung des UVS im Land Niederösterreich erfolgt am Sitz in St. Pölten und an den drei Außenstellen Wr. Neustadt, Mistelbach und Zwettl. Alle Dienststellen sind im Wesentlichen zufriedenstellend untergebracht und entsprechend ausgestattet. Zeitgerecht wurden von Landeshauptmann Dr. Pröll im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform 2001 die notwendigen Entscheidungen in personeller Hinsicht getroffen und die erforderlichen Mittel zur Beschaffung des Sachaufwandes zur Verfügung gestellt. Sodass eine Struktur und Ausstattung vorhanden ist, mit der der Arbeitsanfall soweit abschätzbar bewältigt werden kann.

Nicht unerwähnt möchte ich auch noch lassen, dass der UVS heuer ein Jubiläum begeht. Seit 15 Jahren gibt es jetzt den Unabhängigen Verwaltungssenat. Dies bedeutet auch 15 Jahre Rechtsschutz im Sinne der Bürger. Von Beginn seiner Tätigkeit bis 31. Dezember des vergangenen Jahres wurden rund 53.400 Akte erledigt. Zusammenfassend kann gesagt werden: Der Unabhängige Verwaltungssenat hat im Berichtszeitraum seinen gesetzlichen Auftrag und seine Aufgaben im Sinne einer bürgernahen Verwaltung bestmöglich wahrgenommen und sehr gute Arbeit geleistet.

Diese erfolgreiche Arbeit soll auch in den kommenden Jahren weiter geführt, zusätzlich laufend den Erfordernissen angepasst und durch den vermehrten Einsatz moderner Technologien laufend verbessert werden. Außerdem ist der Unabhängige Verwaltungssenat im Land Niederösterreich bei den anhängigen Verfahren und bei seinen Entscheidungen immer um ein sachlich korrektes und rechtlich einwandfreies Vorgehen, ohne Ansehen der betreffenden Person, des Geschlechts oder der Herkunft bemüht.

Der Unabhängige Verwaltungssenat im Lande Niederösterreich übt somit eine wichtige Kontrollfunktion aus und trägt vor allem auch zur Beseitigung und Vermeidung jeder Form von Ungleichbehandlung und Diskriminierung bei. Für diese sehr wichtige, erfolgreiche und effiziente Tätigkeit möchte ich mich beim Präsident Hofrat Dr. Boden, seinem Senat und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern recht herzlich bedanken. Die ÖVP-

Fraktion dieses Hauses wird den Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates für den Berichtszeitraum 2004 sehr gerne zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte jetzt dann noch kurz eingehen auf den Resolutionsantrag der grünen Fraktion dieses Hauses, wo mit Recht kritisiert wurde, dass die elektronische Bürgerbegutachtung für die Erlassung eines Landesbedienstetengesetzes, Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten und Änderung des Landesvertragsbedienstetengesetzes sowie eine Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich nicht in die Homepage gestellt wurde. Dies ist in der Zwischenzeit bereits geschehen. Wir bedauern, dass aus verwaltungstechnischen Gründen dieser Fehler passiert ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Zweiter Präsident Sacher:** Nunmehr ist als nächster Redner Herr Abgeordneter Mag. Ram am Wort.

**Abg. Mag. Ram (FPÖ):** Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Jetzt weiß ich warum der Kollege Doppler darum gebeten hat als erster zu sprechen. Er hat eigentlich schon alles vorweg genommen und ich habe jetzt nur mehr Kleinigkeiten zu ergänzen bzw. kleine Stellungnahme unserer Fraktion abzugeben.

Kollege Doppler hat ja schon über die Grundlagen des UVS gesprochen. Auch über das Tätigkeitsfeld. Ebenso natürlich die aktuellen Zahlen, Aktenanfall usw. genannt. Dazu möchte ich noch kurz erwähnen, dass es ja beim Aktenanfall einen Rückstand gibt, der derzeit 8,2 Monate beträgt. Das ist klarerweise nicht befriedigend. Es ist jedoch so, wenn man die letzten Jahre den Zeitraum beobachtet, seit dem ich das Ganze sehr intensiv beobachte in meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter kann ich sagen, gibt es hier sehr wohl einen Fortschritt.

Ich kann mich an 12 Monate erinnern, 2001 hatten wir einen Rückstand von 10 Monaten. Jetzt sind wir bei 8,2 Monaten. Vielleicht gelingt es, diesen Rückstand auch in den nächsten Jahren hier noch zu verbessern.

Es wurde auch schon erwähnt, dass sich die Verhandlungen vor Ort bewährt haben. Klarerweise auch unsere Meinung. Diese Bürgernähe muss sein und diese Bürgernähe muss uns ganz einfach auch die Kosten wert sein. Kollege Doppler hat

auch davon gesprochen, dass wir 32 Mitglieder haben. Erwähnenswert wäre mir noch, dass von diesen 32 26 auf Dauer ernannt sind.

Schlussendlich darf ich seitens unserer Fraktion betonen, dass wir die Arbeit des Unabhängigen Verwaltungssenates sehr zu schätzen wissen. Dass wir die Grundprinzipien des UVS, die Wahrung der Menschenrechte und der Bürgernähe sehr wohl unterstützen und dass diese Menschenrechte und diese Bürgernähe ihren Preis haben und diese Kosten sicher wert sind. Und daher darf ich seitens unserer Fraktion auch ein herzliches Dankeschön an den Unabhängigen Verwaltungssenat unter Dr. Boden aussprechen und unsere Unterstützung auch für die nächsten Jahre sicherstellen. Danke! *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich darf nun Frau Klubvorsitzender Dr. Petrovic das Wort erteilen.

**Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

In aller Kürze zum UVS. Wir von den Grünen begrüßen grundsätzlich gute und effiziente Rechtsschutzmöglichkeiten mit den Eigenschaften von Gerichten, das heißt de facto auch dem politischen Einfluss entzogen, und wir begrüßen daher auch die 15 Jahre zurückliegende Einrichtung von Unabhängigen Verwaltungssenaten. Wir merken aber an, dass doch bei der Dotierung der verschiedenen Staatsfunktionen uns der UVS immer noch ein wenig stiefmütterlich ausgestattet vorkommt. Und ich denke, wenn Rechtsschutz rasch und kostengünstig funktionieren soll und vor allem eben auch die Betroffenen rasch zur Klarheit kommen sollen, bin ich im Recht oder hat die Behörde Recht, dann wäre es notwendig, jede Art von Rückstand abzubauen, sodass wirklich promptest eine Antwort kommt über die geltende rechtliche Situation.

Und ich merke darüber hinaus an, ich habe es auch schon im Ausschuss gesagt, wir würden es als eine logische Weiterentwicklung des Rechtsschutzes in einer modernen Demokratie erachten wenn darüber hinaus, das heißt über die Tätigkeit der ordentlichen Gerichte, über die Tätigkeit der Höchstgerichte auf Bundesebene und der Unabhängigen Verwaltungssenate hinaus auch eine Landesverwaltungsgerichtsbarkeit eingerichtet würde. Wie das im Prinzip eigentlich alle Parteien schon einmal befürwortet haben. Es tut mir leid, dass hier vor allem von den größeren Parteien, vor allem von der auf Landes- und Bundesebene regierenden Österreichischen Volkspartei her so wenig Akzente im Rahmen des Österreich-Konvents ge-

setzt worden sind um diesen effizienten und besseren Rechtsschutz auf der Landesebene auch tatsächlich zu erreichen. Aber wir werden sehen, es ist zu hoffen, dass nach der nächsten Wahl auf Bundesebene vielleicht doch eine derartig echte Verwaltungsgerichtsbarkeit endlich kommt.

Ich bringe darüber hinaus zu diesem Tagesordnungspunkt einen Resolutionsantrag ein. Da einerseits das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat mit anderen Gesetzen andererseits im Dezember in Begutachtung gegangen ist, in Bürgerbegutachtung gegangen ist. Und während dieses UVS-Gesetz sehr wohl auch elektronisch kund gemacht und zur Begutachtung bereit gestellt wurde, ist das bei den diversen Gesetzen betreffend das Dienstrecht der Landesbediensteten und die Dienstpragmatik und das Gemeindedienstrecht nicht passiert.

Mittlerweile hat der Vorredner gesagt, es sei jetzt gerade eben während dieser laufenden Sitzung schon passiert. Ich hoffe auch, dass das der Fall ist. Ich möchte aber doch hinzufügen, das waren nicht verwaltungstechnische Gründe warum das bisher nicht passiert ist. Sondern wir sind ja überhaupt erst auf diese Materie gestoßen, weil einige Personen, Landesbedienstete oder Personen, die eben an der Thematik interessiert sind, das vergeblich versucht haben. Und denen ist seitens der zuständigen Fachabteilung klipp und klar mitgeteilt worden, das wird nicht ins Internet gestellt, die Dateien seien angeblich so groß dass man das nicht tun will, obwohl wir schon viel größere Dateien gehabt haben. Aber man wollte das nicht, wie wohl es ja eine Totaländerung des Dienst- und Pensionsrechtes ist. Das heißt natürlich für viele Menschen, nämlich alle für die im Landes- und Gemeindedienst Tätigen ja ein ganz essentielles Interesse für sie als Person und für ihre Familien.

Daher waren wir eigentlich entsetzt, dass das so läuft bzw. gab es sogar Anlassfälle wo man den Interessierten dann gesagt hat, na ja, sie können in die Dienststelle kommen und sich das dort abschreiben wenn sie wollen. Das heißt, man hat nicht diesen raschen und unbürokratischen Weg über das Internet hergestellt, sondern wirklich den vorsintflutlichen Weg, dass man Leute ins Amt zitiert und sie halt dort Einsicht nehmen lässt. Und das hat uns dann auf den Plan gerufen um diesen Antrag zu stellen.

Also mitnichten waren das irgend welche technischen Gründe die das verhindert haben, sondern man hat es schlicht und ergreifend nicht wollen. Und es zeigt ja auch jetzt die Tatsache, dass

das offenbar während laufender Sitzung mit einem Knopfdruck möglich ist, dass da eben kein technisches Hindernis bestand, sondern ein willentliches. Und wir hoffen sehr, im Hinblick eben auch auf eine transparente, offene bürgerinnennahe Verwaltung, dass wir in Zukunft solche Anträge nicht brauchen, sondern dass das ganz automatisch geschieht. Aber for safety's sake, wir konnten jetzt in diesen Minuten nicht ins Internet schauen. Kann höchstens sein, dass es doppelt gemoppelt ist, es soll nichts Schlimmeres passieren, bleiben wir bei diesem unserem Antrag:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Petrovic, Dr. Krismer-Huber, Mag. Fasan und Weiderbauer zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 531/B-34/2, Bericht der Landesregierung Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Lande Niederösterreich für das Jahr 2004, betreffend Begutachtungsverfahren zur Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (UVSG-Novelle 2006).

Am 27. Dezember (mitten in der Weihnachtswoche) stellte die Personalabteilung des Amtes der NÖ Landesregierung Gesetzesentwürfe für

- die Erlassung eines Landes-Bedienstetengesetzes, Änderung Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 und Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes
- eine Änderung der NÖ Gemeindebeamten-dienstordnung 1976 (GBDO-Novelle 2006)

in die Bürgerbegutachtung.

In der Folge wurde auch

- eine Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (UVSG-Novelle 2006)

in die Bürgerbegutachtung gestellt.

Die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen endet für alle Gesetzentwürfe am 15. Februar 2006.

Wie bei jedem anderen niederösterreichischen Gesetzesvorhaben werden seit ca. 8 Jahren die Entwürfe/Erläuterungen/Textgegenüberstellungen auf der Homepage des Landes Niederösterreich ins Internet gestellt. (Elektronische Bürgerbegutachtung im Rahmen der NÖ Landesverfassung).

Die NÖ Landesverfassung schreibt zwar keine derartige elektronische (flächendeckende)

Bürgerbegutachtung vor, aber sie ist seit acht Jahren Usus und sie wird in den NÖ Legistischen Richtlinien gefordert. (Die NÖ Legistischen Richtlinien sind zwar nur ein Erlass, aber sie werden sonst peinlich genau eingehalten.)

Artikel 25

(3) Jedermann hat das Recht, Gesetzesentwürfe gegen Kostenersatz zu beziehen und innerhalb der Begutachtungsfrist eine Stellungnahme abzugeben (Bürgerbegutachtung).

(4) Auf Durchführung des Begutachtungsverfahrens besteht kein Rechtsanspruch. Die Unterlassung desselben hat auf das gültige Zustandekommen eines Beschlusses des Landtages keinen Einfluss.

Artikel 45a

Verordnungen, Begutachtungs- und Informationsverfahren

(1) Entwürfe von Verordnungen der Landesregierung von allgemeiner Bedeutung sind einem Begutachtungsverfahren zu unterziehen. Artikel 25 gilt sinngemäß.

Bisher wurden auch unbedeutende Gesetzesentwürfe zur Bürgerbegutachtung ins Internet gestellt (NÖ Jagdgesetz) sowie alle bisherigen Verschlechterungen der Dienstpragmatik und des Vertragsbediensteten-Gesetzes! (letzteres ist für Krankenschwestern interessant)

Im konkreten Fall ist nun eine Totaländerung des Dienst- und Pensionsrechts geplant. Im gegenständlichen Entwurf zur Änderung der Dienstpragmatik werden auch Themen des Ruhestands berührt, es wird in Rechte von BeamtenInnen eingegriffen, die bereits im Ruhestand sind.

Eine bisher sonst immer durchgeführte elektronische Bürgerbegutachtung findet erstmalig nicht statt. Es wird lediglich angeboten, dass jede(r) nach St. Pölten reisen kann, um im Personalbüro Einsicht zu nehmen. Dies kommt einer Schikane gleich. Selbst der Umfang der Vorlagen kann in Zeiten des Breitbandinternet und Pdf-Formats absolut kein Hindernis für eine elektronische Veröffentlichung sein.

Hier wird offenbar erstmalig versucht, Gesetzesvorhaben voranzutreiben, ohne die bewährte und institutionalisierte, flächendeckende Information der NÖ LandesbürgerInnen und anderer Betroffener (Ruhebestandsbeamter) vor der jeweiligen Landtagssitzung durchzuführen.

Eine demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklung.

Die Gefertigten stellen daher gem. § 60 LGO folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung möge umgehend

- die Erlassung eines Landes-Bedienstetengesetzes, Änderung Dienststragmatik der Landesbeamten 1972 und Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes
- eine Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 (GBDO-Novelle 2006)
- eine Änderung des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (UVSG-Novelle 2006)

für die bereits laufende Bürgerbegutachtung auf der Homepage des Landes – so wie in den NÖ Legistischen Richtlinien vorgesehen – auch in elektronischer Fassung veröffentlichen.“

Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Bürgermeister Dworak das Wort.

**Abg. Dworak (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Uns liegt der Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates für das Jahr 2004 vor. Und die Landesregierung hat nunmehr nach § 15 des Gesetzes über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich diesen Bericht dem Landtag vorgelegt.

Der grundsätzliche Auftrag für den Unabhängigen Verwaltungssenat ist in der Bundesverfassung im Artikel 129 verankert, wobei durch eine Novelle im Jahr 1988 festgelegt wurde, dass in den Ländern Unabhängige Verwaltungssenate zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung einzurichten sind.

Die Bandbreite der Entscheidungen und Aufgaben des UVS wird dabei immer umfangreicher, wobei durch die Verwaltungsreform 2001 zum Großteil zahlreiche, zusätzliche Aufgaben durch den Gesetzgeber an den UVS übertragen wurden. Wie zum Beispiel Entscheidungen über Berufungen betrefflich gewerblicher Anlagen, Anlagen nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, nach dem Gesund-

heits- und Krankenpflegegesetz, dem Kraftfahrge-  
setz, dem Führerscheingesezt oder nach der Ge-  
werbeordnung betreffende Betriebsanlagen.

Seit der Inbetriebnahme des UVS hier in Niederösterreich vor allen Dingen mit seinen Außenstellen hat sich gezeigt, dass diese dezentralen Anlaufstellen im Interesse der Bürger sind und sich auch bestens bewährt haben. Wobei vor allem die Praxis der öffentlichen mündlichen Verhandlungen in den jeweiligen Bezirkshauptmannschaften angeführt wird, und das nenne ich hier doch auch praktizierte Bürgernähe, die eben ihren Preis hat.

Aber ich sehe hier im Bericht auch einige Problematik auf uns zukommen. Es stehen nämlich hier Einsparungsbemühungen gegenüber, wie zum Beispiel, dass Verhandlungen teilweise nicht mehr vor Ort, sondern im Sitz St. Pölten oder in den Außenstellen zu führen sind, die hierzu im krassen Gegensatz zu den Bestrebungen um weitestgehend Bürgernähe stehen.

Der Aktenanfall ist auch im Berichtszeitraum 2004 exorbitant gestiegen und auch die ersten Erfahrungswerte für das Jahr 2005 zeigen uns, dass hier ein weiter steigender Aktenanfall zu erwarten ist. Wobei ich doch auch sagen möchte, dass hier vor allen Dingen durch den Vollzug der Verwaltungsreform 2001 und der laufenden Übertragung weiterer Aufgaben auch in Zukunft hier ein Ansteigen zu erwarten sein wird. Wie zum Beispiel durch das Bundesbetreuungsgesetz oder das Fremdenrechtspaket, die zusätzliche Aufgaben für den UVS bedeuten werden in seiner Form als Berufungsbehörde im Bereich der Prüfung und der Schubhaft.

Der größte Teil und der zahlenmäßige Schwerpunkt waren im Berichtszeitraum natürlich auch wieder die Strafsachen. Hier vor allen Dingen Übertretungen im Bereich des Straßenverkehrs. Insgesamt müssen wir feststellen, dass die 32 Mitglieder dieses UVS eine sehr, sehr große Aufgabe übernommen haben. Hier möchte ich aber auch eines bemerken: Dass der Rückstand auf Grund des Aktenanfalls und der aus den vorher noch teilweise offenen Akten rund 8 Monate beträgt. Wobei ich hier feststellen möchte, dass die Verfahren vielfach komplexer und in der Durchführung aufwändiger werden.

Aber dennoch ist hier anzumerken, dass Niederösterreich dabei kein Vorzugsschüler ist und für die Zukunft sicherlich wieder eine Aufstockung des Personals anzudenken ist. Denn schneller zur Sache und näher zum Bürger darf ja nicht nur zu einem Lippenbekenntnis verkommen.

Ich würde mir selbst auch eine Verbesserung des Internet-Auftrittes des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich wünschen. Denn gegenüber anderen Bundesländern wie der Steiermark, Salzburg, Oberösterreich gibt es hier einen deutlichen Nachholbedarf. Und ich denke mir, dass der Zugriff über das Internet auch weiter ansteigen wird.

Vielleicht erlauben Sie mir noch abschließend zwei, drei Anmerkungen zum Bericht. Auf Seite 14 wird angeführt, dass noch immer festzustellen ist, dass die bereits wiederholt kritisierte Vorlage der Berufungen und der Akten der ersten Instanz so knapp vor Ablauf der Verjährungsfrist erfolgen, dass ein ordnungsgemäßes Berufungsverfahren oft nicht mehr möglich wird. Und es wird dabei auch das nicht immer ordnungsgemäße Vorgehen in den ersten Instanzen kritisiert, das sicherlich andere Ergebnisse ermöglicht hätte. Und ich ersuche auch die Landesregierung, dem Wunsch des UVS nachzukommen und, wie es in diesem Bericht auch heißt, die teilweise unzumutbaren Arbeitsbedingungen durch das Raumklima in der warmen Jahreszeit zu beseitigen, was nur durch den Einbau einer Klimaanlage hier im UVS St. Pölten zu bewerkstelligen sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Anhand dieses kurzen Berichtes und des Auszuges aus diesem Bericht hat der Unabhängige Verwaltungssenat für das Jahr 2004 eine Fülle von Erledigungen durchgeführt. Einerseits ist das sehr aufwändig und auch sehr kostenintensiv, andererseits auch notwendig um den Artikeln 5 Abs.4 und 6 Abs.1 der Europäischen Menschenrechtskonvention nachzukommen, um natürlich auch die notwendige Bürgernähe zu praktizieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wahrung der Menschenrechte und der Bürgerrechte haben natürlich ihren Preis. Und ich glaube, das soll auch heute hier in diese Debatte der wesentliche und entscheidende Punkt sein. Mein Dank gilt Herrn Dr. Boden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UVS für die geleistete Arbeit. Sie sind ein demokratiepolitisch unverzichtbares Rechtsinstrument geworden in diesen 15 Jahren. Und ich darf ihnen von dieser Stelle auch alles Gute für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wünschen. Dem Bericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich wird die Sozialdemokratische Fraktion daher gerne ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Zum Wort gemeldet ist noch Herr Abgeordneter Mag. Fasan. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist die Debatte aufgekommen, ob nun in der Zwischenzeit die genannten Gesetze ins Internet gestellt worden sind. Wir haben das jetzt vor einer Minute überprüft. Die Änderung der Gemeindebeamtendienstordnung ist jetzt drinnen, aber das Landesbedienstetengesetz und das Vertragsbedienstetengesetz ist noch nicht drinnen. Daher darf ich für unsere Fraktion vorschlagen, ich würde meinen, wir beschließen diesen Antrag. Wir sind guten Glaubens, dass Sie guten Willens nun mittlerweile sind. Würde aber doch vorschlagen, dass wir zunächst einmal das beschließen nach dem Motto „Was liegt, das pickt“. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

**Berichterstatter Abg. Mag. Wilfing (ÖVP):** Ich verzichte!

**Zweiter Präsident Sacher:** Er verzichtet darauf. Daher komme ich zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechts- und Verfassungs-Ausschusses, Ltg. 531/B-34/2:)* Dieser Antrag ist einstimmig angenommen!

Wir kommen nun zum Resolutionsantrag, der von den Grünen eingebracht worden ist. Und ich lasse diesen Antrag, obwohl er nicht zu hundert Prozent nach meiner Ansicht nach einen unmittelbaren Zusammenhang darstellt, aber zumindest in einem Punkt kann man dieser Meinung sein, also zur Abstimmung bringen. *(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag:)* Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt! Mit den Stimmen, das halte ich noch fest, der Grünen und der Sozialdemokraten, gegen die Stimmen der ÖVP und der freiheitlichen Abgeordneten.

Ich bitte nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, dass die Zahlen Ltg. 561/B-1, 499/B-4/2, 523/B-4/3 und 559/B-2/8 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam verhandelt werden mögen. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Einen Einwand gibt es dagegen nicht. Daher bitte ich nun Frau Abgeordnete Rinke, zuerst zum Geschäftsstück Ltg. 561/B-1 und danach zu den übrigen Geschäftsstücken

Ltg. 499/B-4/2, 523/B-4/3 und 559/B-2/8 zu berichten.

**Berichterstatterin Abg. Rinke (ÖVP):** Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sammel-Antrag des Rechnungshof-Ausschusses wurde über die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes betreffende Themen besprochen: Landeskrankenhaus St. Pölten, das periodische Mitarbeitergespräch in der NÖ Landesverwaltung, Bezirkshauptmannschaft Wien Umgebung, Außenstelle Schwechat, Generalsanierung (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Berichte des NÖ Landesrechnungshofes werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, dass den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Rechnungshof-Ausschusses entsprochen wird.“

Weiters berichte ich zu Ltg. 499/B-4/2, Antrag des Rechnungshof-Ausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Stadt Wiener Neustadt (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Stadt Wiener Neustadt wird zur Kenntnis genommen.“

Ich berichte zu Ltg. 523/B-4/3, Antrag des Rechnungshof-Ausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes über die Stadt Krems: Stadtentwicklung und Stadtplanung, Kunsthalle (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über die Stadt Krems: Stadtentwicklung und Stadtplanung, Kunsthalle wird zur Kenntnis genommen.“

Weiters berichte ich zu Ltg. 559/B-2/8, Antrag des Rechnungshof-Ausschusses betreffend den Bericht des Rechnungshofes über ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH; Nationalpark Donau-Auen GmbH; Teilgebiete der Gebirgsregion im Land Niederösterreich; St. Pölten; Personal, Organisation, Informationstechnologie (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH; Nationalpark Donau-Auen GmbH; Teilgebiete der Gebirgsregion im Land Niederösterreich; St. Pölten; Personal, Organisation, Informationstechnologie wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

**Zweiter Präsident Sacher:** Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte. Als erster Redner gelangt Herr Abgeordneter Mag. Stiwicek zu Wort. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mag. Stiwicek (SPÖ):** Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Sowohl der Bundes- als auch der Landesrechnungshof haben sich in letzter Zeit mit Verwaltungseinheiten der Landeshauptstadt St. Pölten beschäftigt. 2005 ist ja das Spitalswesen in Niederösterreich, kann man sagen, auf neue Beine gestellt worden. Der Landesrechnungshof hat am Beispiel des Landeskrankenhauses St. Pölten, das als erstes größeres Spital übergeben worden ist, dieses exemplarisch geprüft und einige Mängel, zum Beispiel einen gewissen Kompetenz-Wirrwarr aufgezeigt.

Es ist sicherlich vorab auch darauf hinzuweisen, dass im vorliegenden Rechnungshofbericht viele, wenn nicht fast alle, Empfehlungen ganz eindeutig auf das Land Niederösterreich zutreffen. Andererseits muss man sagen, dass sehr viele Kritikpunkte, die im Juni des Vorjahres, also vor durchaus schon längerer Zeit meines Erachtens zu Recht aufgezeigt worden sind, auch inzwischen längst behoben wurden.

So gibt es etwa nun zusätzliche Abteilungsleiterfunktionen für Wirtschaft und Technik im Landeskrankenhaus. Was es leider immer noch nicht gibt ist eine interne Revision. Entsprechende Bestrebungen wurden bislang abgelehnt. Letzten Endes wird man aber die entsprechende Empfehlung des Rechnungshofes umsetzen müssen. Dafür plädiere ich jedenfalls.

Die aufgezeigten baulichen, hygienischen und sicherheitstechnischen Mängel betreffen vor allem die alten Pavillons 2 und 4 und sind durch

den von der Stadt St. Pölten geplanten und durchgeführten Zubau, also durch das erst kürzlich eröffnete sogenannte Haus B, beseitigt worden. Ich glaube, damit ist zu diesem Teil der Rechnungshofkritik eigentlich alles gesagt.

Hingewiesen sei darauf, dass es gerade die Stadt St. Pölten gewesen ist, die vor gar nicht so langer Zeit ein eigenes Hygieneinstitut im Zentralklinikum gegründet hat. Es wurde eine eigene Betriebsfeuerwehr ins Leben gerufen. Ein erweitertes Brandschutzkonzept wurde entwickelt.

Ein Problem, das in beiden Rechnungshofberichten zum Ausdruck kommt, ist die hohe Zahl an Mehrdienstleistungen im Klinikum. Es ist einfach dadurch erklärt, dass das Landeskrankenhaus St. Pölten unterbesetzt war, also Personalunterstände hatte. Ärzte mussten und müssen daher immer mehr Überstunden leisten. Die Grenzwerte für die höchst zulässigen Arbeitszeiten der Ärzte wurden fallweise überschritten. Das Problem ist aber weiterhin akut. Ärzteplanstellen sind unbesetzt. Hier werden rasch Initiativen erforderlich.

Meine Damen und Herren! Bei einer vor geraumer Zeit durchgeführten Untersuchung in der die zehn meistverschuldetsten Gemeinden Österreichs ermittelt wurden, kamen acht davon aus Niederösterreich. Und zwar handelt es sich um Gemeinden, die große Spitäler zu erhalten hatten. Daher war es sicherlich richtig von der Zielsetzung her, bei den Spitalsübernahmen – und das sagt ja auch der Rechnungshofbericht: Sinn und Zweck der Spitalsübernahmen ist eine beträchtliche finanzielle Entlastung der Gemeinden. Ich glaube, unter diesem Gesichtspunkt sollte man auch weitere Übernahmen sehen. Und alle Gemeinden, die dazu bereit sind, denen sollte man auch in dieser Sache unter die Arme greifen.

Der zweite Bericht, der St. Pölten betrifft, ist der aktuelle Prüfbericht des Bundesrechnungshofes. Er stellt der Landeshauptstadt St. Pölten ein durchaus passables Zeugnis aus. Erstmals gab es sogar Lob für getätigte Maßnahmen. Schwerpunkte der Gebarungsprüfung waren das Personal, die Organisation und die Informationstechnologie. Dezidiert wurde die Umstellung in ein neues Besoldungsschema vom Rechnungshof wegen der darin enthaltenen Leistungsanreize und der geringen Umstellungskosten positiv bewertet.

Durch maßvolle Organisationsstraffungen ergaben sich Personalreduktionen in der Hoheitsverwaltung und in den Stadtwerken, die insgesamt eine Stabilisierung der Personalausgaben brachten. Der Anteil der Beamten am Gesamtbeschäfti-

gungsstand lag 2004 bei 3,1 Prozent. Was sicherlich einen vorbildlich niedrigen Wert darstellt.

Neben dem Bereich Klinikum, auf das ich vorhin eingegangen bin, wurden lediglich fünf Empfehlungen vom Bundesrechnungshof ausgesprochen, denen man in diversen Bereichen schon nachgekommen ist. So ist die Nebengebührenvorschrift in Überarbeitung, der elektronische Rechtsverkehr wird an einer Stelle konzentriert. Die Aufnahme der Schulen in das EDV-System der Stadt ist bereits in Arbeit. Und Auslagerungsmöglichkeiten sind mit der Gründung der Veranstaltungsgesellschaft und zuletzt mit der ImmobiliengesmbH vollzogen worden.

Zum Kritikpunkt Personalunion leitender Beamteter und Stadträte. Hier spricht der Rechnungshof eine Empfehlung aus, ich zitiere sie wörtlich: Die Mitwirkung an der Beschlussfassung ist zu unterlassen wenn Zweifel an der Unbefangenheit vorliegen könnten. Nun gut, den Aspekt der Befangenheit hat jeder Politiker immer wieder abzuwägen. Jeder von uns. Es war auch heute schon einmal ein Thema. Ich möchte aber betonen, von Unvereinbarkeiten ist im Bericht überhaupt keine Rede.

Abschließend möchte ich noch mal feststellen, der aktuelle Prüfbericht des Bundesrechnungshofes stellt der Landeshauptstadt St. Pölten in Summe ein zufrieden stellendes Zeugnis aus. Neben ein paar Empfehlungen, die bereits zum Großteil umgesetzt wurden, gab es auch sehr viel Lob für die Verwaltung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Grandl am Wort.

**Abg. Grandl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Nachdem der Vorredner den Rechnungshofbericht etwas, ich will nicht sagen beschönigt, aber doch etwas harmlos dargestellt hat, glaube ich, ist es schon wichtig, dass wir diesen Rechnungshofbericht des Zentralklinikums als einen Rechnungshofbericht der besonderen Art bezeichnen können. Und ich zitiere einige Dinge daraus:

Es hat zum Beispiel am 26. April 1988 Bescheide gegeben. In der Intensivpflegeabteilung war der Bescheid für 11 Betten, aufgestellt waren tatsächlich 24. In der Neurologie sind 37 Betten bewilligt gewesen, aufgestellt waren 65. (*Abg. Mag. Fasan: Ja, was sollen sie denn machen?*) Nachbehandeln.

Mit jenen Rechtsträgern, das betrifft die Übernahme der Rechtsträgerschaft durch das Land Niederösterreich, mit jenen Rechtsträgern, die bis zum 5. Oktober 2004 beim Land ein schriftliches Ersuchen um Aufnahme von Verhandlungen über die Übertragung der Rechtsträgerschaft gerichtet haben, wurden Verhandlungen auf Basis des Beschlusses vom 22. Jänner geführt. Es hatten bis zu diesem Zeitpunkt mit Ausnahme von Klosterneuburg, Neunkirchen und Wr. Neustadt alle Gemeinden von diesem Angebot Gebrauch gemacht.

Ab 1. Jänner 2005 Übernahme der Krankenhäuser Amstetten, Gmünd, Hainburg, Lilienfeld, St. Pölten, Mistelbach, Waidhofen. Durch diese Übernahmen soll eine beträchtliche finanzielle Entlastung der Gemeinden herbeigeführt werden. So hat der Rechnungshof das beurteilt. Und nach langwierigen Verhandlungen war es auch mit St. Pölten so weit, dass die Rechtsträgerschaft mit Bürgermeister Gruber abgeschlossen werden konnte. Das war am 30. Juni 2004.

Bestehende Urlaube wurden vom Land in Zahlungen mit übernommen, welche von der Stadt abgegolten werden hätten müssen. Das wäre auch nicht das große Problem gewesen. Die Vorräte zum Beispiel im Landeskrankenhaus St. Pölten wurden um 1 Million in eineinhalb Jahren reduziert. Das heißt, man hat sich schon mit dem Gedanken getragen, das Spital aus den Händen zu geben. Aber vorher bauen wir die Vorräte noch etwas ab.

Dann hat es kriminelle Handlungen gegeben, wo ein Mitarbeiter der Gebäudeverwaltung oder der Leiter angeklagt wurde. Das wollen wir politisch niemandem zur Last legen, denn das kann überall passieren. Das ist sicherlich nie ganz verhinderbar. Was aber schlimm ist, ist bei der Beschaffung und beim Einkauf, das ist aufgeteilt in vier Dinge: Material und Wäscheverwaltung, Apotheke, Küche und Technik. Was dabei schlimm ist, dass in der Regel – und ich zitiere: Dabei wurde festgestellt, dass in der Regel keine Ausschreibung nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes durchgeführt wurden oder diese mit Mängeln behaftet waren. Also das ist in der heutigen Zeit schon sehr, sehr nachlässig. Denn eine Nichtausschreibung in Millionenhöhe ist schon ein gravierender Punkt den man in der Spitalsführung machen kann.

Was aber eine unglaubliche Offenbarung ist in diesem Bericht ist der Brandschutz. Und ich zitiere einige Dinge: Im ehemaligen Haupthaus, und jetzt ist ja schon ein Neubau dazu gebaut worden, im Haupthaus, die Fluchtstiegenhäuser Nord, Südost, Südtrakt, Ost- und Südtrakt, West haben im Erdgeschoß keinen direkten oder unmittelbaren

Ausgang ins Freie. Brandabschnitte sind geschoßübergreifend und es sind keine Abschottungen in Zwischendecken vorhanden. Brandabschlusstüren sind teilweise zu den Technikräumen nicht vorhanden. Das heißt keine Ausbildung von Unterbrandabschnitten. Und das in einem Haus wo über 2.000 Patienten liegen.

Brandrauchentlüftungsöffnungen in den Fluchtstiegenhäuser sind nur händisch am obersten Punkt der Stiegenhäuser zu öffnen bzw. funktionieren teilweise nicht. Türen zu den Bettenzimmern sind nicht als Rauchabschlusstüren ausgeführt. Und das gesamte Gebäude ist ein einziger Brandabschnitt. Das stellen Sie sich einmal in einer Schule vor, in einer Gemeinde. Das ist eigentlich ein unmöglicher Zustand. Das Ergebnis: Die Erstellung eines umfassenden Brandschutzkonzeptes wurde bei den Krankenhauseinschauen in den Jahren 1998 und 2001 gefordert. Aber bis heute nicht umgesetzt. Und den Bericht den haben nicht wir erfunden, sondern das ist ein Bericht des Landesrechnungshofes. Die Stellungnahme der Landesregierung, na selbstverständlich, wie schon angeführt, wird das Brandschutzkonzept derzeit überarbeitet und danach eine Brandschutzordnung erlassen.

Ist ja klar. Wenn man ein Haus übernimmt, das derartig desolat ist, dass man das nicht in einer Nacht oder in einer Woche wieder auf Schwung bringt. Aber das Land Niederösterreich wird das sicherlich machen. *(Abg. Gartner: Der Erwin wird's schon machen! Mach dir keine Sorgen!)* Herr Kollege! Es gibt für diesen Zustand auch eine politische Verantwortung. Die politische Verantwortung hat, so wie das Haus übergeben wurde, die sozialdemokratische Partei in St. Pölten. Und es ist mit diesem Rechnungshofbericht eindeutig die Wirtschaftsweise zutage getreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nachdem es sich hier um ein Klinikum für Gesundheit oder Wiedergesundung handelt ... *(Abg. Dworak: Du redest von etwas was nicht stimmt!)*

Da steht das drinnen! Ich rede nicht von was was nicht stimmt. Gesundheitsklinik ist was, wo man wenn man hinein kommt wieder gesund herausgehen will. Der Bericht sagt aber eindeutig, dass die Stadtregierung völlig versagt hat. Aber komplett! *(Abg. Gartner: Geh bitte! Das ist eine böswillige Unterstellung!)*

Na bitte, wenn ich Ausschreibungen tätige in Millionenhöhe, also Einkäufe tätige ohne Ausschreibungen, dann, glaube ich, brauch ich ja nicht mehr weiter zu diskutieren. Und wenn ich ein Gebäude in dieser Größenordnung betreibe und kein Brand-

schutzkonzept habe das schon seit 1998 gefordert wurde, dann, glaube ich, brauchen wir darüber auch nicht wirklich diskutieren.

Das heißt in Wirklichkeit, haben diese Mängel zum Teil jene Personen ausgebügelt oder behoben mit übermenschlichen Leistungen. Denn wenn die Betten auf den Gängen stehen und das in der Herzstation, dann ist ja das nicht lustig. Das heißt, die Krankenschwestern haben enorme Leistungen erbracht, die Ärzte haben enorme Leistungen erbracht und haben versucht, das Ganze etwas zu lindern. *(Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Mag. Fasan: Das hat das Land noch nie gemacht! Das hat es noch nie gegeben!)*

Herr Kollege! Es war bis dorthin Besitz der Stadt St. Pölten. *(Abg. Kernstock: Wenn das Geld nicht da ist, kann ich es nicht bauen!)*

Das ist nicht gewesen dass das Geld nicht da war. Man hat sich darum nicht gekümmert. *(Abg. Gartner: Herr Kollege! Das ist eine böswillige Unterstellung!)*

Und dann gibt's noch einen Mangel der ganz gravierend ist, und ich habe es eh schon gesagt beim Brandschutz: Wenn drei Stiegenhäuser ohne Ausgang sind, Fluchtstiegenhäuser, dann frage ich mich als normaler Bürger, wenn ich das Fluchtstiegenhaus benütze, wohin gehe ich wenn keine Tür da ist ins Freie? *(Abg. Dworak: Bei uns geht's um die medizinisch gute Versorgung!)*

Ah! Und nachher wenn was passiert, dann können wir nicht hinaus aus dem Spital? So einfach ist das? Kein Brandschutzkonzept obwohl es seit 1998 mit einem Rechnungshofbericht gefordert wurde! Haben wir nicht erfunden. Das steht da drinnen. Jedem Häuslbauer, bitte, meine Herrschaften, müssen wir einen Feuerlöscher vorschreiben. Der „nur“ unter Anführungszeichen für sein privates Leben oder für seine Familie verantwortlich ist. Aber nicht für 2.000 Patienten.

Das ist das Eine. Und keine Brandabschnitte. Ich glaube, da hat ein bisschen auch die Baubehörde versagt. Die Frage ist natürlich immer wieder, wenn was passiert, na wer soll das Ganze wirklich in den Griff bekommen? Ich kann Ihnen sagen, die Betriebsfeuerwehr, und wenn sie noch so gut ist, wird das nicht schaffen wenn das ganze Gebäude von unten bis oben ein einziger Brandabschnitt ist und nirgends Abschnitte zugemacht werden können. Weil ein Hochhaus ist, das weiß jeder, wie ein Kamin.

Das Zweite ist, auch die Feuerwehr St. Pölten, und wenn sie noch so tüchtig ist, wird, wenn sich was Größeres dort ereignet, auch das Ganze

nicht in den Griff bekommen. Daher heißt es in Zukunft, dass wir das alles regeln. Das wird natürlich enorme Summen verschlingen, aber wir werden es machen. Weil das ist unumgänglich. Es muss gemacht werden. Das ist überhaupt keine Frage. *(Abg. Gartner: Ihr macht alles! Das ist ganz klar!)*

Ja, höchstpersönlich verantwortlich für das Ganze ist, er ist nicht mehr im Amt, aber das ist der Bürgermeister Gruber, und auch er ist von der Sozialistischen Partei sozusagen der Chef. *(Unruhe bei Abg. Gartner.)*

Jetzt hat die Verantwortung das Land Niederösterreich. Aber wir werden es schon regeln, nur keine Angst! Nur, wir haben dieses Spital so übernommen und kein Mensch hat gewusst in welchem Zustand das wirklich ist. Und daher muss ich dir sagen, es war höchste Zeit, dass das Land Niederösterreich dieses Spital übernommen hat. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Kernstock: Herr Kollege! Schauen Sie die anderen Krankenhäuser an!)*

Otto! Du weißt das genau. Es war höchste Zeit! Man kann ja ein Klinikum so wie das ist, ein Schwerpunkt-Klinikum nicht ewig aushungern. Und das ist leider Gottes in den vergangenen 20 Jahren passiert. Wir werden uns sicherlich ... *(Unruhe bei Abg. der SPÖ. - Abg. Mag. Leichtfried: Ihr redet dauernd von Nestbeschmutzung!)*

Nein, das ist keine Nestbeschmutzung! Wir reden über die Landeshauptstadt und über die Versorgung der Bürger der Landeshauptstadt und des Bezirkes. Und die soll ordnungsgemäß gemacht werden! Das heißt, wir werden uns um die Sicherheit annehmen in Zukunft, wir werden sie auch wieder verbessern.

Sie wissen alle, dass wir in der Vergangenheit 100 Millionen Euro investiert haben im Landesklinikum St. Pölten und das jetzt auf den modernsten Stand in diesem Bereich gebracht haben. Es werden in Zukunft in Niederösterreich noch etwa 1 bis 1,2 Milliarden Euro investiert werden in Heime, in Spitäler, in Versorgungseinrichtungen. Und es wird damit die Qualität verbessert werden. *(Abg. Mag. Leichtfried: Jetzt bin ich schon gespannt!)* Da kannst schon gespannt sein darauf. Das kommt ganz sicher so wie das Amen im Gebet. *(Abg. Mag. Leichtfried: Wieviel Krankenhäuser werden zuge-sperrt?)*

Und es wird dabei dann auch Gewinner geben. Denn wir wissen ja, dass in der Vergangenheit auch die Gemeinden da mitfinanziert haben und nicht gewusst haben welche Missstände dort bestehen. *(Abg. Gartner: Geh bitte, hör auf!)*

Das heißt, die Gemeinden als Beitragszahler werden einer der Gewinner sein. Denn dann wissen wir

wenigstens was um unser Geld gemacht wird und dass es für die Bürger in Ordnung ist und auch durchgeführt wird! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die zweiten Gewinner werden sein unsere Landsleute in St. Pölten, im Bezirk und niederösterreichweit, weil es ja ein Schwerpunktzentrum ist. Und liebe Freunde, das sind ja unsere Angehörigen, unsere Gemeindeglieder! Das sind unsere Freunde. Das sind die, die wir kennen. Unsere Bekannten, die dort versorgt werden. Die sollen in einem Haus versorgt werden, das auch sicher ist.

Und wenn immer, man hört ja das immer so, wir wissen eh, dass der Wahlkampf schon ausgebrochen ist in der Sozialdemokratischen Partei ... *(Abg. Kernstock: Also bitte! Das ist ein Blödsinn!)*

Aber wir wissen ja auch, wenn wir den Satz hören, die soziale Kälte, dann sage ich mir, was ist denn soziale Kälte? Wenn ich mich um ein Spital in dieser Größenordnung nicht wirklich kümmere? Für mich ist soziale Wärme wenn ich die Missstände beseitige und für mich ist soziale Wärme wenn ich mich um die Sorgen der Menschen in unserer Region annehme! *(Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Gartner: Ein Nestbeschmutzer bist du!)*

Und die Volkspartei Niederösterreich, sprich Landeshauptmann Pröll mit seiner Regierung, wird sich um die Sorgen und die Missstände annehmen! *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Tu dich nicht aufregen wenn ich die Wahrheit sage! Wir werden uns um die Sorgen annehmen und wir werden sie auch lösen. Und wenn wir in ein paar Jahren wieder reden, dann wirst sehen, dann ist das Landeskrankenhaus St. Pölten ein Schmuckstück! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Rosenmaier das Wort.

**Abg. Rosenmaier (SPÖ):** Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe heute die Aufgabe, etwas über den Rechnungshofbericht, über Teilgebiete der Stadt Wr. Neustadt zu erzählen. Ein Bericht, welcher in Zahlen gefasst und mit Fakten untermauert, die wirklich äußerst brisante Situation der Stadt Wr. Neustadt widerspiegelt. *(Abg. Dr. Prober: Das ist ja noch ärger!)*

Aber Kollege, wenn man sagt „ist noch ärger“, ist das nicht der Sinn und Zweck dass man eigentlich nur alles arg sprechen und alles schlecht machen soll. Hör mir ein bisschen zu. Schauen wir uns das an und dass da gewisse Dinge in Wr. Neustadt

nicht in Ordnung sind wissen wir eh und genau deswegen rede ich jetzt ja eigentlich.

Der Rechnungshof hat im Besonderen die finanzielle Lage, das Personal, Verwaltungsreform, Vergabewesen im Baubereich sowie die Abwicklung von Projekten geprüft und ist eigentlich zu einem wirklich sehr ernüchternden Ergebnis gekommen. Denn sofortiges Gegensteuern der Verantwortlichen ist eine Notwendigkeit und vor allem auch das Gebot der Stunde.

Schuldzuweisungen und Diffamierungen sind zur Zeit weder hilfreich, aber auch nicht unterstützend. Parteipolitisch motiviertes Anpatzen von Einzelpersonen um politisches Kleingeld auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger zu wechseln finde ich zum gegebenen Zeitpunkt wirklich nicht hilfreich, völlig falsch, ja sogar unmoralisch.

Faktum ist auch, dass der ordentliche Haushalt der Stadt Wr. Neustadt bereits seit 2002 nicht mehr ausgeglichen war. Der Grund dafür war, dass der Stadt zu diesem Zeitpunkt keine liquiden Mittel mehr zur Verfügung standen, dadurch stiegen die Schulden natürlich kontinuierlich an. Durch die Ausgliederung der eigenen Wr. Neustädter Stadtwerke und Kommunalservice GmbH konnte dieser Trend für das Jahr 2003 kurzzeitig gestoppt werden. Jedoch die Folgejahre 2004 und 2005 brachten der Stadt eine weitere Verschuldung. Und das in einer Größenordnung von nunmehr nahezu 195 Millionen Euro.

Der stetige Anstieg durch zusätzliches Personal, die versäumte Anpassung des Mietzinses sowie die Auflösung der Rücklagen und eine nicht erkennbare Organisationsstraffung haben eindeutig zu der derzeitigen prekären Situation natürlich beigetragen.

Interessant sind jedoch auch die Zahlen für die Spitalsaufwendungen. Wenn man das Jahr 2002 hernimmt, wonach Ausgaben getätigt wurden in der Größenordnung von 11,365.000. Bereits im Jahr 2003 16,493.000. Das ist ein Plus von 5,128.000. Im Jahr 2004 gab es ebenfalls eine Steigerung auf 19,261.000. Das ist ein Plus von 2,767.000. Und 2005 fast ein Quantensprung auf 28,977.000. Das ist ein Plus von 9,715.000.

Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Insgesamt gab es in den letzten drei Jahren dadurch eine Zusatzbelastung von über 17,611.000 Euro. Und das ist wirklich eine Größenordnung die für niemanden verkraftbar ist. Und damit, sehr geehrte Damen und Herren, glaube ich,

ist es für jeden rasch ersichtlich und auch erkennbar, dass die Hauptursache der rasanten Verschuldung und der enormen Kostenexplosion natürlich im Krankenhaus zu suchen ist. Und wenn der Kollege Grandl von Aushungern gesprochen hat, ich glaube, Aushungern hat eine Gemeinde noch nie irgendwas wollen. Weder einen Kindergarten, noch Schulen und schon gar nicht ein Spital. Da muss man ganz einfach sagen, dass ein bisschen zu wenig Geld im System ist. Da muss man auch Klartext und klare Worte sprechen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Solange diese Spitalerhaltung mit so wenig Geld ausgestattet ist, wird sich das auch in Zukunft nicht ändern oder ändern können. Die Feststellung der Aufsichtsbehörde, dass im Zuge der Gebarungseinschau Differenzen zwischen der in der Buchhaltung ausgewiesenen Saldi der einzelnen Zahlungswege und der Stände auf den Girokonten bestehen, ist unumstritten. Ist so. Die Anregung der Aufsichtsbehörde, im Zeitalter moderner Datenverarbeitungsprogramme diese auch entsprechend einzusetzen ist völlig in Ordnung und ist auch zur Zeit in der Umsetzungsphase.

Jedoch gegen den Begriff händische Manipulation, so wie es im Bericht steht, verwehren wir uns. Denn hier könnte von Außenstehenden durchaus die Meinung, unrechtmäßiger Handhabung, ja sogar eine Teilkriminalisierung herausgelesen werden. Und das, liebe Damen und Herren des Hohen Hauses, ist für mich gesehen unmoralisch.

Ich möchte hier sehr deutlich zur Kenntnis bringen, dass nachweislich trotz der im Bericht angeführten Probleme, welche es auch nicht gilt sie zu beschönigen, kein einziger Cent tatsächlich abhanden gekommen ist. Und das ist das Ausschlaggebende. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hier handelt es sich schlichtweg um ein äußerst ungeschicktes und natürlich der Zeit nicht entsprechendes Darstellungsproblem, welches bereits einer Lösung zugeführt ist. Dem Vorwurf, die Stadt hätte der finanziellen Entwicklung viel zu spät Rechnung getragen, kann so nicht zugestimmt werden, denn es sind eine Vielzahl von Maßnahmen bereits gesetzt worden.

Die rasante Entwicklung in manchen Bereichen wie zum Beispiel der Gesundheitsfinanzierung war jedoch auch bei pessimistischster Bewertung in dieser Größenordnung von niemandem voraussehbar. Letztendlich sind ja die Rechnungsabschlüsse auch dem Bundesrechnungshof zur Verfügung gestellt worden. Auch hier gab es Erstaunen.

Dass die Stadt reagiert hat bestätigt die im Bericht erwähnte Einsetzung eines Lenkungsausschusses zum Thema Produkte bereits ab dem Jahr 2004. Die Stadt Wr. Neustadt zählt zu den wenigen Städten in dieser Größenordnung, die über einen flächendeckenden Produktkatalog verfügen. Bereits im Budget 2006 hat der Produktsatz deutlich seinen Niederschlag gefunden. Hier wurden Maßnahmen zwischen Politik und natürlich auch der Verwaltung abgestimmt, welche alleine im Jahr 2006 Einsparungen von rund 22 Millionen Euro erwirtschaften sollen.

Mehr als 250 Maßnahmen wurden vorgeschlagen und werden auch umgesetzt werden. 175 Dienstposten sollen auf Basis 2005 reduziert werden und um ein zweites, großes Beispiel anzuführen: Ab 2004 gibt es natürlich einen Aufnahmestopp. Ausnahmefälle natürlich bei Schlüsselpositionen. Ich glaube, das ist auch verständlich.

Um notwendigen Einsparungen und Kürzungen nicht nur mit den Worten - Wasser predigen und Wein trinken - zu begegnen, wurden, so wie im Prüfbericht des Landes Niederösterreich gefordert aber auch aus Solidarität, aber vor allem auch aus moralischen Gründen, die Bezüge der Mitglieder des Gemeinderates mit Wirkung 1. Jänner 2006 um 5 Prozent, und das sind insgesamt immerhin 49.000 Euro im Jahr, gekürzt.

Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Sehen wir diese schwierige Situation als Herausforderung für eine gemeinsame Zukunft an. In der Stadt Wr. Neustadt hat sich politisch eine neue Ära aufgetan. Bürgermeisterin Traude Dierdorf ist zwar finanziell in ihrer Heimatstadt gescheitert, aber sicherlich nicht im Sozialbereich und schon gar nicht als Mensch. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für Traude Dierdorf sind eben arbeitslose Menschen, sind Bedürftige über wirtschaftlicher Notwendigkeit gestanden. Sie ist nunmehr in den politischen Ruhestand getreten. Eine neue Generation hat damit die Verantwortung übernommen. Diese neue Generation unter Bürgermeister Bernhard Müller hat unter Miteinbeziehung aller Fraktionen ihrerseits den Willen zur Zusammenarbeit, aber vor allem zur Lösung der Probleme der Stadt bekundet. Und ich glaube, das ist allemal Grund genug um auch Unterstützung angeheißen zu lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Diese Unterstützung fordere ich in dieser wirklich schwierigen Situation natürlich für Wr. Neustadt ein. Für mich gesehen hat der Herr Landeshauptmann das Versprechen für diese Unterstützung ja bereits am

Wahlabend der Landtagswahl 2003 abgegeben. Bei geschlagener Wahl bekundete ein über den Wahlausgang zu Recht erfreuter Landeshauptmann unter anderem für mich zwei ganz, ganz wichtige Aussagen. Ich darf zitieren: Wir werden dieses großartige Wahlergebnis in Demut tragen. Und ein zweiter Satz, der mich auch fasziniert hat, den er immer wieder verwendet: Für mich zählt in Niederösterreich nur eines, das sind die Farben blau und gelb.

Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich darf nun davon ausgehen, dass die Worte des Herrn Landeshauptmannes Dr. Erwin Pröll auch Gültigkeit für die Mitglieder des Landtages der ÖVP Niederösterreich haben. Und damit, so meine ich, gibt es nichts mehr hinzuzufügen und es steht einer gemeinsamen Anstrengung zur Gesundung der zur Zeit finanziell angeschlagenen Stadt eigentlich auch schon gar nichts mehr im Wege. In diesem Sinne auf ein Gemeinsames und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber am Wort.

**Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich erlaube mir im ersten Teil kurz noch auf den Kollegen Grandl zu replizieren. Es ist ziemlich traurig, Kollege Grandl, dass Sie das noch immer nicht verinnerlicht haben worum es geht in Niederösterreich. Wir sind, und ich glaube, einstimmig, dazu gekommen, dass wir eine Holdingstruktur wollen. Wir sind einstimmig dazu übergegangen, dass es Sinn macht, dass die Spitäler in Niederösterreich aus einer Hand gesteuert, zwar strategisch und operativ geführt werden. Da waren wir uns einig. Und Sie stehen da heraußen und mit einer diebischen Freude sagen Sie Ihren Regierungspartnern wieder, wie schlecht sie das in St. Pölten gemacht haben. *(Abg. Grandl: Die Stadt ist ja keine Regierungspartei! Das ist ja ein Unterschied!)*

Da müssen Sie auch dazu sagen, was die Rahmenbedingungen damals waren. Das bestätigt ja umso mehr, dass es nicht Aufgabe einer Kommune ist, Aufgabe einer Stadt, ohne dass das im Finanzausgleich richtig abgegolten wird ein Zentralklinikum zu betreiben. Und so zu tun, und das gehört auch einmal richtig gestellt: Wenn Sie von einem „wir“ sprechen, dann meinen Sie die ÖVP Niederösterreich, nehme ich an. Denn Sie sind

nicht das Land Niederösterreich, Kollege Grandl. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Gartner: Gottseidank!)*

Und wenn die ÖVP Niederösterreich davon spricht, dass das Land Niederösterreich keine Ahnung hätte was in St. Pölten war, Entschuldigung, im NÖGUS, überall hat man gewusst, man weiß genau, wie, welches Spital zu jedem Zeitpunkt angeschaut hat, geführt wurde. Das ist ja in engster Kooperation auch wegen der Investitionen abgeführt worden. Also man kann sich nicht aus der Affäre stehlen und sagen pfui, pfui, pfui, die Stadtregierung in St. Pölten hat das alles falsch gemacht. Und ich sehe das jetzt einmal ganz nüchtern wirklich von eben aus grüner Sicht. *(Abg. Grandl: Das bestätigen ja sogar die Grünen!)* Nein! Mir hängt das oben 'raus. Sie glauben immer, Sie haben die Weisheit irgendwo mit dem Löffel gefressen und haben dann noch die Frechheit, so Worte wie soziale Kälte, Worte wie soziale Kälte in den Mund nehmen. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Das meinen nur Sie! Nehmen Sie das zurück!)*

Jetzt sage ich Ihnen eines, Kollege Grandl: Sie sagen, es ist soziale Kälte, eine Stadt auszu hungern. Sie sagen, es ist soziale Wärme - da haben Sie wieder das „wir“ benützt, ich nehme an, die ÖVP Niederösterreich war gemeint - Missstände zu beseitigen. Und Sie, da ist dann auch der Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll ins Spiel gekommen, sorgen um die Menschen und wir wissen, was die Menschen im Land brauchen. Und jetzt drehen wir das um. Mit derselben Argumentation sage ich Ihnen, das ist soziale Kälte - ich führe jetzt Ihre Argumentationskette weiter - es ist soziale Kälte, wenn die ÖVP Niederösterreich weiterhin ein Politikum daraus macht, dass die Spitäler Neunkirchen und Wr. Neustadt nicht ans Land geführt werden. Das haben Sie zu verantworten! Und es ist der Bericht da, wie es um die Lage steht ... *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Prober. - Unruhe bei der ÖVP.)* Das ist aber von Herrn Landesrat Sobotka mehrmals gesagt worden. Das ist ziemlich klar, er will es nicht. Man sieht die Landtagswahl 2008 und hungert den Süden im Industrieviertel aus. Das sind die Fakten. Und das ist ein mieses Politikum! *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber vielleicht verstehen Sie irgendwann worum es wirklich geht für die Patientinnen und Patienten, Kollege Grandl. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Was Sie alles wissen!)* Nein, ich weiß leider nicht alles, aber ich lass mir auch was sagen im Unterschied vielleicht zu anderen.

Nun zum Rechnungshofbericht betreffend ECO PLUS, der Wirtschaftsagentur Niederöster-

reich. Ja, es stimmt, die ECO PLUS ist nicht irgendein Unternehmen, sondern ist die niederösterreichische Wirtschaftsagentur. Wir reden von einer Agentur, die immerhin eine Bilanzsumme von 165 Millionen Euro hat. Das ist ziemlich groß und da braucht man auch einen gewissen operativen Rahmen um das abführen zu können.

Eines, und das hängt auch heute mit der Aktuellen Stunde zusammen, die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wenn man den Bericht anschaut, dann stolpert man darüber, dass seit 1998 die ECO PLUS keine Koppelung der Arbeitsplätze an den Flächenverbrauch mehr machte. Also, da hat es eine gewisse Rechnung gegeben. Dann haben wir gesagt, nein, das geht nicht. Man muss da immer so einzeln verhandeln und das sind unterschiedliche Bedürfnisse der sich niederlassenden Unternehmungen. Sage ich, puh, ist das die Wirtschaftspolitik, die Niederösterreich wirklich möchte? Wenn man Investitionen haben will von Privaten? Das unterstützt wird in irgendeiner Weise von ECO PLUS, weil jetzt müssten wir ins Detail gehen bei ECO PLUS, ja, dann ist doch ganz klar, dass sich das in Arbeitsplätzen ummünzen muss. Nicht will, sondern muss.

Ich würde mir das überlegen in der Landesregierung, dass man dem noch einmal nachgibt, auch angesichts der Lage die nicht so rosig ist wie heute von ÖVP-Mandatarinnen und Mandataren dargestellt wurde. Der Kollege Thumpser hat's wirklich auf den Punkt gebracht.

*(Dritter Präsident Ing. Penz übernimmt den Vorsitz.)*

Wenn wir uns die Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze anschauen, dann sind wir weit davon weg dass es stimmt, im Bereich der Vollerwerbs ... wie heißt das?

Aber dass wir Äquivalente brauchen, da sind wir Schlusslicht. Das sind alles billige sozusagen Working poor-Jobs geworden. Und da braucht man sich nicht rühmen, da muss man auch sagen was wirklich die Faktenlage ist. *(Abg. Hinterholzer: Es gibt aber auch Leute, die arbeiten gern halbtags!)*

Aber eines ist eben auch so, wie wir heute kritisiert haben was Alfred Riedl betrifft in der Förderung rund um Toni Mörwald. So wird es kritisiert vom Rechnungshof, dass es ungeniert eine klassische Unvereinbarkeit in der Form von Landeshauptmannvize Ernest Gabmann gibt, der sich selber in Person des Vorsitzenden der Generalversammlung und im Aufsichtsrat selber entlastet. Also das muss nicht sein in einer Wirtschaftsagentur des

Landes mit einer Bilanzsumme von 165 Millionen. Das ist peinlich! *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Erklärung war ja dann die, dass das ein bisschen kompliziert ist. Ja, das ist immer kompliziert. Wenn man das so beiseite schafft und 'raus schafft aus der Demokratie ist schwierig, und eine Agentur macht oder eine GmbH macht oder sonst was, dann ist das schon schwierig das zu verlinken mit demokratiepolitischen Prozessen. Aber das wird eben die Kunst sein das zu tun. Und wir meinen, das gehört wirklich raschest auch eigentlich zum Schutz für das Regierungsmitglied abgeschafft und bringen daher einen Resolutionsantrag ein, der begründet wird wie eben von mir dargestellt *(liest:)*

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Dr. Petrovic, Mag. Fasan und Weiderbauer zum Verhandlungsgegenstand Ltg. 559/B-2/8, Bericht des Rechnungshofes über ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH; Nationalpark Donau-Auen GmbH; Teilgebiete der Gebarung im Land Niederösterreich; St. Pölten: Personal, Organisation, Informationstechnologie.

In seinem Bericht zu ‚ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH‘ kritisiert der Bundesrechnungshof eine Interessenskollision durch eine Personalunion von LR Ernest Gabmann, der sowohl als Vorsitzender des Aufsichtsrates tätig ist als auch das Land als einziger Eigentümervertreter in der Generalversammlung vertritt:

„8.1 Das für Wirtschaft, Technologie und Tourismus zuständige Mitglied der Landesregierung war im überprüften Zeitraum als Vorsitzender des Aufsichtsrates tätig und vertrat das Land als einzigen Gesellschafter in den Generalversammlungen. Da sowohl die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder als auch die Entlastung des Aufsichtsrates der Beschlussfassung durch die Generalversammlung unterliegen, wählte sich der Landesrat als Vertreter des Landes in der Generalversammlung selbst in den Aufsichtsrat bzw. beschloss seine eigene Entlastung.

8.2 Der RH empfahl, Interessenskollisionen bei Organbesetzungen zu vermeiden.

8.3 Laut Stellungnahme der Landesregierung müsste bei strenger Auslegung der Unvereinbarkeitsbestimmungen eine mit der Tätigkeit der ecoplus nicht vertraute Person die Rechte des Gesellschafters wahrnehmen. Da dies jedoch keine befriedigende Lösung darstellte, sei die Interessenskollision in Kauf genommen worden.

8.4 Der RH entgegnete, dass die Empfehlung vor allem auf dem Gedanken beruhte, dass niemand Richter in eigener Sache sein soll. Diese Überlegung liegt allen Befangenheitsregelungen zugrunde und sollte zumindest bei der Fassung des Entlastungsbeschlusses beachtet werden.'

Die ecoplus ist nicht irgendein Unternehmen, sondern Niederösterreichs Wirtschaftsagentur. Allein schon die Bilanzsumme von 165,44 Mio. Euro und das Anlagevermögen von 133,05 Mio. Euro (jeweils im Jahr 2004) zeigt hinreichend die Notwendigkeit von Strukturen, die eine tatsächliche und effiziente Kontrolle garantieren. Eine Interessenskollision ist hier auszuschließen und darf keinesfalls – wie offenbar von der NÖ Landesregierung – sehenden Auges ‚in Kauf genommen werden‘.

Die Gefertigten stellen daher gem. § 60 LGO folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung möge die notwendigen Schritte setzen, etwa durch Adaptierungen des Gesellschaftsvertrages, einer Änderung der Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung oder – sollten gesetzliche Änderungen erfolgreich sein – durch Vorlage eines Gesetzesentwurfs, damit die vom Bundesrechnungshof kritisierte Interessenskollision des zuständigen Mitgliedes der Landesregierung in der ecoplus als Vorsitzender des Aufsichtsrates und als alleiniger Vertreter des Landes in der Generalversammlung beseitigt wird.“

Wir ersuchen um Annahme um das zu korrigieren, damit die Optik wieder stimmt. Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Kadenbach.

**Abg. Kadenbach (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Wertes Hohes Haus!

Punkte Rechnungshofbericht, würde ich mich freuen, wenn hier in der Diskussion das stattfinden würde, wofür uns die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ihr Vertrauen geschenkt haben. Wir sind hierher berufen worden in dieses Hohe Haus um diese Berichte ernst zu nehmen, aus diesen Berichten zu lernen, aus diesen Berichten für die Zukunft Verbesserungen, Effizienzsteigerungen abzuleiten.

Wir tun ganz sicher der Arbeit des Rechnungshofes sowohl auf Bundesebene wie auf Lan-

desebene Unrecht wenn wir einfach glauben, dass das, was hier in Worte gefasst wurde, als Munition für billige Faschingsveranstaltungen dienen soll. Ich darf mich beim Herrn Landesrechnungshofdirektor Dr. Schoiber und seinem Team dafür bedanken, dass sie diese Prüfungen sehr gewissenhaft und sicher nicht in der Absicht, hier einfach für eine Partei politische Munition für eine Faschingsveranstaltung zu erarbeiten geschaffen haben. Es ist eine große Reihe von Anregungen. Es tut mir heute wirklich leid, dass der Kollege Grandl diese Gelegenheit heute dazu missbraucht hat, um genau das zu tun, was wir nämlich nicht wollen: Patienten zu verunsichern, Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zu verunsichern, die das größte Recht haben in unser Gesundheitssystem zu vertrauen. Und unsere Aufgabe ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sowohl auf finanzieller Ebene wie auf wissenschaftlicher Ebene Bestmögliches in Niederösterreich getan wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und heute so Bemerkungen erreichen ganz genau das Gegenteil.

Ich würde mir wünschen, dass du, lieber Kollege, diesen Rechnungshofbericht gelesen hättest bevor du dich zu Wort gemeldet hättest und nicht einfach eine Zusammenfassung eines Politagitors nimmst um hier ein paar Zeilen zu zitieren. *(Abg. Grandl: Ich habe ihn gelesen!)*

Denn in diesem Rechnungshofbericht, den du angeblich zitiert hast, steht ganz klar drinnen, dass das auf Grund der finanziellen Situation der Stadt St. Pölten, um das eine Beispiel herauszunehmen, nicht möglich war, diese Maßnahmen zu setzen. Und wenn hier in diesem Raum immer wieder gesagt wird, dass die Probleme, die wir in Niederösterreich im Moment im Gesundheitswesen haben, ganz allein darin liegen, dass die finanzielle Ausstattung nicht stimmt, dann haben wir das auch diesmal hier von unserer Landesregierung in Niederösterreich im Rechnungsbericht festgehalten. Lesen, dann darüber reden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein weiterer Punkt, wo ich ein großes Dankeschön sagen möchte weil ich glaube, das ist in Richtung einer effizienten und effektiven Landesverwaltung der richtige Schritt, sind die periodischen Mitarbeitergespräche, die in Niederösterreich in der Landesverwaltung durchgeführt werden. Eine Reihe der Anregungen des Rechnungshofberichtes sollten sehr schnell umgesetzt werden. Und wir haben hier ja auch die Absichtserklärung des Herrn Landeshauptmannes es zu tun. Denn es kommen im Moment nur zirka 15 bis 20 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in den Genuss dieser Mitarbeitergespräche. Was soll damit er-

reicht werden. Es ist nicht nur ein Managementinstrument das es gilt umzusetzen weil es gerade schick ist. Sondern es ist eine Möglichkeit, gerade in Zeiten in diesen, in denen wir im Sinne der Verwaltungsreform auch Personal abbauen müssen, in denen es zu einer Verschlinkung des Systems kommt, dass wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Sicherheit geben, die sie am Arbeitsplatz brauchen.

Dass wir sie mit den finanziellen Möglichkeiten ausstatten. Und dass wir, und das ist ganz wichtig, ihnen ganz genaue Ziele geben, mit ihnen diese Ziele auf ihre Umsetzbarkeit überprüfen. Dass wir all das dokumentieren, denn das wird hier klar aufgezeigt, dass das in sehr vielen Fällen nicht passiert. Wir haben gerade einmal 30 Prozent wo klare Zieldefinitionen verlangt werden, die dann auch wieder überprüft werden können. Wenn das nicht stattfindet, führen sich die Mitarbeitergespräche ad absurdum. Das wollen wir ja nicht.

Das heißt, ich darf ersuchen, dass in diesem Bereich der eingeschlagene Weg fortgesetzt wird. Weil er ist sicher der richtige Weg um auf der einen Seite motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung zu haben und auf der anderen Seite eine Verwaltung zu haben, die auch so gering wie möglich das Budget belastet.

Ein weiterer Bericht zu dem ich ganz kurz Stellung nehmen möchte, ist eigentlich auch nur ein Satz. Auch noch mal zum Kollegen Grandl. Ich lade dich auch ein, vielleicht zumindest die Zusammenfassung vom Bericht der Bezirkshauptmannschaft Wien-Umgebung zu lesen. Mit den Ausschreibungen, das ist immer ein bisschen schwierig, haben wir festgestellt. Das dürfte auch bei anderen Dienststellen vorkommen. Das heißt, da ist sicher ein Bedarf gegeben, das in Zukunft strenger zu kontrollieren.

Ganz kurz noch zum Bereich ECO PLUS. Wir haben hier mit einer Gesellschaft in Niederösterreich, die einen ganz großen, wesentlichen und wichtigen Auftrag für den Standort und vor allem für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich hat. Und darum macht es mich jedes Mal wieder betroffen wenn dann die Verantwortlichen da heraußen stehen und nach einem derartigen Rechnungshofbericht noch immer so tun als wäre alles eitel Wonne und Sonnenschein. Hier sind eine Reihe von Anregungen des Bundesrechnungshofs. Und es lässt sich vielleicht ein bisschen Systematik erkennen, weil die Anmerkungen des Landesrechnungshofes, was die Landesverwaltung betrifft, ähnlich sind. Es fehlt in vielen Bereichen an klaren Zieldefinitionen und der Überprüfung der Ziele. Es

nützen die schönsten Worte und strategischen Zettel nichts, wenn darin nicht klar messbar Penchmarks festgehalten werden. Wenn nicht klar gesagt wird, was ich wann wie erreichen will. Und wenn ich auch nicht definiere, wie ich diese Ziele überprüfe.

Wer sich die Mühe macht, ein bisschen im Internet alleine die Zahlen zu vergleichen, die wir angeblich in den letzten Jahren an Arbeitsplätzen mit der ECO PLUS ins Land geholt haben, der glaubt wirklich, er hat ein Bingo, oder wo gibt's viele Zahlen? Es ist nichts nachvollziehbar! Einmal sind es 3.700 geschaffene, das nächste Mal sind es 4.300 geschaffene und gesicherte. Also es gibt keine Vergleichsmöglichkeiten. Das wird auch hier im Bericht so festgehalten, dass hier doch relativ locker mit den Zahlen umgegangen wird. Es ist nicht wirklich nachweisbar, wo diese Arbeitsplätze alle herkommen, wie lange sie halten, wie die Betriebe akquiriert wurden. Und es ist auch in keinsten Weise festzustellen, warum zum Beispiel eine Reihe von Projekten nicht umgesetzt wurde. Wir haben sehr, sehr viele Projektbeginne. Wir haben einige umgesetzte Projekte. Und es ist zumindest dem Bundesrechnungshof nicht gelungen, bei allen Projekten, die nicht umgesetzt wurden, auch nachzuvollziehen warum es nicht gelang. Und ich denke, eine gute Projektdokumentation würde da in Zukunft sehr viel Zeit und Geld sparen.

Standortqualität Niederösterreich! Wir haben heute wieder den Begriff „Top“ gehört. Aber es waren nicht die Top ten. Was mich nicht sehr wundert. Wir haben jahrelang in Niederösterreich von diesem Tisch hier oder aus den Medien davon gehört, dass wir auf dem besten Weg unterwegs sind in Richtung Top ten-Region. Wir haben das 2003 noch öfter gehört vom Herrn Landeshauptmann himself. Wir haben es ab 2004 dann nur mehr von Herrn Sobotka gehört. Und heute ist es mit dem „Top“ noch einmal auch von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gabmann in den Mund genommen worden. Es ist ziemlich klar, warum die Top ten-Region nicht mehr strapaziert wird.

Es gab im letzten Jahr eine Untersuchung, die dann im Managementmagazin verkündet wurde, unter den 1.207 EU-Regionen. Und ich zitiere jetzt eine Presseaussendung. In der Aussendung der NLK steht: Zitat Landeshauptmann Dr. Pröll: Fünf niederösterreichische Regionen befinden sich laut diesem Magazin unter den Top 20. Zwei sogar unter den Top 10. So Pröll.

Im Vorfeld ist die ganze Zeit von 1.207 Regionen in Europa die Rede. Das heißt, wir als stolze Niederösterreicher, die da vielleicht nicht weiter

nachforschen, gehen davon aus, dass fünf niederösterreichische Regionen unter den Top 20 Europas sind, unter den Top 1.207. Und das würde uns mit großem Stolz erfüllen. Weitere zwei sogar unter den Top 10.

Nur, wer sich dann die Mühe macht, diese Statistik wirklich anzuschauen, wird feststellen, hoppala, so ist das gar nicht. Hier wurden nur die österreichischen gezählt. Unter den österreichischen befinden wir uns mit Niederösterreich mit zwei Regionen unter den Top ten Österreichs, und zwar mit der Region St. Pölten und mit der Region Weinviertel.

International, jetzt im Vergleich zu den 1.207 befinden wir uns mit dem Spitzenplatz St. Pölten auf Platz 79. Alles andere folgt dahinter. Das heißt, wir können stolz darauf sein, unter die Top hundert gekommen zu sein, recht knapp aber doch noch. Und ich denke, im Sinne des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich und aller seiner Beschäftigten in Niederösterreich, der Einwohnerinnen von Niederösterreich, ist an der Lebensqualität noch einiges zu tun. Die ECO PLUS wäre eine Möglichkeit das zu tun. Aber man müsste sich vielleicht mit den Zielen und mit den Zielerfüllungen etwas konkreter auseinander setzen. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Maier zu Wort.

**Abg. Maier (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf mich in meinen Ausführungen dem Rechnungshofbericht zur Stadt Krems, den Bereichen Stadtentwicklung und Stadtplanung und Kunsthalle widmen. Ich möchte aber vorher noch ganz kurz auf die Aussagen der Frau Abgeordneten Kadenbach eingehen. Der Herr Abgeordnete Grandl, dass kann ich Ihnen versichern, hat den Bericht sehr gut gelesen. Und es geht hier nicht darum, dass hier irgend jemand Patienten verunsichern möchte. Nur, die Ergebnisse des Berichtes verunsichern anscheinend die SPÖ, und das zu Recht. *(Unruhe bei der SPÖ. – Abg. Gartner: Er liest ja nur den Bauernbündler!)*

Denn das Ergebnis ist eine Abhandlung der Arbeit der SPÖ St. Pölten, was man bisher mit dem Krankenhaus gemacht hat. Und das ist nicht sehr rosig. Und der Herr Abgeordnete Grandl hat nicht die Patienten verunsichert, sondern anscheinend eher Sie. *(Abg. Thumpser: Das ist nicht einmal deinen Leuten einen Applaus wert!)*

Nun aber zur Stadt Krems, zur Stadtplanung, Stadtentwicklung. Prüfung war im September/Oktober 2004. Persönlich für mich ein sehr interessanter Bericht der Stadtentwicklung und Stadtplanung, des Projektes in Krems. Da ein Flächenwidmungsplan aus dem Jahr 1976 mit bisher insgesamt 40 Änderungsverfahren natürlich nach einem Stadtentwicklungskonzept schreit und dass sich der Rechnungshof damit beschäftigt hat, das ist eine durchaus dienliche Sache, die auch, glaube ich, auch der Stadt Krems zur Evaluierung der einzelnen Ergebnisse dient.

Selbst bin ich auch Stadtrat für Stadtentwicklung in Horn und kann mich daher mit dieser Thematik sehr gut anfreunden. Wenn man den Schwerpunkt der Stadtentwicklung in Krems betrachtet und hier die Stadtentwicklung, die Stadterneuerung, die Altstadterhaltung, die zentrale Punkte dieses Stadtentwicklungsprojektes sind, dann merkt man im Bericht auch, dass hier gute Wege, langjährige Wege und ein langfristiges Konzept verfolgt werden.

Der Bericht umfasst die Grundlagenforschung, die Ablaufschritte des Projektes bzw. den digitalen Flächenwidmungsplan, der erstellt werden soll sowie die Erstellung des örtlichen Entwicklungskonzeptes. Das gesamte Konzept für alle Stadtteile soll bis zirka Ende oder Herbst 2006 erstellt sein. Somit kann man diesen Bericht als Zwischenbericht ansehen und viele dieser Anmerkungen, die hier leichte Kritik sehen lassen, auch bereits als erledigt ansehen.

Wer sich mit einem Stadtentwicklungskonzept schon einmal beschäftigt hat, der weiß, dass dieses ein mehrjähriges ist und somit auch budgetär mehrjährig aufgeteilt wird. Es ist ja nicht unbedingt billig und sehr umfangreich. Daher kann ich die Umsetzung auf mehrere Jahre, und natürlich auch Budgetansätze, wie es in Krems passiert ist, nur unterstreichen und habe vollstes Verständnis dafür.

Der Kritik des Rechnungshofes an der mangelnden Erhebung der Grünlandbauten ist mittlerweile erledigt bzw. ist in Umsetzung. Schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichtes hat sich die Stadt Krems darum bemüht. Allerdings sind die entsprechenden Abteilungen auch an personelle Grenzen gestoßen und müssen dementsprechend noch einige Zeit daran arbeiten. Bisher wurden 1.215 Grünlandbauten erhoben, davon 830 baubehördlich erfasst. Der offene Teil sollte bis Ende 2006, sprich bis zur Abwicklung des Stadt-

entwicklungskonzeptes auch erledigt sein und baubehördlich somit dann auch erfasst bzw. dementsprechend mit Bescheiden geahndet bzw. Amnestie ausgesprochen sein.

Ein wesentliches Augenmerk kommt in dem Bereich auch dem Kapitel der Kenntlichmachung der Überflutungsgebiete im Flächenwidmungsplan zu. Auch das ist ein Bereich der im Stadtentwicklungskonzept besonderes Augenmerk findet. Und auch hier glaube ich, dass mit Herbst 2006 dieser leichten Kritik des Rechnungshofes ebenfalls Rechnung getragen wird bzw. nach Fertigstellung auch die Zufriedenheit des Rechnungshofes gegeben ist.

Der zweite Bereich des Berichtes widmet sich der Kunsthalle. Auch hier wurde im Jahr 2004 geprüft, in den Monaten April und Mai. Geprüft wurde die Gebarung der Kunstmeile Krems BetriebsgesmbH im Hinblick auf Kosten, Ausstellungen, Besucherzahlen und die Herausgabe von Katalogen. Von 1999 bis 2003 sind insgesamt 31 Ausstellungen in der Kunsthalle Krems, Kunstmeile, Kunsthalle passiert. Highlight an Besucherzahlen ist sicherlich das Jahr 2002. Der Grund ist ein Programm, das sich meines Wissens mit Russland beschäftigt hat. Merkbar allerdings in den Zahlen, wenn man den Bericht sich ansieht, ist auch, dass natürlich die Unterschiede in den Besucherzahlen mit der Qualität der Ausstellungen zu tun haben und natürlich mit der Qualität des Programms korrespondieren.

Dementsprechend entwickeln sich auch die Eintrittserlöse unterschiedlich. Kontinuität ist hier sicherlich in Zukunft erforderlich. Wirtschaftlich gesehen zeigt sich die Kunsthalle erfolgreich wie dies auch der Rechnungshof feststellt. Und auch der zweckmäßige Einsatz des Budgetierungs- und Kontrollsystems ist sehr vom Rechnungshof hervorgehoben.

Einzig bei der Gebarung mit den Ausstellungskatalogen wurde leichte Kritik angemerkt. Auch hier ist aber von der Betriebs GesmbH zugesagt und bin ich auch mit Sicherheit davon überzeugt, dass die Betriebs GesmbH hier nach einer neuen Gebarung sucht und den Absatzzahlen der letzten Jahren entsprechend auf die Zukunft eingehen wird.

Die Kunsthalle Krems zeigt sich immer als Fixpunkt im NÖ Kulturleben. Und insgesamt bestätigt der Rechnungshofbericht die Erfolgsgeschichte der Kunsthalle Krems. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Ich beginne mit dem Landeskrankenhaus St. Pölten. Ist ja schon sehr viel darüber gesagt worden. Ich möchte da schon eingangs festhalten: Wir sind genau wieder dort gelandet, wo wir schon so oft gesagt haben, dass wir dort nicht hin wollen. Zu diskutieren dann letztendlich, was ist besser, jetzt die Politik der ÖVP im Gesundheitsbereich als Krankenträger oder die der SPÖ. Und nur, weil es jetzt einmal da gegen die SPÖ geht, glaubt jetzt der Kollege Grandl, jetzt muss er gleich das benutzen, damit er dann auch hier sagt: Und wir werden das jetzt besser machen. Er hat mit mir, da hat er ja das Land und damit die ÖVP gemeint. Eines kann ich dir schon sagen: Ihr habt die Mehrheit in diesem Landtag. Aber das Land Niederösterreich gehört euch Gottseidank nicht. *(Beifall bei Abg. Razborcan. – Abg. Grandl: Eh nicht! Habe ich nie behauptet!)*

Aber du redest da so. Du müsstest dich hören, wie du gesprochen hast. Das Land Niederösterreich ist frei. Hättet es ihr, wäre es ein kommunistischer Staat. *(Abg. Moser: Vernünftig wirtschaften muss man!)*

Gottseidank handelt es sich hier um eine Demokratie und das soll es auch bleiben. Wir werden die Möglichkeit haben, in einigen Jahren auf Grund eines Rechnungshofberichtes wieder zu schauen ob es dann wirklich besser geworden ist. Ich hoffe, dass die Verfehlungen, die aufgezeigt wurden, sich ändern. Aber man soll es nicht so machen wie wenn es woanders nichts gäbe. Weil ich komm, nachdem ich jetzt gesprochen habe, dann zur Bezirkshauptmannschaft Wien-Umgebung und man kann es sich im Detail anschauen. Es gibt leider Gottes halt Verfehlungen da und dort. Und wenn ich jetzt als einer, der ständig normalerweise sehr gerne kritisiert, da aber trotzdem ...

Ich möchte das Ziel sehen. Und das Ziel ist der Patient. Und da soll man doch nicht wirklich wieder in die alte Leier verfallen dass man darüber diskutiert, wer macht die bessere Gesundheitspolitik. Weil eines ist klar, gerade hier in der Landeshauptstadt: Dem Patienten ist es wirklich egal! Der Patient möchte dass er wirklich eine total gute Versorgung hat, dass medizinisch alles in Ordnung ist. Natürlich gehört aufgezeigt, und das macht der Rechnungshof sehr gut, dass auch eine Brandtür, dass Sicherheitsbestimmungen eingehalten wer-

den. Das ist ja ganz klar. Für das gibt's den Rechnungshof und das soll man auch diskutieren. Aber man soll nicht in dem Zusammenhang dann gleich in so eine Gasse verfallen, lieber Kollege Grandl, dass das jetzt eindeutig eine Schuld der SPÖ ist und dass es das bei der ÖVP nicht gäbe. Ich habe schon viel Zeit, aber so viel Zeit habe ich nicht, dass ich alle Verfehlungen der ÖVP jetzt aufzählen werde. Das wäre nicht abendfüllend, das wäre wochenfüllend.

Und darum ... Die gibt's. Und ich habe einmal so einen Ausspruch getätigt wie ich gesagt habe, allein mit den vorbestraften Bürgermeistern könnten wir zwei Fußballmannschaften füllen. Aber da geht's jetzt eigentlich darum, dass wir über das Krankenhaus diskutieren. *(Abg. Grandl: Das könnt ihr nicht haben, weil ihr keine Bürgermeister habt!)*

Ja, aber es gibt sehr viele Bürgermeister, die sind Krankenhausträger. Und ich bin mir sicher, wenn ich jetzt ein bisschen nachblättern würde, würde ich auf Rechnungshofberichte kommen, wo ÖVP-Gemeinden Krankenhausträger waren, wo auch nicht immer alles in Ordnung war oder ist. Also man soll die Kirche im Dorf lassen. Und ich glaube, wenn wir uns dann darauf einigen, dass das Wichtigste ist, dass Gesundheitsvorsorge im Interesse der Patienten zu erledigen ist und dass man das gewährleisten soll dass das in Ordnung ist, und dann es da nicht um Parteipolitik geht, weil der Patient möchte diese Diskussion nicht.

Bei der Bezirkshauptmannschaft Wien-Umgebung wäre jetzt dies selbstverständlich der Anlass dass ich sage, na ja, gut, da hat man den Hickhack gemacht und hat jetzt der SPÖ vorgeworfen, wo ihr Verantwortung habt, ist ja eine Katastrophe. Ich mein', ihr macht mit der Ausschreibung ... Und da und dort und da. Bezirkshauptmannschaft Wien-Umgebung, nachdem wir wissen, dass alle Bezirkshauptmannschaften auch von den Bezirkshauptleuten und den –stellvertretern alle mit ÖVP besetzt sind – das ist halt so in dem Bundesland -, könnte man jetzt davon ausgehen, dass wir nicht behaupten werden, in Wien-Umgebung hat die SPÖ die Schuld. Also lassen wir das einmal. Auch diese Bezirkshauptmannschaft ist selbstverständlich in den Händen der ÖVP und hier trägt die ÖVP die alleinige Verantwortung.

Na, wenn ich mir das durchlese, ist es ja genauso schlimm. Nur natürlich sind dort nicht Patienten und natürlich ist das nicht unmittelbar so gefährdend, weil dort arbeiten Beamte, verrichten ihren Dienst, erlassen Bescheide und machen einen Bürgerverkehr. So wie es in Ordnung ist in einer Bezirkshauptmannschaft. Aber bei dem Um-

bau und bei dieser Generalanierung bis zu der Problematik, dass sogar auf das Ausländerbeschäftigungsgesetz nicht geachtet wurde. Und Verantwortung tragen aber dann schon Juristen dafür, muss ich schon sagen, dann ist das um keinen Deut besser wie das andere. *(Abg. Weninger, Abg. Gartner: Noch schlechter!)*

Na freilich! Es ist vom inhaltlichen schlechter. Aber man kann behaupten und kann sagen, in einem Krankenhaus, da geht's um den Patienten, da geht's um das Leben von Menschen. Und hier geht's halt um das wie halt hier Geld verschwendet wurde. Ich möchte es nur zum Beispiel nehmen, dass ich dir, lieber Kollege Grandl sag', wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen und schon gar nicht mit so großen wie du es gemacht hast. Weil sonst könntest selber in einem riesen Haufen von Scherben landen, die fallen die dann auf den Kopf und dann hilft dir nicht einmal mehr ein großer „Bauernbündler“ über dem Kopf.

Betreffend Mitarbeitergespräch in der Landesverwaltung hat die Kollegin Kadenbach einiges ausgeführt. Ich möchte auf Grund dessen hier nicht mehr im Detail darauf eingehen. Selbstverständlich möchte ich aber eingehen auf den Bundesrechnungshofbericht betreffend ECO PLUS. Und da muss ich der Kollegin Kadenbach Recht geben und auch der Kollegin Krismer. Auch der Antrag ist selbstverständlich berechtigt und die Kritik des Rechnungshofes ist berechtigt, dass es hier auf alle Fälle zu einer Befangenenheitsregelung ausartet. Und das ist ganz einfach so, dass das hier geändert werden muss. Weil es kann ja nicht jemand der Richter in eigener Sache sein.

Das sogenannte Zahlenspiel, Kollegin Kadenbach, das kennen wir ja in diesem Landtag schon seit Jahren. Da wird immer davon erzählt, wie viel Millionen für Arbeitsplatzsicherung investiert, wie viel tausende und abertausende Arbeitsplätze daraus gesichert und geschaffen werden. Und wir haben aber trotzdem die Problematik am Arbeitsmarkt. Heute hat ja beispielhaft der Zuständige in der ECO PLUS, Landeshauptmannstellvertreter, in der Aktuellen Stunde hier heraußen bei sämtlichen Aufzählungen von Betrieben wo man sich umhören kann wie gut das ist und danach auch bei den vielen Aktivitäten, wie viel Millionen insgesamt vom Tiefbau über den Hochbau, über Infrastrukturmaßnahmen und die damit verbundenen Arbeitsplätze – und ich habe mitgerechnet ein bisschen im Kopf und habe mitgeschrieben. Wenn man das zusammen gerechnet hätte, hätten wir plötzlich überhaupt keine 56.000 Arbeitslosen mehr in Niederösterreich. Wir hätten ein Plus! Wir müssten sofort sagen, hurra, bitte kommt, Leute, von

allen Bundesländern, wir brauchen euch. Weil wir sind so gut, wir haben das alles im Griff und das bringt so viel.

Und da ist es rechnerisch. Ja, rechnerische Zahlenspiele, und du kannst jetzt sagen was du willst: Wenn du mitgerechnet hättest wärest auch draufgekommen dass es schon ein Plus ist. Man streut den Menschen Sand in die Augen. Man macht es auch bei ECO PLUS so. Und das ist ja schön. Es hört sich bei einer Pressekonferenz ja total gut an wenn man sagt jetzt, soviel Millionen werden jetzt – Grandl würde sagen von uns und damit vom Land und von der ÖVP, weil das Land sind ja wir – werden jetzt investieren. Und jetzt gibt's 1.200 neue Arbeitsplätze. Schön und gut. Es gibt aber keine Kontrolle. Wie viele Arbeitsplätze sind jetzt wirklich bei diesem einen Projekt gesichert, geschaffen worden? Wie viele lang anhaltend? Und wer kontrolliert dann auch die Effizienz, bzw. was daran auch wieder an Förderungen verbunden war und wie schaut's letztendlich dann unterm Strich aus? Das gibt es nicht und daher, Kollegin Kadenbach, ist deine Kritik selbstverständlich nicht nur berechtigt, sondern hier würden wir uns schon erwarten in Zukunft, dass man das schon ein bisschen genauer hinterleuchten kann.

Es ist zu wenig hier mit Zahlen zu spielen. Sondern Niederösterreich hätte sich verdient, dass man auch weiß, was wirklich hinter Zahlen steckt, Fakten. Und dann könnte man auch nachvollziehen, wo dann wirklich die Arbeitslosigkeit herkommt. Weil so, jeder, der die Aktuelle Stunde gehört hat und hört den Gabmann, muss sich denken, in Niederösterreich ist nicht nur Vollbeschäftigung, sondern das AMS sperren wir zu. Wir brauchen es nicht mehr. Wir gehen alle zu ECO PLUS und zum Gabmann, weil dort, der steht und verteilt die Jobs. Da soviel Millionen, dort soviel Millionen, das sind 57 Arbeitsplätze, dort sind es 150, da sind es 1.200. Super, klass, alles in Ordnung. Ja, so ist es ja nicht! Die Realität spricht andere Sprachen!

Nationalpark Donauauen. Auch im Bundesrechnungshof. Dass die Abwicklung des Sonderbudgets umfassend reorganisiert gehört ist sicher ein Schwerpunkt in dieser Kritik. Und auch im Verantwortungsbereich und auch wieder bei den strategischen Zielen ist leider Gottes sehr wenig zu erfahren. Im Bereich der Gebarung von Niederösterreich, auch das, stehe ich selbstverständlich nicht an, möchte ich hier hervorheben, dass sich hier die Veranlagung der Wohnbauförderungsdarlehen letztendlich Gottseidank positiv entwickelt. Und dass bei der Hochwasserkatastrophe, wenn man es sich genau angeschaut hat, es leider so ist, dass viel mehr budgetiert war als tatsächlich

verbaut wurde, stellt man sich dann die Frage, wieso ist das wirklich so gewesen? War nicht mehr Schaden? Oder hat man sparen müssen? Geht aus diesem Bericht nicht hervor.

Es gibt im Bereich St. Pölten eine Kritik betreffend der Entlohnung von Bediensteten. Ja, muss man diskutieren. Aber glaube ich nicht, dass es das ist man jetzt hier darüber diskutieren ob Treuegeld und Mitarbeiterprämien gerecht sind, oder man sollte sie generell streichen. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass diese Dinge auch dort diskutiert werden wo sie hingehören, in St. Pölten. Und nachdem da bald Wahlen sind, nehme ich an, dass das einiges hergeben wird hier im Zuge der Wahlauseinandersetzung.

Ich möchte auch nicht sehr lange über den Bericht aus Wr. Neustadt sprechen. Es hat der Kollege Rosenmaier von der SPÖ, glaube ich, sehr im Detail hier beleuchtet. Und es gibt nichts zu beschönigen. Es gibt hier wirklich einen katastrophalen Zustand, egal ob den ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ zu verantworten hätten. Da gibt's nichts zum Schönreden. Das ist schlimm! Es ist schlimm für die Bevölkerung, weil ich natürlich weiß, dass letztendlich in so einer Situation auch die Bevölkerung wieder mitzahlen muss. Ob es über Gebühren ist, ob es über Erhöhungen ist, ob es teilweise über Leistungen ist, die sie weniger erhalten werden. Es ist so. Es ist schlimm.

Es gibt einen neuen Weg. Das Problem bei dem Ganzen ist, dass der Bürger einmal alle paar Jahre die Möglichkeit hat, dem ein Ende zu setzen, zu sagen, ich möchte was anderes, und das ist eine demokratische Wahl. Und bei den demokratischen Wahlen entscheidet der Bürger ob er weiterhin das haben möchte oder nicht. Und auch solche Dinge muss man dann selbstverständlich als Demokrat zur Kenntnis nehmen.

Abschließend, mein Vorredner, der Kollege Maier hat ja über Krems gesprochen, hat auch die positive Entwicklung der Kunsthalle angesprochen. Da gibt's nichts Negatives dazu zu sagen. Im Bereich der Stadtentwicklung und Stadtplanung im Großen und Ganzen ist es auch ein Bericht den man gerne zur Kenntnis nehmen kann und wo man auch Positives herauslesen kann. Im Bereich der Schwarzbauten müsste man schon sagen, jetzt könnte ich sagen, na schau, das ist wieder in den Händen der ÖVP und das ist typisch. Da gibt's Schwarzbauten und da passt das nicht und passt das nicht.

Es wäre sinnvoll, wenn hier endlich dieses Problem endgültig erledigt wird. Denn es gibt noch

immer keine vollständige Liste der konsenslos errichteten Bauten. Und es ist halt so, der Rechnungshof hat aufgezeigt auf Grund dreier Einzelfälle die Mängel beim Ermittlungsverfahren und leider Gottes, dass noch immer nicht hier, so wie es sein sollte, das Problem erledigt wird.

Ich glaube, dass das nicht irgendwas ist dass jetzt die Bevölkerung Krems damit ein Problem haben wird. Aber es sollte doch so sein, dass man Rechnungshofberichte ernst nimmt. Darum geht's mir eigentlich jetzt abschließend. Selbstverständlich soll man sie diskutieren. Man soll das Negative aufzeigen, man kann auch etwas Positives sagen. Aber wichtig, oder sogar das Wichtigste wäre es, wenn man daraus lernt. Wenn man nicht in das verfällt was heute wieder passiert ist: Dass sich zwei Parteien gegenseitig dann zuschieben oder heute halt die ÖVP wo es Verfehlungen gibt, sondern wie man diese Verfehlungen wirklich abstellt. Dass bei der anderen Partei im anderen Krankenhaus, in der anderen Gemeinde, bei der anderen Generalsanierung nicht mehr passiert, und dass auch die Landesregierung, wenn sie kritisiert wird, berechtigterweise, das ernst nimmt und das abstellt. Und nicht in einer Stellungnahme dann vielleicht sagt, na, das ist bei uns so und wir lassen das so.

Kritik muss man einstecken. Aber die sollen daraus auch lernen. Und da habe ich leider Gottes das Gefühl, dass speziell die ÖVP brav nickt wenn es darum geht, dass andere ihr Fett abbekommen. Aber wenn es um die interne Kritik geht in der ÖVP, wo die Landesregierung und ihre Regierungsglieder hier berechtigterweise einmal nicht im Schatten und nicht in der Sonne stehen, sondern auf der Anklagebank, dann dazu schweigen und das tot schweigen wollen, da würde ich mir erwarten, dass man vielleicht in Zukunft das auch genauso ernst nimmt.

Wir hätten heute die Möglichkeit bei einem Antrag der Grünen, dass wir zeigen, wir wollen etwas ändern. Geben wir hier auch der Landesregierung noch einmal einen Schub, einen Impuls, dass sie hier die Dinge abstellen, die optisch und rechtlich nicht korrekt und nicht in Ordnung sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Fasan.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf vorweg bemerken, dass ich diese Rechnungshofdebatte eigentlich für sehr, sehr interessant halte. Auch deshalb, weil es durchaus inhaltlich vergleichbare Berichte sind, speziell wenn ich St. Pölten, Wr. Neustadt vergleiche. Landesklinikum St. Pölten. Man kann hier einen sehr schönen Überblick gewinnen und dann entsprechend darüber diskutieren.

Gestatten Sie nur, dass ich auch anschließend an meinen Vorredner noch einige Worte verliere über das Kabarett das eingangs in dieser Debatte stattgefunden hat zwischen den Kollegen Grandl und Rosenmaier.

Also ich habe daraus ja einige Lehren gezogen. Erste Lehre: Schlecht reden und krank jammern ist immer dann unmoralisch wenn es einen selbst betrifft. Wenn es den anderen betrifft, ist es eigentlich ganz in Ordnung, dann kann man das schon machen. Das hat sich heute den ganzen Tag durch unsere Sitzung durchgezogen. Wenn es um die Wirtschaftspolitik dieses Landes gegangen ist, war jemand, der gesagt hat, irgendwas ist nicht in Ordnung, jemand der das schlecht redet, krank jammert, ein Verhinderer, ein Jammerer, ein Demonstrierer gar. Als hätte man nicht seit 1848 ein Demonstrationsrecht. Ein Landesrat, der bei einer Demonstration teilnimmt, also geradezu eine Staatsaffäre.

Ähnlich in umgekehrter Diktion das Finanzdebakel in den Städten. Ja, da ist es ganz schrecklich, da Schuldzuweisungen und derlei mehr. Schuldzuweisungen, und das ist ja das Zweite was wir daraus lernen, sind eben nur dann zulässig, wenn sie den Missstand des jeweils anderen betreffen, aber nicht den eigenen. Und das Dritte, vielleicht das Wichtigste: Die Wahrheit ist halt immer sehr, sehr unangenehm. Insbesondere wenn sie einen selbst betrifft. Aber sie ist eben wahr. Und was wir in diesen Rechnungshofberichten zu lesen bekommen ist eben auch wahr.

Ich darf beginnen mit dem Bericht über die finanzielle Lage in Wr. Neustadt bzw. allgemein über Wr. Neustadt. Vieles wurde schon gesagt. Eine sehr, sehr hohe Verschuldung, große Liquidität

tätsprobleme. Auch Probleme in der Verwaltung. Aber auch meiner Ansicht nach rechtliche Probleme bzw. Demokratieprobleme, wenn ich an den auch nur geringfügig angeführten WBB-Skandal denke, den wir in diesem Haus ja ohnehin auch schon sehr ausführlich diskutiert haben.

Also: Schuldzuweisungen, na woher denn, na nicht einmal denken, das hilft uns ja nicht weiter, gar keine Idee. Natürlich hilft uns das nicht weiter! Gebe ich dem Kollegen Rosenmaier schon Recht. Aber die Verantwortlichkeiten, die politischen Verantwortlichkeiten, meine Damen und Herren, sollten wir auf jeden Fall festmachen. Weil das ist nämlich der Grund warum wir hier sitzen und in diesem Haus darüber debattieren. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und die politische Verantwortung liegt in diesem Fall ganz eindeutig bei der SPÖ Wr. Neustadt. Dieses finanzielle Problem der Stadt, und das hat ja eigentlich der Kollege Rosenmaier sehr schön angeführt, wie er die Entwicklung der Kosten für das Krankenhaus zitiert hat. Das war vorhersehbar. Das konnte jeder wissen. Das war eine völlig klare Angelegenheit. Nebstbei haben es die Grünen im Gemeinderat jahrelang immer wieder angeführt und immer wieder davor gewarnt.

Und es gibt eine ganz klare politische Verantwortung. Was ist geschehen? Es wurde letztendlich diese Situation hervorgerufen um sich einen Erfolg bei den Gemeinderatswahlen zu erkaufen. So einfach ist das! Es sind solche besonderen Wahlbudgets keine Seltenheit. In dem Fall ist es halt kein Wahlbudget, sondern es ist ein Finanzdebakel geworden. Und da gibt es die Verantwortung Traude Dierdorf, die letztlich auch, nicht zuletzt wegen dieser gesamten Probleme, zurückgetreten ist. Aber sie hat ihren Nachfolger auf diesen Finanzproblemen und auf dem Spital als Hauptursache für diese finanziellen Probleme, sitzen lassen.

Das ist letztendlich die politische Conclusio. Vergleichen wir jetzt St. Pölten. Es sind in Wirklichkeit ähnliche Strukturen. Es sind ähnliche politische Strukturen, es ist eine absolut regierende SPÖ, eine richtige SPÖ-Hausmacht. Es sind, wie heißt es so schön in diesem Bericht drinnen, wenn ich das zitieren darf: Historisch gewachsene Verwaltungsstrukturen. Das ist ein, meiner Ansicht nach, sehr, sehr schöner Ausdruck der ohnehin sehr, sehr viel aussagt. Es ist auch hier natürlich eine sehr, sehr angespannte finanzielle Lage, wenn auch in Nuancen anders, speziell was die Budgetausgaben betrifft. Anders aber was die Verschuldung betrifft, vor allem den Anstieg in den letzten beiden Jahren. Das ist schon ganz ordentlich.

Aber es war halt gerade keine Gemeinderatswahl und daher hat sich das etwas anders dargestellt. Wenn man sich die Strukturen im Krankenhaus ansieht, dann gab es natürlich Vergleiche, die man auch hier ziehen konnte zwischen St. Pölten und Wr. Neustadt. Und hier ist wieder ganz interessant, einen Blick in den Bericht des Landesrechnungshofes über das Landesklinikum, oder mittlerweile Landesklinikum St. Pölten zu werfen.

Ein Schelm der denkt dass das nur eine Angelegenheit einer SPÖ-Stadt ist. Erinnern wir uns an andere Rechnungshofberichte. Ich habe gut in Erinnerung den Rechnungshofbericht über das Landeskrankenhaus Mödling, der nicht anders verheerend war als der über einige Bereiche des Krankenhauses St. Pölten. Und Mödling ist bekanntlich immer und ewig ein Landeskrankenhaus gewesen. Ich kann mich gut erinnern wie wir das diskutiert haben, wenn die Gemeinden als Rechtsträger so gewirtschaftet hätten wie Mödling damals, nein, danke.

Dass natürlich viele Maßnahmen zu Lasten des neuen Trägers gemacht worden sind, was wir diesem Bericht des Landesrechnungshofes entnehmen, na ja, das ist halt auch irgendwie, ich möchte nicht sagen verständlich und schon gar nicht in Ordnung. Aber es ist eben geschehen und der Rechnungshof hat das natürlich angemerkt, zu Recht, dass sich die Stadt und die Krankenhausverwaltung hier vielleicht gedacht hat, da schauen wir dass wir das hinüber „tricksen“. Ich glaube, es ist ohnehin ein Schuss gewesen, der vielleicht ein bisschen nach hinten losgegangen ist. Denn man hat es ja gesehen. Es liegt ja jetzt offen und es muss sich natürlich die Holding auch damit beschäftigen.

Aber letztendlich wurde vom damals Verantwortlichen ein ähnliches Faktotum als Bürgermeister, vielleicht noch mehr als Traude Dierdorf, nämlich Willi Gruber, die Rechtsträgerschaft übergeben und dann der Rücktritt erklärt. Und der Nachfolger von Willi Gruber kann zumindest auf die Konsolidierung der Stadtfinanzen aufbauen und kann das Budget wieder in Ordnung bringen, weil eben ein Großteil der Ursachen für ein Finanzdebakel St. Pöltens nunmehr in der Zwischenzeit erspart bleibt.

Dazu, erlauben Sie mir noch diese Anmerkung, dazu muss man natürlich sagen, dass sich die Rechtslage in der Zwischenzeit auch verändert hat. Was es für die Standortgemeinden, auch diejenigen, die erst jetzt übergeben haben, noch einmal günstiger macht. Also das Krankenanstaltengesetz, das jetzt diesen NÖKAS-Beitrag plus

Standortbeitrag vorsieht, das ist ja viel günstiger als es vorher war mit dem Trägeranteil 1, den man ja ursprünglich ausverhandelt hat.

Also. Es gibt jetzt eigentlich, wenn man in diese Krankenhausdebatte einsteigt und in diese Übergabedebatte noch das dritte Krankenhaus eigentlich, das, was die Debatte betrifft, dazu gehört, das man parallel zu Wr. Neustadt sehen muss, das ist das Krankenhaus Neunkirchen das auch nicht übergeben wurde. Wie wohl es hier einen anderen Grund gegeben hat für den Wechsel des Bürgermeisters. Ein sehr, sehr trauriger Grund, und ich habe diese kurze Gedenkminute hier als sehr würdevoll empfunden.

Als Conclusio aber müssen wir sagen: Letztendlich müssen alle Krankenhäuser des Landes in diese Landesholding hinein. Und das darf ich auch als Aufruf verstehen an die ÖVP-Fraktion in diesem Haus, eigentlich auch an die SPÖ-Fraktion in diesem Haus, die ja letztlich damals in der letzten Sitzung unserem Antrag nicht die Zustimmung gegeben hat als wir gesagt haben, bitte, schauen wir, dass wir Wr. Neustadt und Neunkirchen auch in die Landesrechtsträgerschaft bringen. Aber letztendlich ist es eine Frage der Landesregierung, die sagen muss, natürlich sollten wir eigentlich diese beiden Häuser im südlichen Niederösterreich auch in die Landesklinikenholding hinein holen. Und letztlich geht es dann auch um Klosterneuburg und den Verband Stockerau und Korneuburg.

Denn stellen Sie sich einmal vor was passieren würde, wenn das nicht so wäre. Wenn sich also jetzt auf der Krankenanstaltenebene zwei verschiedene Parallelstrukturen entwickeln. Erinnern wir uns was der Kollege Karner vorhin gesagt hat im Zusammenhang mit Gendarmerie und Polizei, was jahrelang gang und gäbe war. Es gäbe jetzt zwei verschiedene Strukturen oder vielleicht sogar mehrere. Was bedeutet das für die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte? Was bedeutet es für den Einkauf? Die Holding kauft dort ein, die anderen kaufen dort ein? Was bedeutet das beispielsweise für medizinische Reformen? Für Umsetzung von Gesetzesänderungen im Krankenanstaltengesetz? Also eigentlich absurd wenn man glaubt, dass man damit auf einen grünen Zweig kommt!

Das gilt auch dann meiner Ansicht nach, wenn – was nicht sicher aber möglich ist – ein privater Partner ein Krankenhaus beispielsweise errichtet. Dann heißt das trotzdem nicht, dass der Betrieb auch über die Landeskrankenanstaltenholding gemacht werden kann. Und wir entnehmen ja letztendlich dem Rechnungshofbericht über das Landesklinikum St. Pölten, dass ja diese Holding

eigentlich noch in ihren Kinderschuhen steckt. In Wirklichkeit sieht man das ja. Das weist ja der Bericht auch aus. Es gab da Kompetenzprobleme. Es gab Zuordnungsprobleme. Man hat noch nicht genau gewusst, wer gehört wohin, wer macht was. Es ist auch klar, man kann nicht über Nacht sozusagen eine neue Holding für alle Krankenhäuser des Landes auf die Beine stellen wenn man damit nicht gewohnt war zu arbeiten, wenn es eben eine andere Trägerstruktur gegeben hat.

Aber jetzt, wo diese Holding gerade in Errichtung ist und in Entstehung ist und viele Kinderkrankheiten mit der Zeit ablegen wird, wäre es doch sinnvoll, wenn alle Krankenhäuser des Landes in diese Landesholding gehen würden und aufgenommen werden würden. Natürlich muss auch hier die Landesregierung, oder sagen wir einmal der ÖVP-Teil der Landesregierung über seinen eigenen Schatten springen. Das ist auch klar. Und natürlich war es eine durchaus anmaßende Arroganz der Bürgermeister von Wr. Neustadt und Neunkirchen und der SPÖ Wr. Neustadt und Neunkirchen, zu sagen, uns interessiert dieses Angebot des Landes nicht. Wir machen weiter wie bisher und nehmen sehenden Auges eine entsprechende Verschuldung und ein Finanzdebakel in Kauf.

Natürlich war das eine schwere politische Verfehlung, das ist gar keine Frage. Aber meiner Ansicht nach sind diese beiden Städte ohnehin genug gestraft durch das Finanzdesaster in dem sie sich jetzt befinden. Also daher, glaube ich, sollte man Einsehen haben. Und ich hoffe, dass sich in Zukunft gute Verhandlungen ergeben werden die das auch möglich machen. *(Beifall bei den Grünen.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Als nächster Redner gelangt Herr Präsident Sacher zum Wort.

**Abg. Präs. Sacher (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es wäre jetzt sehr verlockend, sozusagen eine Tour d'horizon zu machen und alle Redner jetzt so im Sammelverfahren zu replizieren. Ich glaube, das werde ich Ihnen nicht antun. Um, so verlockend es ist, mit barer Münze jetzt zurückzahlen. Wenn ich dich anschau, lieber Kollege Grandl, so kenne ich dich ja gar nicht.

Du bist aus Michelbach, du bist ein ganz ein netter Bursch, wenn ich das so volkstümlich sagen darf. Aber offensichtlich hast du für die heutige Sitzung ein Polemikseminar beim Kollegen Karner mitgemacht. Das muss ich dir schon sagen. Ich meine, wenn man Gegenpolemik betreiben würde,

würde das schon sehr weit führen. Aber eines kann man nicht im Raum stehen lassen: Da so einfach ein schwarz-weiß, oder sagen wir ein schwarz-rot-Spiel zu spielen wie in der Gesundheitspolitik im Zusammenhang mit dem Krankenhaus St. Pölten und jetzt Landeskrankenhaus, also das ist wirklich eine sehr banale Sache. Und damit könnte man es auf sich beruhen lassen. Aber das hat sich vor allem Willi Gruber nicht verdient, den du hier namentlich erwähnt hast.

Du hast ja das fast so dargestellt als hätte der Willi Gruber eigenhändig Notausgänge zugemauert. Und der Kollege Sobotka, der eh immer mit dem Kopf durch die Wand will, hat es als NÖGUS-Vorsitzender nicht bemerkt? Wir wissen doch, sehr geehrte Damen und Herren, im Krankenhauswesen geht doch gar nichts ohne das Land. Ich war als Vizebürgermeister immer in den Baubeiräten. Jeder Ziegelstein wurde mit den Landesbeamten hier abgestimmt. Und jetzt zu sagen, das war das rote St. Pölten, das hier für die baulichen Zustände zuständig ist, das ist wirklich sehr, sehr polemisch.

Und ich könnte jetzt wirklich lustvoll - ich habe mich gut vorbereitet und werde es aber nicht tun - auf die Rechnungshofkritik an der Stadt Krems eingehen. Da könnte man genauso gut dieses schwarz-rot-Spiel spielen. Aber ich lasse das. Weil das einer meiner Vorredner schon gesagt hat: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Das gilt jetzt gerade auch für so manchen Bürgermeister der ÖVP. Und ich komme aus dem Bezirk Krems. Ich will jetzt nicht noch tiefer in die Schublade greifen, aber da haben wir ganz andere Bürgermeister in letzter Zeit erlebt, sehr geehrte Damen und Herren.

Willi Gruber hat es sich wirklich nicht verdient, weil er sein ganzes Leben lang durch Jahrzehnte wirklich, ich möchte fast sagen, besessen von der Idee war, seiner Stadt zu dienen und den Bürgern zu dienen. Das muss man jetzt doch mit einem gewissen Pathos hier sagen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und eines noch: Wenn wir jetzt über Wr. Neustadt diskutieren, die Finanzsituation. In wenigen Monaten werden wir die Finanzsituation der Stadt Krems da diskutieren. Und da hat das Ganze sozusagen ein umgekehrtes Vorzeichen. Es wäre dann wirklich sehr verlockend mit barer Münze zurückzuzahlen. Ich meine, das bringt uns nicht weiter. Weil ja schon gesagt wurde, die Rechnungshofberichte sollen ja Anlass zu neuen Weichenstellungen zum Umdenken sein.

Es ist in vielen Gemeinden leider viel zu ernst, als dass wir hier billige Parteipolemik machen. Denn wir haben schon gehört, wie viele Gemeinden, die früheren spitalerhaltenden Gemeinden, wirklich eine Geschlossenheit und eine Unterstützung durch das gesamte Land Niederösterreich brauchen, damit sie die nächsten Jahre durchstehen können, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zum auch von Kollegen Maier angesprochenen Stadtentwicklungskonzept bzw. dem Rechnungshofbericht über die Situation in der Stadt Krems. Glauben Sie mir eines: Da weiß ich sehr genau Bescheid. Und so schön stellt es der Rechnungshof nicht dar, wie es der Kollege Maier gesehen hat. Denn der zerreißt schon einige Bereiche der Kremser Stadtplanung, vor allem in den letzten Jahren, in der Luft. Und da sind sehr, sehr viele harte Kritikansätze drinnen, die zum Teil wirklich sehr, sehr deutlich formuliert sind.

Ich habe da auf der Seite 10 dieses Berichtes zum Beispiel ein Zitat: Der Rechnungshof sah in der engen Verflechtung zwischen der Stadt, der Wohnbaugesellschaft und der politischen Funktion dieses Planers, gemeint ist ein ÖVP-Stadtrat, die Möglichkeit von Interessenskollisionen. Auftragserteilungen an einen Planer, der eine politische Funktion in der Stadt inne hat, durch eine Wohnbaugesellschaft, die mehrheitlich im Eigentum der Stadt steht, sollten seiner Ansicht nach kritisch hinterfragt werden.

Und jetzt schauen wir, was die Stadt darauf geantwortet hat, die heutige Stadtführung. Die Stadt teilt, ganz banal steht das drinnen, dem Rechnungshof mit, dass die vom Rechnungshof befürchteten Interessenskollisionen seitens der Stadt nicht so gesehen werden. Also, das ist schon eine gewisse Schnoddrigkeit und Abgehobenheit und Überheblichkeit. Denn wenn man so eine ernst zu nehmende Kritik so mit einem halben Satz abtut, sehr geehrte Damen und Herren, dann ist das der Beweis, dass man aus der Rechnungshofkritik und der Einschau nicht lernen will und nicht die richtigen Schlüsse ziehen will. Das muss man hier vom Landtagspult aus auch den heutigen Stadtverantwortlichen in Krems sagen.

Im Übrigen könnten wir uns auch, als Kremser kann ich mich sehr freuen. Und meine langjährige Kollegin und frühere Vizebürgermeisterin sitzt als Berichterstatterin hier – ist wohl ein Zufall dass du heute berichten musst zu dieser Causa und nicht reden brauchst. Nein, es war nicht so

gemeint. Aber, liebe Damen und Herren! Es gibt ja Lob, Inge Rinke. Du hättest dich auch herstellen können und die positiven Dinge loben. Aber ich weiß schon warum du das nicht tust. Weil das, was positiv ist, das war in einer gewissen Ära. Ich bin zu wenig eingebildet um zu sagen wer damals verantwortlich war, als wir in Krems die Türen geöffnet haben für moderne, zeitgemäße Architektur, für eine Kunsthalle. Für die Revitalisierung der Altstadt, verbunden mit moderner, zeitgenössischer Architektur. Aber leider muss ich dann sehen, als diese Ära zu Ende gegangen ist, als der jetzige Baudirektor ausgeschieden ist, leider, bedauerlich auf Grund einer schweren Erkrankung, da ist wieder ein bisschen der Kleingeist eingezogen in Krems. Und das kommt in dem Rechnungshofbericht auch sehr deutlich zum Ausdruck.

Dieser Kleingeist z.B., ja keinen Gestaltungsbeirat mehr einsetzen. Wir haben gute Erfahrungen gemacht, und das lobt der Rechnungshof, mit einem hoch kompetenten Gestaltungsbeirat, der die Bauten in Krems beurteilt hat, übrigens ohne Interessenskollisionen. Denn die Mitglieder des Gestaltungsbeirates, namhafte Architekten Österreichs, Deutschlands sind hier drinnen gesessen mit dem Auftrag, dass sie während ihrer Mitgliedschaft im Gestaltungsbeirat keine Planungsaufträge machen dürfen. Und dann muss ich da lesen, jetzt ist wieder der Kleingeist eingezogen. Denn jetzt ist ein ÖVPler-Stadtrat, der Planungen macht für die Wohnungsgesellschaft. Der gleichzeitig beurteilt und dann kommt die Wohnungsgesellschaft, sie steht auch im Mehrheitsbesitz der Stadt, ... Und es werden dann Gestaltungsbeiratssitzungen einfach abgesagt. Es ist also nicht mehr gewünscht, diese Offenheit, dieser neue Geist. Und das kommt in diesem Rechnungshofbericht sehr deutlich zum Ausdruck. Was mir weh tut, der ich seit 1987 zehn Jahre lang versucht habe, bürgerlichen Kleingeist und Kleinkariertheit sozusagen beim „Steiner Tor“ hinauszublase und die Tore zu öffnen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre jetzt wirklich noch interessant, auf einiges einzugehen. Aber Sie können ja den Rechnungshofbericht alle selbst lesen und haben das mit Sicherheit auch genau getan.

Aber auf eines muss ich noch eingehen, weil es hier erwähnt wurde. Ich gehe nicht ein auf die ununterbrochenen Flächenwidmungsplanänderungen, wo der Rechnungshof sagt, das ist Anlassgesetzgebung. Ein Kremser Gemeinderat, ich glaube, es war ein FPÖler, hat gesagt, es ist Freunderlwirtschaft. Ich zitiere das, was der in der „NÖN“ gesagt hat. Aber ein Konzept ist es wirklich nicht. Das hat der Kollege Fasan jetzt auch herausgestrichen.

Wenn ich innerhalb weniger Jahre 40 mal Flächenwidmungsplanänderungen mache, dann kann von einer geordneten, planmäßigen Stadtentwicklung keine Rede sein! Obwohl wir dafür viel Geld ausgegeben haben.

Anlässlich des 1000-Jahrjubiläums 1995 ist in Krems ein Stadtentwicklungskonzept gemacht worden, wozu viele private Sponsoren beigetragen haben, weil die Stadt alleine das Geld nie gehabt hätte. Aber wo ist das gelandet, liebe Inge Rinke? Hilf mir! In den Schubladen! Weil der Rechnungshof schreibt, es gibt gar keines. Natürlich gibt es eines! Es gibt ein gutes Stadtentwicklungskonzept. Ein allumfassendes. Nur, die heute Verantwortlichen wissen gar nicht mehr, dass es das gibt. Weil sonst hätten Sie den Rechnungshof darauf hinweisen müssen. Sehr wohl gibt es eines, das sehr viel Geld gekostet hat.

Ich vermute aber, man will sich gar nicht mehr daran halten, weil man ganz offensichtlich ein bisschen Freunderlwirtschaft da, ein bisschen Lobbyismus dort, einen gewissen kleinbürgerlichen Geist sozusagen wieder zum Durchbruch verhelfen will. Mir tut es leid um diese seinerzeit gut und positiv eingeleitete Entwicklung.

Und ein Letztes: Die Schwarzbauten. Kollege Maier hat etwas von über 1.200 gesagt. Die Zahl ist Schall und Rauch. Es sind laut Rechnungshofbericht 735 konsenslos errichtete Bauten. Da muss man das Lokalkolorit aber auch ein bisschen sehen.

Krems, diese vielen Weinbergterrassen und Lagen, die alle auf Grund der Wirtschaftlichkeit von den Hauern und Winzern nicht mehr betrieben werden, drohen zu verfallen. Und da hat man immer wieder ganz gerne gesehen, dass auf diesen verfallenden Terrassen da und dort ein Gartenhäusl entstanden ist. Weil das die Garantie war, dass diese Terrassen auch erhalten worden sind. Aber es wurde dann über das Ziel geschossen. Manche haben Einfamilienhäuser auf diesen Weingartenterrassen errichtet. Und es hat sich summiert. Und ich weiß nicht, einige von uns sind ja schon so lange im Landtag, die sich noch gut erinnern können, Kollege Toms nickt, du weißt, was jetzt kommt, das Amnestiegesetz. Das wir hier im Landtag, noch in der Herrengasse in Wien, beschlossen haben, damit die Menschen, die nicht wissentlich, sozusagen unbewusst in diese Materie hineingeschlittert sind - plötzlich war ihr Wochenendhäusl, ihr ehemaliges Weingartenhäusl ein Schwarzbau - dass man die sozusagen entlastet und ihnen eine Chance gibt, dass das zwar nicht legalisiert wird, aber dass sie

es zumindest weiter benützen dürfen und nicht abreißen müssen.

Und jetzt kommt's aber: Dieses Amnestiegesetz, und das sage ich und sagt auch der Rechnungshof, wurde schamlos ausgetrickst und missbraucht. Und die Schwarzbauten sind immer mehr geworden! Und jetzt kommt von mir ein politischer Vorwurf: Als ich 1987, als die ÖVP damals die Absolute mit Bomben und Granaten verloren hatte, Baureferent geworden bin, hat der Bürgermeister, der damalige, zwar gesagt, „Das müssen wir akzeptieren, dass die Roten jetzt mehr Verantwortung haben“, aber – wortwörtliches Zitat, das mir ein Beamter zugetragen hat damals: „Sehen darf der Sacher nichts im Bauamt.“ Und genau das war es. Wir sind los gegangen auf diese Schwarzbauten. Wir haben das aufnehmen lassen. Aber die sozusagen rechtliche Verantwortung, das weiß ein jeder, wie es im Stadtrechtsorganisationsgesetz ausschaut, hat der Bürgermeister immer mit Zähnen und Klauen für sich verteidigt.

Und das muss ich schon sagen: Drei Bürgermeister habe ich überlebt als Vize, aber keiner war wirklich bereit, das Schwarzbautenproblem zu lösen! Das stelle ich hier in den Raum. Weil es natürlich Wählerstimmen sind. Und ich sage noch eines dazu: Es mag schon den einen oder anderen wirklich betreffen, wenn ich sage, dein Häusl, deine Hütte oder dein Wochenendhaus muss weg. Aber wo bleibt die Gerechtigkeit im rechtlichen Sinn? Hunderte, tausende andere Bürger haben nicht die Chance, sich in dieser damit verschandelten und missgestalteten Landschaft, auf die sie auch ein Recht haben, wohl zu fühlen. Das ist ein ungelöstes Problem! Und ich sage noch einmal, der Landtag hätte hier eine Brücke gebaut. Aber sie wurde schamlos ausgenützt, ausgetrickst und alles in allem, das muss ich sagen, von der politischen Mehrheit aus wahltaktischen Gründen auch augenzwinkernd zur Kenntnis genommen in Krems. Und daher sind wir die Stadt mit den meisten Schwarzbauten. Das muss man sagen. Wir danken dem Rechnungshof, dass er das neuerlich aufzeigt. Und ich hoffe für mich, und ich hoffe für die Stadt und für die Bürger, dass wieder Schluss wird mit diesem Kleingeist, dass wieder diese Offenheit einziehen möge. Dann, wenn der Rechnungshofbericht das erreicht hat, dann ist er ans Ziel gekommen. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Moser.

**Abg. Moser (ÖVP):** Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wir haben heute Rechnungshofberichte auf der Tagesordnung. Und ich werde auch zum Rechnungshofbericht, zunächst einmal für den Bereich Wr. Neustadt Stellung nehmen. Bevor ich das tue, möchte ich aber dem Kollegen Sacher sagen, wenn er gemeint hat, er als Vizebürgermeister oder damaliger Vizebürgermeister der Stadt Krems in der damaligen Zeit, ihm ist gesagt worden, er soll nicht hinschauen oder ähnliches. Ich glaube, Herr Kollege, du weißt sicherlich sehr genau die Rechte und die Pflichten eines Vizebürgermeisters, auch die Dinge in der Stadt so zu beobachten wie sie wirklich sind.

Ich habe mir überlegt als Vorsitzender des Kommunal-Ausschusses, wie wichtig ist die Entwicklung in unserem Lande für die Gemeinden. Und deshalb habe ich mir den Rechnungshofbericht der Städte, insbesondere der Stadt Wr. Neustadt etwas genauer angesehen. Weil ich meine, dass es wichtig ist, wenn wir eine gesamte Landesentwicklung haben, dass die Gemeinden und Städte ihren Beitrag zu einer positiven Landesentwicklung leisten. Und da müsste man sich eigentlich erwarten, und ich war animiert von einem Gespräch eines Schulkollegen, der zu mir gemeint hat, ihr in Niederösterreich habt es ja leicht, Politik zu machen. Ein deutscher Kollege, der gemeint hat, ihr habt es leicht, Politik zu machen, ihr habt die großen Ballungsräume, das Umland von Wien, Baden, Wr. Neustadt und diese großen Räume, die wirtschaftlich so viel bringen dass sie eigentlich den ländlichen Raum auch gut finanzieren können.

Nun, wenn man sich aber diesen Rechnungshofbericht über die Stadt Wr. Neustadt anschaut, dann wird man eines anderen belehrt. Dass diese Beiträge für den ländlichen Raum eigentlich nicht gegeben sind. Und ich muss zitieren oder klar stellen, dass der Abgeordnete Rosenmaier auch das sehr klar aufgezeigt hat oder ein paar Dinge natürlich auch beschönigt. Die Frau Kadenbach wird gemeint haben, als sie gesagt hat, manche stellen sich hier heraus um etwas zu beschönigen, wird das natürlich auch an die eigene Adresse des Kollegen Rosenmaier gegangen sein. Das nehme ich zunächst einmal schon an. Denn man müsste schon erwarten von der wirtschaftlichen Entwicklung, wenn wir einmal grob hinschauen, dass die Stadt Wr. Neustadt mit ihren leistungsfähigen Betrieben, ich denke nur an Diamond Aircraft, an

viele andere Betriebe. Ich habe den Herrn Christian Dries persönlich kennen gelernt. Das sind leistungsfähige Betriebe, die hier für die Stadt einen Beitrag leisten, die etwas beitragen zu dieser gesamten Entwicklung.

Wenn man sich aber die finanzielle Lage betrachtet, dann darf ich zunächst einmal Herrn Kollegen Sacher Recht geben. Dass es insgesamt im Land nicht einfach ist, im kommunalpolitischen Bereich hier möglichst viel zu investieren. Auf der einen Seite dem Service der Bürger Rechnung zu tragen und vieles mehr. Aber auch wenn es insgesamt nicht einfach ist gibt es drastische Unterschiede. Und diese drastischen Unterschiede, wie mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgegangen wird, das zeigt wohl, wenn man einen Blick in den ordentlichen Haushalt der Finanzlage der Stadt Wr. Neustadt, nämlich den Rechnungsabschluss bzw. in den Prüfbericht wirft. Wenn im Jahr 2002 ein Abgang im ordentlichen Haushalt von 2,49 Millionen Euro gegeben war, 2003 7,95 Millionen Euro und im nächsten Jahr 2004 5,52. Wenn man also allein im ordentlichen Haushalt in drei Jahren 16 Millionen Euro Abgang schreibt und dieser Betrag bereits mehr als ein Viertel der Summe des ordentlichen Haushaltes beträgt, dann braucht nicht nur der Rechnungshof, da müsste eigentlich auch jede und jeder in Wr. Neustadt, insbesondere die damalige Frau Bürgermeisterin erkannt haben, wie schwierig und wie extrem angespannt die finanzielle Lage ist. Und dass eigentlich die Handlungsfähigkeit in dieser Stadt nicht mehr gegeben ist.

Man muss schon ein bisschen analysieren. Wie kommen denn diese großen Fehlbeträge der Stadt zustande? Wo sind denn die Hauptpunkte? Da ist zunächst einmal der ganze Bereich Leistung, Personal. Wenn man sich die Leistung Personal, und Herr Kollege Rosenmaier, das ist nicht von der Stadt verursacht, die Zahlen, die ich jetzt anspreche sind ohne das Krankenhaus der Stadt. Also nicht vom Krankenhaus verursacht. Da geht's darum, dass hier alleine die Steigerungen, nämlich ohne Krankenhaus, allerdings zuzüglich der Stadtwerke, im Jahr 2000 alleine 33,86 Millionen betragen haben und diese bis 2004 auf 40 Millionen gestiegen sind. Das heißt, um 7 Millionen Euro in wenigen Jahren.

Wenn man aber dazu die Einnahmen vergleicht und die Ertragsanteile von der Stadt, dann sind diese im gleichen Zeitraum nur um 2,5 Millionen Euro gestiegen. Das heißt, um 300 Prozent mehr Steigerung bei den Ausgaben alleine für Personal gegenüber den Einnahmen. Ja, hier müssten doch längst die Alarmglocken geläutet haben!

Wenn man gegenüberstellt nämlich jenen Betrag, der zwischen laufenden Einnahmen, Ertragsanteilen und gemeindeeigenen Abgaben und den Ausgaben für Personal aufgewendet wurde, und das ins Verhältnis setzt, dann sind das zum Beispiel im Jahr 2004 40,7 Millionen Euro an Personalkosten gewesen und 46,68 Euro eigene Einnahmen inklusive Ertragsanteile. Das heißt, 87,19 Prozent, fast also 88 Prozent der eigenen Einnahmen wurden lediglich und ausschließlich für Personal verwendet, liebe Damen und Herren. Das ist wirklich eine Misswirtschaft die so nicht zu tragen ist! Ich glaube, das muss man schon einmal ganz deutlich der SPÖ Wr. Neustadt ins Stammbuch schreiben.

Herr Kollege Sacher, du hast angesprochen, na ja, da nicht schwarz-rot färben. Man soll da den Herrn Gruber nicht zur Verantwortung ziehen was St. Pölten betrifft, und auch die Frau Dierdorf wurde von Herrn Rosenmaier angesprochen aus Wr. Neustadt, das macht man ja nicht oder Ähnliches mehr. Es geht da schon sehr deutlich darum, die Unterschiede herauszuarbeiten. Nämlich gerade wenn es ums Krankenhaus geht. Welche Möglichkeiten hat man in der Stadterhaltung. Hier wurde, und Herr Rosenmaier hat es angesprochen, gerade im System des Krankenhauses sehr viel Geld verbraten und unwirtschaftlich gearbeitet.

Und gerade weil jetzt als Einzelkrankenhaus hier die Lösung nicht möglich war und weil es über die einzelbetriebliche Lösung im Finanziellen gemeinsam noch einen zusätzlichen Effekt gibt, deswegen wurde ja vom Land Niederösterreich durch Finanzlandesrat Sobotka die Übernahme des Krankenhauses angeboten. Und man hat sich dort verweigert. Man hat ja nicht nur die Zahlen nicht gesehen wie schwierig die Situation des Krankenhauses ist, sondern man hat den Kopf in den Sand gesteckt oder den Kopf in den Finanzsumpf gesteckt und man hat eine Realitätsverweigerung betrieben und hat keine Verhandlungen mit dem Land geführt. Und das alles müssen die Damen und Herren aus Wr. Neustadt nachhaltig bezahlen und das muss natürlich Traude Dierdorf und Co. verantworten in dieser Stadt. Auch das muss man deutlich feststellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Rosenmaier hat richtig angesprochen, dass im Rechnungshofbericht auch klar hervorkommt oder nichts davon drinnen steht, dass also kein Cent verschwunden ist oder ähnliches. Das ist richtig. Es ist da kein Cent verschwunden. Ich habe auch im Bericht nichts gelesen.

Nur frage ich mich, auf welcher Ebene wird seitens der Sozialdemokraten ein Rechnungshofbe-

richt gelesen? Genügt es denn schon wenn nicht gestohlen wird in diesem Lande nach deren Überlegung? Wenn kein Cent verschwunden ist, ist das schon genug um zufrieden zu sein? Ich glaube, wir sollten uns schon ein bisschen mehr überlegen wenn wir eine wirtschaftliche Sache betrachten. Und da meine ich, dass Realitätsverweigerung hier ganz einfach nicht am Platz ist. Es wurde hier in dieser Stadt wirklich weit über die Verhältnisse gelebt und die Kosten müssen von der Stadt Wr. Neustadt, von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wr. Neustadt und vor allem von der nächsten Generation, von der Jugend, getragen werden.

Wenn wir uns den außerordentlichen Haushalt betrachten, dann wissen wir, dass natürlich, wenn der ordentliche Haushalt so eng ist, nur mehr sehr wenig geschehen kann, man wenig Projekte für die Bürgerinnen und Bürger realisieren kann und dass das alles natürlich mit Fremdkapital erfolgen muss.

Ja, es ist ja noch viel ärger: Wenn man die Finanzvorschau des jeweils laufenden Jahres betrachtet, dann geht's darum, dass nicht nur keine liquiden Mittel während des Jahres vorhanden waren, sondern Fehlbeträge entstanden sind. Bis zu 5 Millionen Euro im Rechnungsjahr 2004. Fünf Millionen Fehlbeträge an liquiden Mitteln, die aber nicht vernünftigerweise durch ein Darlehen oder in einer Kooperation in irgend einer Form abgedeckt werden. Nein! Man hat sich zurückgelehnt, hat einfach dem Spiel seinen freien Lauf gelassen, hat die Girokonten überzogen und auf Kosten der Bürger teure Kreditzinsen bezahlt. Auch das ist, glaube ich, ein Aufzeigen, wie man Verantwortung nicht wahrnehmen kann.

Die exorbitante Verschuldung ist natürlich die Folge davon. Wenn die Schulden ständig gestiegen sind bis zu 195 Millionen, wie der Kollege schon angesprochen hat im Rechnungshofbericht im Jahr 2004 waren es 159 Millionen Euro, dann geht's darum, dass man auch untersuchen muss. Schulden müssten ja nicht immer etwas Schlechtes sein. Schulden kann man ja machen um in die Zukunft zu investieren. Schulden kann man ja machen damit wieder für die Zukunft eine Refinanzierung erfolgt, damit Wirtschaftswachstum entsteht und Ähnliches. Ja, aber von all dem ist in Wr. Neustadt keine Rede. Hier wurden Schulden gemacht um den Speck zu finanzieren! Das ist in Wahrheit die Situation die man in Wr. Neustadt hier vorfindet. Und das ist auch deutlich aufzuzeigen, liebe Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Rücklagen wurden aufgebraucht und bei der Gebarung des Haushaltes ist von Schuldentil-

gung und von Rückzahlung keine Rede. Das kommt mir so vor wie beim Märchen von „Hans im Glück“ wo man mit Gold weg geht und mit Steinen zurück kommt oder ähnliches mehr. Rücklagen, die man hatte sind weg. In die Zukunft wurde nicht investiert und es wurde ganz einfach auch, und das muss man sagen, hier die Zukunft verschuldet.

Ein deutliches Zeichen wird dadurch ergeben, wenn wir das Maastricht-Ergebnis anschauen. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Ihr lebt eh nur nach Märchen, glaube ich, darum muss man ein kleines Beispiel bringen. Ihr seid, glaube ich, über diese Pubertät in der parteipolitischen Arbeit nicht hinaus gewachsen. Seid ein bisschen zurückgeblieben. Die Sozialdemokraten arbeiten heute noch immer nach altsozialistischen Methoden. So muss man, glaube ich, die Dinge sehen. *(Beifall bei der ÖVP. – Unruhe bei der SPÖ.)*

Und ihr müsstet euch eigentlich einmal anschauen, wie kann man denn wirklich ein Haushaltsbudget lesen? Ein Ergebnis dazu liefert uns das Maastricht-Kriterium. Die Selbstfinanzierungskraft der Gemeinde wird dadurch klar gemacht. Es geht darum, dass neben - und da gibt's keine Ausrede, da gibt's keine Ausrede, liebe Damen und Herren auf das Krankenhaus, auf einen Betrieb der ausgelagert wurde oder ähnliches mehr. Da geht's darum, dass laut Maastricht-Kriterien die Hoheitsverwaltung unter die Lupe genommen wird. Und bei der Hoheitsverwaltung, laut Maastricht gibt es Schuldenstände, die ebenfalls enorm gestiegen sind. Nämlich alleine vom Jahr 1999 bis 2004 von damals 9,16 Millionen Euro auf 66 Millionen Euro!

Dass nicht nur der Rechnungshof die Dinge kritisch sieht, sondern dass, glaube ich, wir alle in der Verantwortung hier das aufzuzeigen, glaube ich, richtig unterwegs sind, das würde ich auch hier klarstellen.

Das heißt, die Ballungsräume, insbesondere der Raum Wr. Neustadt, ist nicht in der Lage, einen Beitrag zu einer positiven Entwicklung der Gemeinden in unserem Lande zu leisten. Und auch das muss man hier sagen. Dass vor allem ..., und Herr Kollege Rosenmaier, wenn du gemeint hast, man soll nicht politisches Kleingeld wechseln: Da wird nicht politisches Kleingeld gewechselt. Da geht's darum, dass Schulden auf Kosten der nächsten Generation gemacht werden. Und das sind in Wahrheit Dinge, die aufgezeigt werden müssen.

Und dann hat man halt begonnen auszulagern. Das hat man irgendwo wirtschaftspolitisch gehört, weil das eigentlich modern ist und durchaus

ein guter Weg sein kann. Dann hat man ausgelagert und siehe da ... (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Kollegen, ich werde euch gleich was sagen. Dann hat man ausgelagert und siehe da, die Wr. Neustädter Beteiligungs- und Betriebsführungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft ..., Herr Kollege Weninger, du solltest ein bisschen aufpassen. Ich glaube, du hast den Rechnungshofbericht zu schlecht gelesen. Es geht darum, dass dieses Unternehmen viele Verluste gemacht hat. Eine Eigenkapitalaufstockung von 726.000 Euro war erforderlich, 508.000 waren alleine Verlust im Jahr 2002, wenn ich nur dieses eine Jahr hervorhebe. Man ist mit dieser Auslagerungsstrategie irgendwo in die Flucht nach vorne gegangen. So etwa nach dem Motto, nachdem sie das Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppeln sie ihre Geschwindigkeit. Aber die Geschwindigkeit war beim Schulden machen, weil es auf zwei Linien gegangen ist. Bei den ausgelagerten Betrieben und beim ordentlichen Haushalt. Das ist ja das Gravierende was hier aufgezeigt werden muss. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Präs. Sacher: Redest du vom Grasser? - Abg. Weninger: Bei der Budgetdebatte kann ich das verwenden!*)

Ich sag euch gleich noch was anderes. Wir reden vom Wettbewerb. Wenn wir als Gemeinden und auch die Stadt Wr. Neustadt einen Betrieb auslagert, dann reden wir vom ... (*Zwischenruf bei Abg. Weninger.*)

Nein! Das sind Dinge, die im Rechnungshofbericht stehen. Nachzulesen! Wirst nicht gelesen haben, Herr Kollege. Das sind Dinge, die im Rechnungshofbericht stehen. Aber schauen wir uns das ein bisschen genauer an. Jetzt wird ein Betrieb ausgelagert. Das heißt, er soll im Sinne eines ordentlichen Kaufmannes wirtschaften. Das heißt, er steht im wirtschaftlichen Wettbewerbsfeld. Sowa kennt ihr offensichtlich nicht nach alten sozialistischen Überlegungen. Er steht im wirtschaftlichen Wettbewerbsfeld, Freunde. Und jetzt geht's darum, dass wir – ich brauch' nur einen Punkt hernehmen, Erlebnisbad. Abgang 2003, eine Subvention notwendig der Stadt an den ausgelagerten Betrieb von 3,7 Millionen Euro. Ein Betrieb.

Der Kollege Leichtfried sagt, da kann man sehr viel Geld hineinstecken. Da wäre ich noch bei dir, Herr Kollege Leichtfried, wenn dieses Geld dafür verwendet wird, dass wir unseren Kindern und Jugendlichen, die schwimmen lernen, dass sie die Sicherheit haben dass sie schwimmen können. Dass sie Rettungsschwimmer werden, nicht ertrinken, da nicht gefährdet sind und vieles mehr. Das heißt, ein Sicherheitsgedanke ist dabei. Finde ich ganz, ganz wichtig.

Jetzt habe ich mir ausgedruckt am heutigen Tag vom Internet die Preise des Hallenbades. Siehe da, die Erwachsenen zahlen 8 Euro. Das Günstigste vom ganzen Land. Da wird für Leute, die es sich vielleicht leisten können, die durchaus wohlhabend, unterpreisig angeboten, um andere mitbewerbende Betriebe, Freunde, andere mitbewerbende Betriebe zu schädigen. Weil der der heute marktkonform arbeiten muss kann um einen solchen Preis nicht anbieten. Ich habe auch ein Hallenbad in meiner Gemeinde. Ich weiß das. Der kann an einen solchen Preis nicht anbieten. (*Abg. Dworak: Ist es gewinnbringend?*) Darüber können wir gern diskutieren.

Zweiter Punkt: Jetzt habe ich mir gedacht, die Sozialdemokraten sind besonders sozial, kinderfreundlich. Ja, Freunde, nichts davon zu reden! Ein Erwachsener mit Kind zahlt nicht 5 Euro, sondern das Kind zahlt auch bald so viel wie ein Erwachsener, nämlich 3,60 mehr, 8,60 ein Erwachsener mit einem Kind. (*Abg. Weninger: Das heißt, ein Kind zahlt 60 Cent? Was zahlt denn bei dir ein Kind?*)

Ich muss allerdings der Stadt ein bisschen helfen. Die heute aktuellen Zahlen im Internet stammen aus Dezember 2004. Wenn alles so übereinstimmt was in der Stadt geschrieben wird, wie es im Rechnungshof und mit den tatsächlichen Ereignissen übereinstimmt, dann muss man ja dem nicht glauben. Nur steht das im Internet am heutigen Tage drinnen.

Man fragt sich ja, was bei einer derartigen Misswirtschaft eigentlich noch stimmt oder nicht stimmt. Faktum ist, sie haben schmutzige Konkurrenz betrieben. (*Abg. Weninger: Was zahlt denn bei dir ein Kind?*)

Freunde, ihr habt schon heute gesprochen von warm und kalt. Ich würde sagen, die Wohlhabenden können sich ins warme Bad setzen und bei den Kindern wird kalt abgezockt mit den Preisen. So ist die Politik bei euch! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich will ja gar nicht mehr von den Mitarbeitern reden, damit ich nicht zu lange werde. Denn wenn man von 2003 von 1999 bis 2003 in der Stadt die Mitarbeiter von 768 auf 1.089 Mitarbeiter aufstockt ... (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Heute in der Homepage. Ich kann euch eine Kopie geben. Ich habe es heute ausgedruckt. Ist ganz druckfrisch. Stammt allerdings aus 2004. Damit es klar gestellt ist wie aktuell man da ist bei der Arbeit. Aber dazu braucht man viele Leute um so aktuell zu sein. Darum gibt es ja tausend Leute in der Stadtverwaltung und den nahen Bereichen, ohne Krankenhaus, die beschäftigt sind. Wenn ich das

umlege, dann wissen wir, dass diese Unwirtschaftlichkeit natürlich gegeben ist. Dass man dabei natürlich offensichtlich nur Häuptlinge hat, weil es 48 Organisationseinheiten mit 152 Funktionsposten gibt, oft nur ein weiterer Mitarbeiter. Das heißt ein Chef, der Stellvertreter, die zwei die über den einen weiteren dann noch anschaffen. Das heißt, das sind Dinge, da wäre schon wichtig, dass man den Empfehlungen des Rechnungshofes einmal Rechnung trägt und nicht bei Kostenrechnung und ähnlichem zwei Jahre hinten nach ist.

Ähnlich zieht sich das durch beim Vergabewesen, das Desaster. Dass hier die einheitliche Gliederung fehlt, widersprüchliche Inhalte gegeben sind. Bis hin zur Abwicklung von Projekten und vieles könnte man hier in diesem Zusammenhang noch aufzählen wo wirklich dieses Unprofessionelle der SPÖ, ja nicht nur unprofessionell, sondern wirklich eine Politik, die sich auf Kosten der nächsten Generation richtet, dort vorhanden ist.

Dabei könnten wir es ja leicht haben. Es gibt ja durchaus Erfolgreiches in Wr. Neustadt zu berichten. Da könnten wir es ja leicht haben, Herr Kollege Sacher. Die hätten ja nur dem damaligen Vizebürgermeister ein bisschen was anschauen brauchen. Bitte, denken wir an große Dinge wie die Arena Nova - eine Erfolgsstory! Denken wir an das RIZ – eine Erfolgsstory! Denken wir bitte an viele Dinge, die hier unter dem damaligen Vizebürgermeister geschehen sind. Hättet ihr es ihm abgeschaut. Dann wäre es gut gegangen, liebe Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

So. Aber eines sollte uns, glaube ich, wirklich zu denken geben. Liebe Damen und Herren, ich muss eines klar machen: Man kann schon was kritisch aufzeigen. Man kann eine parteipolitische Zuordnung machen, das ist überhaupt keine Frage. Aber es geht uns letztendlich schon auch um die Verhältnismäßigkeit, was Beträge überhaupt bedeuten. Und wenn ich eingangs gesagt habe, dass im Rechnungshofbericht hier zum Ausgleich des Haushaltes, Voranschlag 2005, 35 Millionen Euro notwendig sind, dann habe ich mir auch angeschaut, wir wissen, die Gemeinden sind große Investoren in unserem Lande. Sie investieren, sie beleben die Wirtschaft, sie schaffen Beschäftigung, schaffen Arbeit. Nur als Vergleich. Ich weiß schon, dass man das nicht 1:1 umlegen kann. *(Abg. Weninger: 2,80 Euro verlangt er für ein Kind Eintritt!)*

Die Landesregierung hat ... Ja, ja. Musst die Nebenleistungen berücksichtigen! *(Anhaltende Unruhe bei der SPÖ.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Der Herr Abgeordnete Moser ist am Wort!

**Abg. Moser (ÖVP):** Wir können gerne auch diese Frage diskutieren. *(Abg. Mag. Fasan: Wir diskutieren heute überhaupt nichts mehr aus! Wir haben schon alles ausdiskutiert! – Unruhe bei Abg. Weninger.)*

Ich weiß eh. Wir sind ein wirtschaftliches Bad. Da kannst dir was anschauen. Nicht fünf Millionen Euro Abgang im Jahr. Das muss man einmal deutlich sagen.

Wenn man den Abgang der Stadt Wr. Neustadt mit 35 Millionen Euro in einem Jahr betrachtet und sagt, was hätte man damit nicht nur an Kosten, der für Speck finanziert wird gegeben, sondern beleben können. Die Landesregierung hat im Jahr 2005 an projektbezogenen Bedarfszuweisungsmittel, an sogenannten BZ3 insgesamt für ganz Niederösterreich für alle Projekte in den Gemeinden ... *(Weiterhin Unruhe bei der SPÖ.)*

Ja, das interessiert euch nicht, weil euch der ländliche Raum völlig egal ist. Das ist die Situation der Sozialdemokraten. Da wollt ihr von irgendwas ablenken! Das ist die Situation, Freunde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

42,5 Millionen Euro für ganz Niederösterreich an projektbezogenen Bedarfszuweisungsmittel für alle Gemeinden Niederösterreichs. Und 80 Prozent davon hat eine Stadt Abgang. Das ist ungeheuerlich! So muss man das einmal deutlich machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn dann der Kollege Rosenmaier sich herstellt und sagt, wir warten auf den Landeshauptmann. Das ehrt ihn ja, keine Frage. Er hat gemeint, nach der Wahl hat der Landeshauptmann gemeint, er wird in Verantwortung und Demut die Aufgabe tragen. Das tut er auch. Und der Landeshauptmann hilft im ganzen Land wo es irgendwo geht. Sobotka hätte euch schon geholfen beim Krankenhaus. Nur, ihr habt den Kopf in den Sand gesteckt und nichts getan! Ihr habt nicht einmal verhandelt. Das war die Situation. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn es um die Frage blau-gelb geht: Landeshauptmann steht für blau-gelb, dann wissen wir, dass zukunftsweisende Projekte gut im Land verteilt werden. Und ein besonderes Projekt ist Med Austron, das nach Wr. Neustadt kommt, wo eine großartige Hilfe des Landes für diese Stadt und die Entwicklung des Landes gegeben ist. Auch dafür dürfen wir Danke sagen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

So! Und im Übrigen darf ich abschließend festhalten, dass zu dem Resolutionsantrag der Grünen ich zu den Grünen sagen möchte, offensichtlich sind die Themen abhanden gekommen. Ich sehe hier keine Unvereinbarkeit und wir werden daher diesem Antrag nicht die Zustimmung geben. Und ich hoffe, dass es gelingt, dass die Stadt Wr. Neustadt durch ihr Köpferollen, das jetzt eingesetzt hat, doch wieder in eine Richtung kommt und einen kleinen Beitrag zur Stabilität leistet. Nur, man muss es ausgesprochen lassen: Diese Schuldenlast hat die Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger zu tragen. Das tut uns leid! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage die Frau Berichterstatterin, ob sie ein Schlusswort sagen möchte?

**Berichterstatterin Abg. Rinke (ÖVP):** Ich verzichte!

**Dritter Präsident Ing. Penz:** Das ist nicht der Fall. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 561/B-1:)* Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

*(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses,*

*Ltg. 499/B-4/2:)* Dieser Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen worden.

*(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 523/B-4/3:)* Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

*(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 559/B-2/8:)* Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme fest.

Ich lasse nunmehr über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Dr. Petrovic, Mag. Fasan und Weiderbauer abstimmen betreffend Bericht des Rechnungshofes über ECO PLUS. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Dieser Antrag ist mit Stimmen der Grünen und der Freiheitlichen Partei abgelehnt.

Ich darf mitteilen, dass damit die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt ist. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben und schließe die Sitzung um 18.25 Uhr. Ich darf bitten, dass die Damen und Herren noch hier bleiben um den Fototermin wahrzunehmen. *(Ende der Sitzung um 18.25 Uhr.)*